

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

84

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 1. März 1917. Nr. 84.

Erste österreichische Sparkasse. Im Februar d.J. wurden bei der Ersten österreichischen Sparkasse von 21.992 Parteien K 18,110.269 eingelegt und von 16.819 Parteien K 14,649.506 gekündigt. Am 28. Februar belief sich der Einlagenstand auf 621,980.535 K. Hypothekar-Darlehen wurden und zwar ausschließlich zur Zeichnung 5. Kriegsanleihe K 2,630.000 zugezählt, dagegen K 833.996 zurückgezahlt; Ende des Monats belief sich der Stand der Hypothekar-Darlehen auf 326,665.129 Kronen. Die Pfandbrief-Darlehen beliefen sich am 28. Februar auf 18,579.092 Kronen, an 60 jährigen Pfandbriefen waren 18,871.000 Kronen im Umlaufe. Wechsel wurden 18,884.386 ^{Kronen}/eskomptiert und 21,617.774 Kronen einkassiert. Der Stand des Wechsel- und Salinen-Portefeuilles betrug am 28. Februar 57,175.263 Kronen.

Gemeindevermittlungsämtler. Bei den Gemeindevermittlungsämtlern Mariahilf und Josefstadt finden in diesem Monate an jedem Mittwoch, d.i. am 7., 14., 21. und 28. März vormittags Verhandlungen statt.

Eine neue Tagesheimstätte im 2. Bezirk. Die Gemeinde Wien hat im Vorjahre dem Vereine Kinderschutzstationen die Zustimmung zur Errichtung einer Tagesheimstätte in der sogenannten Venedigerau erteilt und vom Kriegsministerium wurde dem Vereine eine Kriegsbaracke auf diesem Platze aufgestellt. Der Stadtrat beschloß in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß für den Betrieb der Tagesheimstätte eine Subvention im Höchstausmaße von 38.000 Kronen zu bewilligen. In der Heimstätte werden 70 Knaben und 70 Mädchen tagsüber beaufsichtigt und verköstigt werden.

Errichtung eines Kohlenlagerplatzes in Floridsdorf. Nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hierhammer beschloß der Stadtrat auf einem von der Floridsdorfer Brotfabrik A.G. gemieteten Bahngrund am Floridsdorfer Bahnhof für die Kohlenablieferung und die Errichtung einer Kohlenverkaufsstelle einen Kohlenlagerplatz herzustellen. Der Fabrik wurde für die unentgeltliche Ueberlassung des Grundes der Dank ausgesprochen. Der Grund wurde vorläufig bis 1. April d.J. überlassen.

Uebersiedlung eines Amtes. Die Fachabteilung 12 des Stadtbauamtes (Verkehrswesen) amtiert vom 5. März d.J. angefangen im neuen Amtshause 1. Bezirk Felderstraße, Eingang Rathausstraße 14, 4. Stock.

Kommunalsparkasse Döbling. Bei der Kommunalsparkasse Döbling wurden im abgelaufenen Monate von 1108 Parteien 560.165 K eingelegt und von 836 Parteien 275.716 K behoben. Ende des Monats betrug der Einlagenstand 12,705.336 K, der Stand der Hypothekar-Darlehens 8,291.316 K.

85

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Donnerstag 1. März abends № 85.

=====

Abgabe des Volkrindfleisches. Die Verteilung des Volkrindfleisches an die Mitglieder der Wiener Fleischauger-Genossenschaft findet morgen (Freitag) in der Großmarkthalle ab $\frac{1}{2}$ 12 Uhr an die Nummern 345 bis 151 und übermorgen ebenfalls ab $\frac{1}{2}$ 12 Uhr an die Nummern 150 bis 1 statt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

86

27. Jahrg. Wien, Freitag, 2. März 1917. Nr. 86.

Eine neue Brunnenfigur. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Schwer ein von dem Bildhauer Theodor Stundl angebotenes zur Ausführung in Erzguß bestimmtes Modell darstellend einen Knaben, reitend auf einer Schildkröte anzukaufen und zur Ausschmückung eines kleinen Brunnens in einer Gartenanlage zu verwenden. Als Aufstellungsplatz für den Brunnen ist die Schmuckanlage im 9. Bezirk Liechtensteinstraße nächst dem Bauernfeldplatz in Aussicht genommen. Die Gesamtkosten beziffern sich mit 7000 Kronen.

Fischzucht der Gemeinde Wien. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hierhammer, mehrere Fischarten in den Weiher der Wientalwasserleitung in Unter-Tullnerbach einsetzen zu lassen. Als Besatz sind 3000 Stück Karpfen und 200 Kilogramm Hechte zu je 30 dkg und 500 Stück Schleie zu je 15 dkg in Aussicht genommen. Zur Fütterung der Fische sind jährlich 30 Meterzentner Fischfutter (Knochenmehl) erforderlich. Für die Aufzucht ist eine Zeitdauer von 2 Jahren festgesetzt. Die Durchführung des Fischeinsatzes, die Fütterung, etc. wurde dem Genossenschaftsvorsteher der Fischhändler Rudolf Hammerschmidt übertragen. Die erforderlichen Fische werden aus Kroatien bezogen werden. Beim Ueberfall und bei der Schleuse des Weihers sind geeignete Vorrichtungen anzubringen, um das Wegschwemmen der Fische zu verhindern. Die Kosten für diese Einrichtung, welche der Approvisionierung der Stadt Wien zu gute kommen soll, in der Höhe von 10.000 K wurden in der letzten Sitzung genehmigt.

Verkauf von Kriegswurst. ⁱⁿ Außer/den bereits verlautbarten Verkaufsständen für Kriegswurst auf Märkten wird diese Wurst morgen (Samstag) noch in folgenden Ständen und Filialen der Wiener Großschlächtereier unter den bekannten Bedingungen abgegeben werden: 2. Bezirk Radingerstraße; 3. Bezirk Kardinal Naglplatz und Kleistgasse; 4. Bezirk Markthalle Phorusplatz; 5. Bezirk Kohlgasse; 10. Bezirk Markt Eugenplatz und Quellenstraße; 11. Bezirk Markt Enkplatz, 12. Bezirk Markt Niederhofstraße, 13. Bezirk Missindorfstraße, 14. Bezirk Markt Meiselstraße, 17. Bezirk Markt Dörnerplatz, 20. Bezirk Innstraße und Markt Hannovergasse; 21. Bezirk Floridsdorf Am Spitz 1.

Die Bezirksvertretung Neubau hält Donnerstag, den 8. d.M. um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Pensionierung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Tomola den Ansuchen der Oberlehrer Justin Lonsky, Karl Pfeifer und Edmund Reim sowie des Bürgerschullehrers Adolf Petschann um Zuerkennung ihrer vollen Bezüge anlässlich der Pensionierung zugestimmt.

87

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 3. März 1917. Nr. 87.

Die Kriegsküche im Amtshause Felderstraße. In dieser Woche wurde die von der Gemeinde Wien errichtete Kriegsküche für die Landes- und Gemeinde-Angestellten sowie für eine Reihe von Staatsbeamten, welche in der Nähe des Rathauses ihren Amtssitz haben, im neuen Amtshause in der Felderstraße eröffnet. Die Küche ist wohl eine der größten ihrer Art, es können dort gleichzeitig 2500 Mahlzeiten, das sind 7500 Portionen hergestellt werden. Die Anlage besteht aus einem großen freundlichen Speiseraum für Beamte und einem für Diener. Auch für die Filialkriegsküche im Lehrerhause wird dort gekocht, ebenso für die Angestellten der Straßenbahndirektion und für die Kinderheimstätte in der Laudongasse. Die Kochküche enthält einen Riesen-Casherd, 7 Kochkessel und 2 große Back- und Bratschränke, in welchen letzteren gleichzeitig 1600 Portionen gebacken oder gebraten werden können. Eine technische Neuerung ist ein Warmwasser-Apparat mit 600 Liter Inhalt, in welchem das Wasser auf 70 Grad vorgewärmt wird und automatisch abfließt. Die Projekte für die Anlage stammen von Inspektor Häusler und dem Oberingenieur des Stadtbauamtes Ing. Fuchs, die Einrichtung lieferte die Firma Friedrich Siemens. Die verschiedenen großen Schwierigkeiten, mit welchen man bei der Errichtung der Kriegsküche zu kämpfen hatte, wurden dank der energischen Betätigung des Obermagistratsrates Dr. Dont überwunden. Die Leitung der Kriegsküche obliegt dem Vereine der Beamten der Stadt Wien, dessen Präsident Oberrechnungsrat Viktor de Pontis sein bewährtes organisatorisches Talent selbstlos in den Dienst der Beamtenschaft stellte. Eine Reihe von Persönlichkeiten besichtigte die neue Anlage, darunter Ihre Exzellenz Frau Berta Weiskirchner, der Präsident des Oberlandesgerichtes Dr. v. Vittorelli, Senatspräsident Dr. Appel, die Gemeinderäte kaiserlicher Rat Huschauer und Philp, Obermagistratsrat Dr. Dont, Buchhaltungsdirektor Hillinger u.a. Alle sprachen sich über die mustergiltige Anlage in lobenden Worten aus.

Die Direktion der städt. Straßenbahnen teilt mit:
Der Betriebsschluß der Straßenbahnen. Es wird aufmerksam gemacht, daß der eingeschränkte Straßenbahnverkehr auch an Sonn- und Feiertagen mit dem Betriebsschluß um $\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends ab Ring aufrecht bleibt. Von den äußeren Endstationen fahren daher die letzten Wagen um die ganze Fahrzeit bis zum Ring ($\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Stunden) früher ab, also um $\frac{3}{4}$ 8 Uhr, spätestens 8 Uhr abends. Es wird dringend angeraten, die Heimfahrt geraume Zeit vor Betriebsschluß anzutreten, da es sonst unmöglich ist, in der letzten Stunde und namentlich zum Betriebsschluß alle wartenden Fahrgäste überhaupt zu befördern.

Abgabestellen für städtisches Sauerkraut. Die von der Gemeinde Wien geschaffenen Abgabestellen für städtisches Sauerkraut haben ihre Tätigkeit bereits begonnen. Die Abgabestellen wurden nicht nur auf den offenen Märkten und in den Markthallen, sondern auch in den einzelnen Bezirksteilen errichtet. Sie sind durch eine grüne Tafel mit der Aufschrift „Abgabestelle für städtisches Sauerkraut“ gekennzeichnet. Die Adressen der Abgabestellen können bei den Marktamtsabteilungen der einzelnen Bezirke in Erfahrung gebracht werden. Sämtliche Abgabestellen führen nur einheimisches Sauerkraut, dessen Preis vom 5. d.M. an 70 Heller für ein Kilogramm beträgt. Von einzelnen Sauerkräutlern und Händlern wird Sauerkraut abgegeben, das aus ausländischer Rohware erzeugt

wurde. Der Preis dieser Ware beträgt 96 h, bezw. 1 Krone für 1 kg.

Bezirksvertretung Leopoldstadt. Bezirksvorsteher Dr. Blasel hat sich wieder an die Front begeben und die Geschäfte seinem Stellvertreter Roll übergeben.

Verkauf von Kriegswurst. Außer in den bereits verlautbarten Verkaufsständen gelangt die Kriegswurst von Dienstag den 6. d.M. an auch noch bei folgenden Ständen auf den Märkten und in den Hallen unter den bekannten Bedingungen zur Abgabe: 2. Bezirk Markt Im Werd bei Wilhelm Tuffek, 3. Bezirk Großmarkthalle bei Ignaz Heiligtag, 4. Bezirk Naschmarkt bei Rosalie Rinshofer; 5. Bezirk Markt Am Hundsturm bei Franz Targler; 9. Bezirk Detailmarkthalle bei Marie Thurner; 10. Bezirk Eugenplatz bei Johann Metzger; 11. Bezirk Enkplatz bei Josef Josef Schuller; 12. Bezirk Niederhofstraße bei Alois Schöllner; 14. Bezirk Schwendergasse bei Richard Gasche; 15. Bezirk Mariahilfer Straße bei Josefa Buchmeister; Reithofferplatz bei Antonie Stritzl; 16. Bezirk Yppenplatz bei Lorenz Ruhmbauer; Johann Nepomuk Bergerplatz bei Georg Kreid; 17. Bezirk Dörnerplatz bei Johann Heiselmayer; 18. Bezirk Kutschergasse bei Anna Kern; 19. Bezirk Hannoverplatz bei Katharina Rieder;

Ferner wird der Verkauf der Kriegswurst auch noch bei nachgenannten Ständen und Filialen der Großschlächtereie von Dienstag an stattfinden: 12. Bezirk Eichenstraße, 14. Bezirk Zollernsperggasse; 15. Bezirk Neubaugürtel 21, 16. Bezirk Maroltingergasse, 21. Bezirk Stadlau, Genochplatz.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen. - Samstag, den 10. März - dem Todestage Dr. Luegers - findet um 9 Uhr vormittags in der Votivkirche eine Gedächtnismesse für den Verbliebenen statt.

88

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Samstag 3. März 1917 abends N^o 88.

Der Geburtstag des Königs von Bulgarien. Anlässlich des Geburtstages des Königs Ferdinand der Bulgaren hatte Bürgermeister Dr. Weiskirchner namens der Stadt Wien die ehrerbietigsten Glückwünsche zum Ausdruck gebracht. König Ferdinand erwiderte: Auf das Freudigste bewegt von den mir im Namen der k. und k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien anlässlich meines Geburtsfestes dargebrachten aufrichtigen Glückwünsche sage ich Eurer Exzellenz sowie der Bürgerschaft Wiens meinen herzlichsten Dank dafür. Die treuen Wünsche, die Euer Exzellenz am heutigen Tage für die glückliche Zukunft meines Volkes zum edlen Ausdruck bringen, erfüllen mein Herz mit inniger Freude, umsomehr, als ich mich der Sympathien der Einwohnerschaft Wiens seit jeher in besonderem Maße erfreuen dürfte.

89

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 5. Februar 1917. Nr. 89.

Abgabe von Volksrindfleisch. Die Verteilung des Volksrindfleisches in der Großmarkthalle an die Mitglieder der Fleischhauer-Genossenschaft findet für die Nummern von 1 bis 150 morgen (Dienstag) von halb 12 Uhr angefangen und für die Nummern von 151 bis 345 am Mittwoch von halb 10 Uhr angefangen mit einer Mittagspause zwischen halb 1 und halb 2 Uhr am letzteren Tage statt. An diesen beiden Tagen wird die Verteilung ausschließlich an die genannten Nummern vorgenommen.

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrat Tomola ernannt: die Volksschullehrerinnen 2. Klasse Julianne Kristof, Hedwig L'Anné und Pauline Viertbauer zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse, die provisorische Lehrerin 2. Klasse Marie Appel zur Volksschullehrerin 2. Klasse und die provisorischen Lehrer 2. Klasse Alfons Arnold und Viktor Buchgraber zu Volksschullehrern 2. Klasse.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Dr. Adolf Stempfl zum Magistratskommissär, Dr. Gustav Plenk zum Sekundararzt 1. Klasse, Moritz Heinrich Serve zum Architekt 1. Klasse, Josef Mally zum Bauaufsichts-Oberrevident, Dr. Erich Polaschek zum Adjunkten 1. Klasse der städtischen Sammlungen, im Konskriptionsamt: Alois August Kriz, und Rudolf Dumbacher zu Kontrolloren, Artur Friedrich Rotter, Johann Dobesch, Rudolf Neuwirth und Wilhelm Kienast zu Kommissären, Karl Pach, Otto Jedlicka und Vinzenz Bielohlawek zu Offizialen und Wilhelm Leitgeb zum Akzessisten, im Status der Kanzlei: Franz Girschner zum Oberoffizial, Oswald Kohl und Karl Leibinger zu Akzessisten, Albert Buntzel zum Kanzlisten 1. Klasse, Leo Scherzer und Josef Wasel zu Offizialen des Zentral- Wahl- und Steuerkatasters, Franz Petras zum Akzessisten im Exekutionsamt, Marie Metzli und Karoline Brskowsky zu Kanzlistinnen 1. Klasse im Arbeits- und Dienstvermittlungsamte, Johann Donhofer, Anton Kumpf und Heinrich Schüppler zu Amtsdienern 1. Klasse.

Diplome. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß dem Gemeinderat Direktor Philp für die mehr als zehnjährige Tätigkeit im Bezirksschulrat und Dr. Franz Kapaun, Raimund Daniel, Ludwig Liebing und Ludwig Pelzer für die mehr als zehnjährige Tätigkeit im Ortsschulrates des 9. Bezirkes das Diplom verliehen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 6. März 1917. Nr. 90

Preiszuerkennung für hervorragende Bauten. Der Bürgermeister hat auf Grund des Vorschlages des für die Preiszuerkennung von künstlerisch, technisch und hygienisch hervorragenden Bauten im Gemeindegebiete Wien eingesetzten Preisgerichtes dem Entwurfe für den Bau eines Landwehr-Truppenspitales 13. Bezirk Heinrich Collinstraße (Eigentümer Firma Ingenieur Karl Stigler und Alois Rous; Architekten Hermann Aichinger und Heinrich Schmid) einen Preis von 2000 K, dem Entwurfe 3. Bezirk Schwarzenbergplatz 5 (Eigentümer Dr. Bruno Pollack von Parnau; Architekt Oberbaurat Ernst von Gotthilf) und dem Entwurfe 15. Bezirk Johnstraße 56-58 (Eigentümer Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Heimat“ r.G.m.b.H.; Architekt Robert Kalesa) je einen Preis von 1000 K zuerkannt.

Feierlichkeiten im Rathause. Donnerstag, den 8. d.M. wird der Bürgermeister die Beeidigung neuernannter Bürger der Stadt Wien vornehmen und das Diplom für die mehr als 10jährige verdienstvolle Mandatsausübung überreichen: den Armenräten des 8. Bezirkes Alfons von Kosciielecki, Bezirksrat Wilhelm Lange, Anton Löw, Karl Lubenow, Dr. Karl Titze, den Armenräten des 16. Bezirkes Gottlieb Gödel, Leopold Großmann, Heinrich Hartmann, Georg Hofer, Josef Knap, Hans Litschauer, Franz Lukschal, Leopold Seif, Adolf Schinke, Johann Schippany und Bezirksrat Franz Tichy, dem Armenrat des 20. Bezirkes Johann Popperl, sowie den Ortsschulräten des 9. Bezirkes Raimund Daniel, Oberbaurat Dr. Franz Kapaun, Ludwig Liebing und Bezirksrat Ludwig Pelzer.

Lainzer Friedhof. Vom 1. April d.J. angefangen werden die eigenen Gräber im Lainzer-Speisinger Friedhofe, an denen das Benützungsrecht seit 30. Juni 1915 oder seit einem früheren Zeitpunkte erloschen ist, wiederbelegt. Gesuche um allfällige Erneuerung des Benützungsrechtes sind längstens bis 1. April 1917 bei der Magistrats-Abteilung 10 (1. Bezirk Neues Rathaus, Stiege 3, Hochparterre) einzubringen. Verspätet überreichte Gesuche werden nicht in Verhandlung gezogen. Enterdigungen aus diesen Grabstellen sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig; die bezüglichen Gesuche sind an die genannte Abteilung anzubringen. Mit dem 1. April werden die Grabsteine und -kreuze fallweise von den Grabstellen entfernt. Sie werden denjenigen Parteien, die binnen Jahresfrist ihr Eigentum nachweisen, ausgefolgt; über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

91

Obmännerkonferenz. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der drei Vizebürgermeister fand heute eine Sitzung der Obmänner der Wiener Gemeinderatsparteien statt, in welcher der Bürgermeister über die am vorigen Freitag im Ministerratspräsidium abgehaltene Besprechung berichtete und Aufschluß über die Absicht der Regierung hinsichtlich einer Versorgung der in der Stadt wohnenden Bevölkerungsschichten mit billigerem Fleische gab.

An diesen Bericht schloß sich eine Debatte, an welcher sämtliche Mitglieder der Konferenz teilnahmen und zu dem einmütigen Beschlusse kamen, der Regierung sofort provisorische Maßnahmen zu empfehlen und behufs definitiver Regelung der Angelegenheit nähere vom Magistrat auf Grund der Debatte ausarbeitende Vorschläge zu unterbreiten.

Sekretär Dr. Fastenbauer und der Direktor der städt. Gaswerke Menzel berichteten über die Kohlenversorgung, Oberkommissär Schramm über den Stand der Kartoffelvorräte und Magistratssekretär Dr. Rockkopf über die Mehl- und Brotversorgung, wobei er konstatierte, daß die Brotverräucherung in zufriedenstellender Weise durchgeführt wurde und daß wenn hier und da sich Stöckungen ergaben, dieselben als Mängel der Rayonierung aufzufassen sind, sondern sich aus dem nicht immer regelmäßigen Belieferung von Mehl durch die K.G.V. herausstellen.

Nach vierstündiger Dauer schloß der Bürgermeister die Obmännerkonferenz.

=====

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 7. März 1917. Nr. 92.

Uebersiedlung des Brauhaus-Büros. Das Stadtbüro des Brauhauses der Stadt Wien befindet sich vom 9. d.M. angefangen im neuen Amtshaus 1. Bezirk Ebendorfer Straße 1 zu ebener Erde.

Lebensmittel für die Straßenbahner. Unter der Führung des Landesaussschusses Kunschak sprach eine Abordnung der Straßenbahner mit Inspektor Rauscher an der Spitze beim Ernährungsminister Höfer wegen Zuweisung von Nahrungsmitteln an die Zentralfürsorgestelle der städtischen Straßenbahnen vor. Der Minister versprach, dem Ansuchen soweit es ihm möglich wäre, zu entsprechen. Die Herren begaben sich sodann zum Bürgermeister Dr. Weiskirchner, machten ihm Mitteilung von der Vorsprache beim Minister und baten ihn, er möge auch seinerseits alles, was in der Macht der Gemeindeverwaltung liege, vorsorgen, um den Angestellten der städtischen Straßenbahnen die Deckung des Bedarfes an Lebensmitteln sowie an Holz und Kohle zu erleichtern. Bürgermeister Dr. Weiskirchner sagte ebenfalls den Herren die Erfüllung ihrer Wünsche, soweit die Gemeinde hiezu beitragen könne, zu. Bei dieser Gelegenheit sprachen die Vertrauensmänner dem Bürgermeister und der Gemeindevertretung ihren besten Dank für die letztthin beschlossene Erhöhung der Teuerungszulage aus.

Autogramme Hindenburgs. Der Adjutant des Generalfeldmarschalls von Hindenburg hat an Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehendes Schreiben gerichtet: „Es läuft täglich eine gewisse Zahl Bittgesuche von Schülern der k.k. Haupt- und Residenzstadt Wien ein um Uebersendung von Autogrammen Seiner Exzellenz des Herrn Generalfeldmarschalls von Hindenburg, die grundsätzlich keine Berücksichtigung finden können. Euer Exzellenz bittet Unterzeichneter sehr ergebenst, im Hinblick auf die Nutzlosigkeit dieser Schreiben und in Rücksichtnahme auf überflüssige Belastung beiderseitiger Postanstalten die dortigen Schulbehörden darauf aufmerksam machen zu wollen, daß Seine Exzellenz der Herr Chef bei der überaus großen Inanspruchnahme seiner Zeit leider nicht in der Lage ist, auf die Wünsche der Schüler einzugehen.“

Dank der 84er für Liebesgaben. Der Kommandant des 4. Feldbataillons des Infanterie-Regimentes Nr. 84 Oberstleutnant Ritter v. Hiltl hat nachstehendes Schreiben an den Bürgermeister gerichtet: „Um unserer Dankbarkeit für die uns zugesendeten Liebesgaben auch durch die Tat entsprechenden Ausdruck zu verleihen, haben Offiziere und Mannschaft des mir unterstehenden 4. Feldbataillons des Inf.Reg. Frh.v. Polfrase Nr. 84 in der Kampfstellung eine Sammlung eingeleitet. Ich erlaube mir Euer Exzellenz mitzuteilen, daß mit gleicher Post 1500 Kronen an die Gemeine Wien abgehen und bitte über diesen Betrag zu einem der lieben Vaterstadt Wien nutzbaren Zwecke, vielleicht „Frühstück der Wiener Schulkinder“ verfügen zu wollen.“

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte: „Mit aufrichtiger Freude habe ich die Mitteilung über die von den Kriegern Ihres Feldbataillons durchgeführte Sammlung zur Kenntnis genommen. Dieser rührende Akt treuherziger Dankbarkeit ist mir ein neuerlicher Beweis für die tiefe Liebe unserer Wiener Kinder zu ihrer Vaterstadt. Ich bitte Euer Hoch-

wohlgeboren für die übermittelte Spende von 1500 K den wärmsten Dank der Stadt Wien entgegenzunehmen und hievon die Herren Offiziere und Mannschaften Ihres ruhmbedeckten Feldbataillons in Kenntnis setzen zu wollen. Der Betrag wurde der Zentralstelle im Rathause für die Frühstücksaktion zugewendet.“

Nachmusterungen. Laut Einberufungskundmachung R haben die 1899 geborenen Landsturmpflichtigen, welche am Erscheinen an den für sie bestimmten Musterungstagen durch unüberwindliche Hindernisse abgehalten waren, sich einer Nachmusterungskommission vorzustellen. Im Sinne der vorstehenden Bestimmung wird bekanntgegeben, daß in der Zeit vom 3. bis 28. d.M. in Wien Nachmusterungen vorgenommen werden. Es werden alle jene Musterungspflichtigen des Geburtsjahrganges 1899, welche aus irgend einer Ursache vor der Musterungskommission nicht erschienen sind, aufgefordert, bei Vermeidung strenger Bestrafung ihrer Musterungspflicht zu entsprechen. Zu diesem Behufe haben sich diese Musterungspflichtigen umgehend in der Kanzlei am Musterungsplatze anzumelden und zwar die nach Wien zuständigen im 3. Bezirk Landstrasser Hauptstraße 97 (Drehers Bierhalle) und die fremdzuständigen im 3. Bezirk Kolonitzgasse 15 (Allgemeine Volksschule für Knaben.)

Glückwunsch für Freiherr von Conrad. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an Feldmarschall Freiherrn Conrad von Hötzensdorf nachstehendes Schreiben gerichtet: „Ich gebe mir die Ehre, Euer Exzellenz zur Verleihung des Großkreuzes des Militär-Maria-Theresien-Ordens und zu dem im Allerhöchsten Handschreiben zum Ausdruck gebrachten außerordentlich gnädigen Huldbeweise meine ergebensten und herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Euer Exzellenz genießen die von heller Begeisterung getragene Liebe und Hingebung unserer Wehrmacht; aber auch die Bürger des weiten Reiches blicken mit Stolz und Genugtuung auf Ihre militärischen Erfolge und Ihre vorbildliches Wirken zur Verteidigung des Vaterlandes. So entbieten Bürger und Soldaten in der gleichen innigen Weise dem verehrten Feldmarschall die besten Segenswünsche für die Zukunft; möge es Euer Exzellenz beschieden sein, an der anderen wichtigen Stelle, zu welcher Exzellenz nach dem kaiserlichen Wort berufen werden, die gleichen Erfolge zu erringen, bis der Trotz- und Haß unserer Feinde gebrochen ist.“

Die Obmännerkonferenz beim Ministerpräsidenten.

In Ausführung des Beschlusses der gestrigen Obmännerkonferenz begab sich heute Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit den Obmännern der Gemeinderatsparteien Dr. Hein, Reumann und von Steiner zum Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic, um die Fleischaktion der Regierung im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu besprechen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte diese Aktion der Regierung mit dankbarer Anerkennung, wenn er auch gestehen müsse, daß durch diese Aktion nur ein Teil der Ernährungsfragen zur Lösung gebracht werde und brachte sodann den einstimmigen Beschluß der Obmännerkonferenz, der Regierung folgende Vorschläge zu unterbreiten zur Kenntnis des Kabinettschefs:

Die geplante Fleischaktion der Regierung solle wenn möglich sofort einsetzen, infolgedessen sei ohne weitere Erhebungen eine provisorische Maßnahme zu verfügen, durch welche den bedürftigsten Bevölkerungsschichten sofort ein teils unentgeltlicher, teils billiger Fleischbezug gewährleistet werden. Die Obmännerkonferenz spreche sich dafür aus, daß von der Regierung sofort das nötige Fleischquantum zur Verfügung gestellt werde,

um in der allgemeinen öffentlichen und unentgeltlichen Ausgestaltung, von welcher dermalen rund 80.000 Personen verköstigt werden, Fleisch abgeben zu können. Alle diese Personen sind bevor sie der unentgeltlichen Ausgestaltung teilhaftig wurden, von den Frauen-Hilfskomitees in den 21 Bezirken recheckiert worden und gehören zweifellos zu der bedürftigsten Schichte jener Bevölkerung, welcher die Regierung Hilfe ergedehen lassen will. Rund 20.000 Personen nehmen an den von der Gemeinde Wien aus den Mitteln der Zentralstelle im Rathause unterhaltenen 35 Kriegsküchen teil, und wäre in diesen Kriegsküchen Fleisch zu billigsten Preisen zu verarbeiten, ebenso in den Volksküchen, in den Suppen- und Tee-Anstalten und ähnlichen Vereinseinrichtungen, so daß schon im ersten Augenblick eine Bevölkerungsschichte von rund 150.000 Personen des unentgeltlichen oder billigeren Fleischbezuges teilhaftig würde. Die vorbezeichneten Anstalten sind ohne weiteres ausgestaltungsfähig und können auf eine Leistungsfähigkeit für die Verköstigung von 200.000 Personen gebracht werden.

Die Obmännerkonferenz sei sich bewußt, daß damit nur eine provisorische Maßnahme getroffen werde, daß es sich darum einen definitiven Ausbau handle und in dieser Beziehung unterbreite die Obmännerkonferenz der Regierung den Vorschlag, alle Personen, welche unter Zugrundelegung einer Jahres-Einkommensquote von 800 K für Erwachsene und 500 K für jedes Kind weniger als 6000 K Jahreseinkommen beziehen, in jene Bevölkerungsschichte einzubeziehen, welche des billigeren Fleischbezuges teilhaftig werden soll. Gleichzeitig kann die Obmännerkonferenz nicht umhin, auf die Schwierigkeiten der Durchführung dieser Maßnahmen in Wien und auf das bedeutende Erfordernis an Vieh hinzuweisen. Es sei daher in erster Linie Pflicht der Regierung, der Gemeinde die auf Wien entfallende Quote an Geld bzw. an Vieh bekanntzugeben; die Verwendung des Geldes bzw. Fleisches wäre der Gemeinde zu überlassen.

Der Ministerpräsident nahm die Ausführungen des Bürgermeisters mit größtem Interesse entgegen, würdigte insbesondere den als provisorische Maßnahme erklärten Vorschlag und sagte zu, daß in wenigen Tagen auf Grund der Verhandlungen mit dem Ackerbauministerium der Gemeinde die nötigen Aufschlüsse behufs Durchführung der weiteren Organisation mitgeteilt würden.

Gemeinderat Reumann ersuchte den Ministerpräsidenten unentwegt auf den Abbau der Vieh- und Fleischpreise hinzuwirken und wies darauf hin, daß unter Umständen durch die Fleischaktion der Regierung ein solcher Abbau behindert werde.

Gemeinderat Dr. Hein wies auf die allgemeinen Schwierigkeiten der Volksernährung in Wien hin.

Gemeinderat von Steiner forderte einen Abbau der Zentralstellen und wies auf die Notwendigkeit hin, daß schon jetzt alle Vorbereitungen getroffen werden, um nach Kriegsschluß den legitimen Groß- und Kleinhandel wieder in seine Rechte einzusetzen.

Löbliche Redaktion!

Ich erlaube mir Sie auf den im heutigen Amtsblatte enthaltenen ausführlichen Artikel unter „Allgemeine Nachrichten“ über die Kohlennot der städtischen Elektrizitätswerke und die Versuche sie zu beheben, ausdrücklich aufmerksam zu machen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

F. Michau.

93

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Mittwoch 7. März abends Ng 93

=====

Die nächste Hauslistenabgabe und Ausgabe der Zucker-
karten. Am Samstag, 10. März sind bei den Brot- und Mehl-
kommissionen die Hauslisten abzugeben. Auf Grund derselben
werden am Samstag, den 17.-d.-M. die neuen Zuckerkarten ausge-
geben werden. Da die ordnungsmäßige Kartenausgabe von der
rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der
hiefür angesetzte Termin genau einzuhalten und es wird sich
empfehlen, die Hausverwaltungen für den Fall, als sie diese
Mitteilung nicht lesen sollten, hierauf aufmerksam zu machen.

Richtigstellung.

=====

In der heute mittags ausgegebenen Notiz „Die Obmänner-
konferenz beim Bürgermeister“ 3. Absatz soll es heißen anstatt
800 Kronen für Erwachsene und 500 Kronen für jedes Kind
1000 K für Erwachsene und 600 K für jedes Kind.“

=====

94

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 8. März 1917. Nr. 94.

Auszeichnungen und Beeidigungen. Heute als am ersten Donnerstag überreichte Bürgermeister Dr. Weiskirchner in seinem Empfangsalon eine Reihe von Auszeichnungen. Besonders eindrucksvoll gestaltete sich die im Gemeinderatssitzungssaale vorgenommene Beeidigung neuer Bürger, der ersten Feier dieser Art seit Kriegsausbruch. Zu den Feierlichkeiten hatten sich eingefunden: Stadtrat Hermann, die Gemeinderäte Breuer, Dröbeler, Hötzel, Psulitschke, Partik,^{ihlp.}/Reininger, Roth, Rotter, Rummelhardt, Rykl, Schimek und Ullreich, die Bezirksvorsteher Bergauer, Sary und Friedl, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Vieröckl und Ebeling, Handelskammerrat Zesewitz, weiters Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, die Magistratsräte Formanek, Dr. Winkler, Schaufler, Dr. Sagmeister, u.a.

Vorerst überreichte der Bürgermeister Diplome an die Armenräte des 8. Bezirkes Alfons von Kosciellecki, Anton Löw, Karl Lubenow, Dr. Karl Titze, an die Armenräte des 16. Bezirkes Gottlieb Gödel, Leopold Großmann, Georg Hofer, Josef Knap, Hans Litschauer, Leopold Seif, Adolf Schinke, Johann Schippany und Bezirksrat Franz Tichy sowie an die Ortsschulräte des 9. Bezirkes Raimund Daniel, Oberbaurat Dr. Franz Kapoun, Ludwig Liebing und Bezirksrat Ludwig Pelzer. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hielt an die Ausgezeichneten eine Ansprache, in welcher er ausführte: Ich füge dieser Auszeichnung meinen persönlichen Dank und die Bitte an, daß Sie trotz der schweren Zeit und der Ungunst der Verhältnisse, unter denen wir alle, besonders aber die minderbemittelte Bevölkerung schwer leiden, unentwegt ausharren auf Ihren Posten. In diesen harten Zeiten ist die arme Bevölkerung arg bedrängt und der Begriff Armut steigt immer höher und höher. Was unter normalen Verhältnissen noch als ausreichend zur Lebenshaltung galt, ist durch die Ereignisse längst überholt und immer mehr Bevölkerungsschichten ziehen ein in den Kreis derer, die wir als minderbemittelt der sozialen und charitativen Hilfe würdig erachten müssen. Ich bitte aber auch jene Herren, die im Bezirks- und Ortsschulrate tätig sind, dem Schulwesen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Mit tiefem Bedauern sehen wir, wie unsere Jugend verwildert und wie sich Erscheinungen zeigen, die ich gerade in unserem lieben Wien nicht für möglich gehalten hätte. Der Schuldienst ist durch die Kriegsverhältnisse reduziert und auch andere Umstände bringen es mit sich, daß die Kinder nicht jene Erziehung genießen, die ich für den Aufbau der Gesellschaft in künftigen Zeiten für notwendig erachte. Lassen Sie sich aber nicht abhalten, auch weiter Ihre Kräfte in den Dienst der Schule zu stellen, so Gott will kommen wir ja doch in absehbarer Zeit in andere Zeiten, wo wir in Friedenswerken wieder aufbauen können zur Ehre und Ansehen und zum Ruhme unserer geliebten Vaterstadt.

Nach der Angelobung von neuen Mitgliedern der Mietämter-Senats nahm Bürgermeister Dr. Weiskirchner im Gemeinderatssitzungssaale die Beeidigung neuernannter Bürger vor. Er führte in seiner Eidesansprache an die Bürger aus: Ich hoffe, daß jeder von Ihnen eines Sinnes ist, daß es zum Stolz gereicht, Bürger der Stadt Wien zu sein und zu heißen. Schwere Aufgaben lasten auf der Gemeindeverwaltung und alle ob Freigewählte oder Beamte sind von den Sorgen des Amtes in dieser Zeit arg bedroht. Alle, die Mandate der Bürgerschaft inne haben, oder welche an der Spitze von Genossenschaften stehen, wissen es mit mir zu würdigen, wie es nur durch das treue Zusammenhalten aller ehrlichen Bürger dieser Stadt möglich ist, diese harte Zeit zu überstehen. Es ist eine geraume

Frist verstrichen, seit in diesem Saale eine Bürgerbeeidigung stattfand. Mit Ihnen beginnt eine neue Reihe von Bürgern, und ich hoffe, daß Sie sich der großen Armee der Wiener Bürger anschließen, welche alle Zeit treu zu Kaiser und Reich, aber auch treu zu ihrer geliebten Vaterstadt gehalten haben.

Nach der Verlesung der Eidesformel durch Magistratsrat Formanek fuhr Bürgermeister Dr. Weiskirchner fort: Es ist das erste Mal, daß unter der Regierung Kaiser Karls I. Wiener Bürger beeidigt werden und ich erlaube mir den Vorschlag zu machen, daß wir aus diesem Anlasse ein Huldigungstelegramm an die Kabinettskanzlei richten. (Lebhafter einmütiger Beifall)

Abgabe von deutschen Kohlrüben (Wrucken). Das reichlichere Anrollen von Wrucken ermöglicht, die bereits an einzelnen Tagen der Woche üblich gewesene ausschließliche Abgabe von Wrucken wieder einzuführen. Es werden daher Samstag, den 10. d.M. ausschließlich Wrucken auf den Wiener Märkten abgegeben.

Die Einschränkungen im Kinematographenbetriebe. Der Präsident des Reichsverbandes der Kinematographenbesitzer Oesterreichs Karl Herzog erschien heute vormittags bei Bürgermeister Dr. Weiskirchner, um dessen Unterstützung für die Kinematographenbesitzer, welche durch die Einschränkungsmaßnahmen in ihrer wirtschaftlichen Existenz schwer betroffen sind, zu erbitten. Herr Herzog verwies darauf, daß die Kinematographentheater fast drei Wochen gänzlich gesperrt waren und in dieser Zeit keine Einnahmen hatten, deesen ungeachtet aber die großen Regien für Miete, für die Films, für das Personal u.s.w. weitertragen mußten. Die jetzt genehmigte verringerte Spielzeit könne noch immer nicht die Auslagen decken, so daß weit mehr als die Hälfte der Kino-Theater passiv sind. Er verwies weiters darauf, daß in Berlin und in zahlreichen anderen Städten die Schließung der Kinetheater von den Behörden abgelehnt wurde, und daß die Ersparnisse an Strom wie aus den Mitteilungen des Direktors Karel hervorgeht, fast gar nicht ins Gewicht fallen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärte, daß er sehr gerne bereit sei, sich des Kinematographen-Gewerbes anzunehmen, er werde sowohl beim Statthalter als auch beim Minister des Innern versprechen, um die Verhältnisse der Kinobesitzer darzulegen, wenngleich er betonen müsse, daß die Kohlenzufuhr nach Wien sich nur in geringfügiger Weise verbessert habe.

Die Straßenverunreinigung. Die Unsitte, nicht mehr verwendete Papiere, insbesondere Straßenbahn-Fahrscheine auf den Straßen und sonstigen Verkehrswegen wegzuwerfen, hat sich in jüngster Zeit in gesteigertem Maße unangenehm bemerkbar gemacht, da infolge des durch die Kriegsverhältnisse bedingten Mangels an Straßensäuberungspersonale die rasche Beseitigung der erwähnten Abfälle erschwert ist. An gewissen vielbenützten Haltestellen der Straßenbahn ist die Strassenfläche geradezu übersät mit fortgeworfenen Fahrscheinen. Der Magistrat macht aufmerksam, daß es zufolge Magistrats-Kundmachung vom 30. April 1914 verboten ist, öffentliche Straßen und Gehwege durch Wegwerfen von Papier (Zeitungsblättern, Ankündigungszetteln, Fahrscheinen, Papierabfällen, u. dgl.) zu verunreinigen und daß Uebertretungen dieses Verbotes mit Geld bis zu 400 K oder Arrest bis zu 14 Tagen bestraft werden. Von dem Ordnungssinn der Bevölkerung wird erwartet, daß diese Mahnung genügen wird, die gerügten Verunreinigungen hintanzuhalten. Zuwiderhandelnde wird die Sicherheitswoche unachtsamlich zur Anzeige bringen. Sie haben die angedrohten Strafen zu gewärtigen.

95
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Freitag, 9. März 1917. Nr. 95.

Die Obmänner der Gemeinderatsparteien beim Ernährungsminister. Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach mit den Obmännern der Gemeinderatsparteien Dr. Hein, Reumann und von Steiner beim Minister Höfer, dem Leiter des Amtes für Volksernährung vor. Der Bürgermeister überbrachte die Vorschläge, welche die Obmännerkonferenz bereits am Vortage dem Ministerpräsidenten überreicht hatte. Minister Höfer begrüßte anerkennend diese Vorschläge und versprach, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß in erster Linie die Fleischaktion jenen Bevölkerungsschichten zuteil werde, welche an der öffentlichen Ausspeisung teilnehmen. Allerdings sei es nicht seine Sache, die nötige Rinderanzahl aufzubringen, aber er zweifle nicht daran, daß das Ackerbauministerium an der Arbeit sei und binnen kurzer Zeit die Sicherstellung der nötigen Fleischmengen gewährleisten werde. Hinsichtlich der definitiven Regelung der Fleischaktion für Minderbemittelte forderte Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Bereitstellung von mindestens 12.000 Rindern für Wien. Auch diesbezüglich verwies der Minister Höfer auf die Verhandlungen des Ackerbauministeriums, gab aber seinem Zweifel Ausdruck, ob diese Menge unter den gegenwärtigen Verhältnissen aufgebracht werden könne.

Minister Höfer versprach alles aufzubieten, um ehestens der Gemeinde Wien jene Daten zur Verfügung zu stellen, welche es ihr ermöglichen, die Organisation bezüglich der Fleischverteilung an die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung durchzuführen. Die Vertreter der Gemeinde Wien schieden vom Minister mit dem Eindrucke, daß das Amt für Volksernährung bestrebt ist alles aufzubieten, um der notleidenden Bevölkerung eine Linderung zu bereiten.

Aus den Ziffern, welche Bürgermeister Dr. Weiskirchner dem Minister bekanntgab, seien insbesondere folgende hervorgehoben: 1.200.000 Personen zahlen überhaupt keine Steuern, besteuert sind 330.000 Haushaltungen mit zusammen 800.000 Personen. Unter diesen sind 190.000 Haushaltungen mit 460.000 Personen mit einem Jahreseinkommen unter 3000 Kronen, 85.000 Haushaltungen mit 210.000 Personen mit einem Einkommen von 3000 bis 6000 Kronen, 24.000 Haushaltungen mit 55.000 Personen mit einem Einkommen von 6000 bis 10.000 Kronen, 16.000 Haushaltungen mit 40.000 Personen mit einem Einkommen von 10.000 bis 20.000 Kronen und nur 15.000 Haushaltungen mit 35.000 Personen mit einem Einkommen über 20.000 Kronen.

Auch eine andere Statistik erweckte das besondere Interesse des Ministers: In Wien bestehen 532.000 Wohnungen, davon sind 400.000 mit einem Zimmer (eventuell mit Kabinett und Küche), 86.000 Wohnungen mit 2 Zimmern und Zugehör, 28.000 Wohnungen mit 3 Zimmern und nur 18.000 Wohnungen mit mehr als 3 Zimmern.

Gelegentlich dieser Audienz brachte der Bürgermeister auch den Wunsch der Obmännerkonferenz vor, daß zur Förderung der Kartoffelversorgung der Stadt Wien eine mindestens 3 wöchentliche Amnestie erlassen werde für Verheimlichung der Vorräte, so daß es auf diese Weise den Landwirten möglich gemacht wird, verborgene Vorräte straflos den städt. Verbrauchern zuzuführen. Insbesondere würde diese Maßnahme in Verbindung mit der Erhöhung der Kartoffelpreise wohl eine gewisse Wirkung ausüben, um der in Wien so beklagenswerten Kartoffelnot einigermaßen zu steuern.

Die Teilnahme der Stadt Wien für Graf Zeppelin. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den deutschen Botschafter Graf Wedel nachstehendes Schreiben gerichtet: „Allgemein ist auch in der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien die Trauer um den nun zu Gott heimgegangenen Schöpfer der deutschen Luftlenkschiffe, um den genialen und unerschrockenen Vorkämpfer deutschen Geistes in der Bezwingung des Luftmeeres. Von den glücklichen Tagen, da er mit seiner „Sachsen“ unter uns weilte und eine Stimme verehrungsvoller Begeisterung den Gefeierten in Wien umgab bis zu seiner letzten Fahrt, die er nun antritt, hat das was Graf Zeppelin gewollt und geschaffen, in dem furchtbaren Ringen um Deutschlands und seiner Verbündeten Bestand und Ehre die erhabendsten Triumphe gefeiert. Zeppelins Leib konnte zerfallen, aber sein Geist und sein Werk wird nimmer vergehen; sie sind von jenen Zeichen, die auf die Unsterblichkeit deutschen Wesens weisen, auf die Unbesiegbarkeit deutschen Willens und deutscher Kraft, auf die Unzerstörbarkeit deutscher Eigenart. Was deutsche Volk darf einen geistigen Führer unter den Menschen in seine Geschichte aufnehmen. Ich bitte Euer Exzellenz, Sr. Majestät dem deutschen Kaiser, Ihrem erhabenen Herrn, die tiefste Teilnahme der Stadt Wien gütigst unterbreiten zu wollen.“

Subvention für die Stadtgemeinde Rann. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß für die durch die Erdbebenkatastrophe zerstörte Stadt Rann in Untersteiermark eine Subvention von 5000 K zu bewilligen. Bei diesem Anlasse appellierte der Referent an die wohlhabende Bevölkerung Wiens, der schwergeprüften deutschen Grenzgemeinde Spenden zur Linderung der großen Notlage zu widmen und richtete auch an die Wiener Presse das Ersuchen, die Hilfsaktion fördern zu wollen.

Beim Gemeindevermittlungsausschuss Neubau finden in diesem Monate am 14., 21. und 28. März 10 Uhr vormittags Verhandlungen statt.

96

WIENER KATHOLISCHES KORRESPONDENZ.
Wien, Freitag, 9. März 1917. Abends. Nr. 96.

Lueger-Gedächtnismesse. Die Wiener Bürgervereinigung ersucht die p.t. Mitglieder, zu der Samstag, den 10. d.M. 9 Uhr vormittags in der Propstpfarrkirche zum göttlichen Heiland (Votivkirche) stattfindenden Gedächtnismesse für den verewigten Bürgermeister Dr. Lueger recht zahlreich mit dem Vereinsabzeichen versehen, zu erscheinen.

Verteilung des Volksrindfleisches. Die Verteilung des Volksrindfleisches in der Großmarkthalle an die Mitglieder der Fleischhauer-Genossenschaft findet für die Nummern von 201 bis 345 morgen (Samstag) ab halb 12 Uhr mittags statt.

97

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michalek,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 10. März 1917. Nr. 97.

Lueger-Gedächtnismesse. Anlässlich des Jahrestages des Todes des Bürgermeisters Dr. Lueger wurde heute vormittags in der Votivkirche eine Gedächtnismesse zelebriert. Die Messe las Pfarrer Mord mit Assistenz der Pfarrgeistlichkeit. Der Mariahilfer Männergesangsverein „Arminius“ brachte unter der Leitung seines Chormeisters Professors Rudolf Hanke die Deutsche Messe von Schubert zum Vortrag. In der Kirche hatten sich eingefunden: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, der Stadtkommandant Generalmajor Ritter von Mossig, der Vizepräsident der Statthalterei Graf Lamezan, der Polizeipräsident-Stellvertreter Gayer, Oberstleutnant Hubert vom Militärkommando, Oberkurator von Steiner, die Landesaus-schüsse Kunschak und Sturm, die Landtagsabgeordneten Anderle und Nepustil, der ehemalige Bürgermeister Dr. Neumayer, Präsident Brauneis und dessen Stellvertreter Roth von der Bürgervereinigung, die Gemeinderäte Breuer, Dechant, Fraß, Goldeband, Heindl, Dr. Hemala, Hermann, Kerner, Dr. Klotzberg, kais. Rat Komrowsky, Laubek, kais. Rat Nagler, Panosch, Payer, Penz, Philp, Rykl, Schelz, Regierungsrat Schmid, Bau-rat Schneider, Schwarz, kaiserlicher Rat Siegmeth, Ullreich, kaiserli-cher Rat Wessely, Wiesinger, kaiserlicher Rat Wimberger und Wippel, der ehemalige Gemeinderat Hallmann samt Frau, die Bezirksvorsteher kaiserlicher Rat Porzer, Dirnbacher, Bergauer, Hruza, Adlersflügel, kais. Rat Kunz und kaiserlicher Rat Baumann, der ehemalige Bezirksvor-steher Jägersberger, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Obermagistratsrat Pawelka, Stadtbauinspektor Goldemund, Oberbaurat Trnka, Buchhaltungs-direktor Hillinger, der Direktor der städtischen Straßenbahnen Ing. Spängler, der Direktor der städt. Elektrizitätswerke Karel, die Magi-stratsräte Formanek und Dr. Korschann, Baurat Dr. Paul, Direktor der städtischen Sammlungen Probst, Archivdirektor Hango, Kanzleidirektor kaiserlicher Rat Mayer, Stadtgartendirektor Hybler, Hauptkassendirektor-stellvertreter Groh, Oberkommissär Jiresch und Oberoffizial Scheiblauber, die Bezirksschulinspektoren Professor Habernal, Jahne und Professor Dr. Richter, der administrative Referent-Stellvertreter Paul, Ober-inspektor Mayer von der Berufsfeuerwehr, der Obmann des Klubs der Hauptkassenbeamten Luley, Frau Sophie Guttmann mit den Vorsitzenden zahlreicher Ortsgruppen des Christlichen Wiener Frauenbundes, Direktor Kugler, Kapellmeister Drescher, päpstlicher Geheimkämmerer Schreiner, zahlreiche Mitglieder des Ortsschulrates, der Armeninstitute und der freiwilligen Feuerwehren, Vorsteher von Genossenschaften, etc.

Die Wiener Bürgervereinigung, der „Luegerbund“ und der Verein „D'Hainbacher“ waren mit ihren Vereinsbannern erschienen.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Dienstag, den 13. d. M. 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen 28 Gegenstände, welche zumeist laufende Angelegenheiten betreffen. - Der Stadtrat tritt Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen.

Verkauf von Häringen. Ueber Verfügung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner werden Häringe, die von der Gemeinde Wien angekauft wurden, von Montag, den 12. d. M. angefangen täglich solange der Vorrat reicht, an die Bevölkerung abgegeben. Der Preis beträgt für die größeren 52 h, für die kleineren 48 h per Stück. Die Verkaufsplätze sind im 3. Bezirk Großmarkthalle Abteilung für Fleischwaren, 4. Bezirk auf dem Naschmarkt, 6. Bezirk Markthalle Damböckgasse, 7. Bezirk Markthalle Burggasse, 9. Bezirk Markthalle Nußdorfer Straße, 10. Bezirk auf den Märkten Eugenplatz und Kolombusplatz, 11. Bezirk auf dem Markte Enckplatz, 12. Bezirk Markt Niederhofstraße, 14. Bezirk auf den Märkten Schwender-gasse und Meißelstraße, 16. Bezirk auf dem Markt Yppenplatz, 17. Bezirk Markt Dornerplatz, 18. Bezirk auf den Märkten Kutschergasse und Schopenhauerstraße, 20. Bezirk auf dem Markt in der Hannovergasse und 21. Bezirk Markt Am Spitz. Die Verkaufsstände sind durch entsprechende Aufschriften ersichtlich gemacht. Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte und zwar erhält ein Käufer höchstens 2 Stück Häringe.

Mehr Heimarbeiterschutz!

Der Zentralsamenbeirat der Frauenhilfsaktion beim Kriegsminister.

In Ausführung eines Beschlusses des Zentralsamenbeirates der Frauenhilfsaktion im Kriege, begaben sich Donnerstag, den 1. März die Vertreterinnen sämtlicher Frauenorganisationen Wiens unter Führung von Frau Bertha Weiskirchner zum Kriegsminister.

Nach der Vorstellung der Damen besprach Frau Kaff in ausführlicher Weise den Zweck der Deputation und wies auf die großen Mißstände, die sich für die Heimarbeiterschaft durch die bisherige Art der Vergebung von Lieferungen für das k. u. k. Heer ergeben haben. Sie schilderte die überaus traurige Lage der Heimarbeiterinnen, die durch den mangelhaften Schutz der verschiedenen Behörden arg bedrückt und der Verzweiflung nahegebracht werden.

Die Zentrale der Frauenhilfsaktion übergab bei dieser Gelegenheit dem Kriegsminister ein Memorandum, in welchem an der Hand des reichhaltigen Materiales, das der Hilfsaktion durch die verschiedenen Organisa-tionen zur Verfügung gestellt wurde, alle Sorgen und Wünsche der Heimarbeiterschaft auf Grund der bisherigen Erfahrungen niedergelegt waren. Zugleich wurden auch konkrete Vorschläge unterbreitet und die Möglichkeit gezeigt, wie dieses Unrecht an den Aermsten der Armen abgeschafft werden könnte.

Seine Exzellenz der Herr Kriegsminister Krobotin hörte sehr auf-merksam den Ausführungen der Frau Kaff zu und meinte, daß diese Angele-genheit eigentlich in das Ressort des Arbeitsministeriums falle.

Frau Freundlich entgegnete, daß das k. k. Kriegsministerium der-zeit der größte Auftraggeber und als solcher gewiß in der Lage sei, auf die Bedingungen, unter welchen solche Lieferungen vergeben werden, bestimmenden Einfluß zu nehmen.

Frau Freund-Markus besprach die Löhne der Unternehmer und Subunter-nehmer und stellte diesen die Löhne der verschiedenen Fürsorgeanstalten gegenüber, die den Arbeiterinnen bezahlt werden.

Zum Schlusse bat Frau Weiskirchner den Kriegsminister, auf die k. k. Heeresverwaltung einzuwirken, daß in Zukunft die Hilfsaktion und die anderen Fürsorgestellen bei Vergebung von Arbeiten in erster Linie berücksichtigt werden mögen.

Der Kriegsminister versprach beim Abschiede die schriftliche Eingabe der Frauenhilfsaktion eingehend studieren zu lassen und das

Resultat dieses Studiums bekannt zu geben. Er machte auch noch die Bemerkung, daß man nicht abgeneigt sei, zu erwägen, ob die Heimarbei-ter und Arbeiterinnen nicht den demnächst neu zu errichtenden Lohn- und Beschwerdekommisionen für die Kriegsleistungsbetriebe anzuglie-dern seien.

Damit fand die Audienz ihr Ende und die Vertreterinnen der Frauenhilfsaktion sind überzeugt, daß die Eingabe im Interesse des Staates selbst nicht wirkungslos bleiben wird.

Mehlbezug in der kommenden Woche. Im Auftrage des Amtes für Volks-ernährung wird die Kopfquote an Kochmehl in der Woche vom 11. bis 17. d. M. von einem halben Kilo auf ein Viertel Kilo pro Kopf für das gesamte Wiener Gemeindegebiet gekürzt. Diese gekürzte Menge wird zur Hälfte in Mehl und zur Hälfte in Grieß zugewiesen, so daß also als „Rest“ je ein achtel Kilogramm Mehl und Grieß pro Kopf von den Mehlabgabestellen abzugeben ist. Die Verabfolgung der Kopfquote aus-schließlich in Mehl ist unstatthaft. Für die abgegebenen zwei Achtel Kilogramm sind fünf „Brot-oder Mehl“-Abschnitte von der Karte abzutren-nen. Der Detailhöchstpreis für 1 kg Weizengrieß beträgt 90 Heller.

98 - 99

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Samstag 10. März abends Nr 98.

Abgabe von städtischer Marmelade Bei der ersten Abgabe von städtischer Marmelade gelang es einem Teil der Bevölkerung nicht, den Bedarf zu decken, weil die Ware vorzeitig ausverkauft war. Um in Zukunft eine gleichzeitige Verteilung zu sichern, wird in Aussicht genommen, die Abgabe der Marmelade an die Vorweisung der Mehlbezugskarte zu knüpfen. Die nächste Abgabe wird in 10 bis 12 Tagen erfolgen, die Einzelheiten werden rechtzeitig verlautbart werden. Da es nicht gelungen ist, die für die Erzeugung so großer Mengen erforderlichen Äpfel aufzubringen, wird die Marmelade mit einem kleinen Zusatz von Goldrüben hergestellt, wie es in Deutschland als Streckungsmittel schon üblich ist.

Volksrindfleisch Die nächste Partie Volksrindfleisch wird an die Mitglieder der Fleischhauer-Genossenschaft am Montag ab 9 Uhr vormittags an die Nummern 1 bis 160 und am Dienstag ab $\frac{1}{2}$ 12 Uhr an die Nummern 161 bis 345 verteilt.

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Montag 12. März vormittags Nr 99.

Abgabe deutscher Kohlrüben Morgen (Dienstag) werden auf den Wiener Märkten anstatt Kartoffeln ausschließlich Wrucken abgegeben.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.

Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 12. März 1917. Nr. 100.

Huldigung der Wiener Bürger. Anlässlich der kürzlich stattgefundenen Beeidigung neuernannter Bürger hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehendes Telegramm an die Kabinettskanzlei Sr. Majestät gerichtet: „Die heute im Rathause versammelten neu aufgenommenen Bürger, welche die ersten sind, die während der Regierung Seiner Majestät unseres allergnädigsten Kaisers und Herrn nun den Bürgereid ablegen, gedenken in dieser feierlichen Stunde vor allem ihres erhabenen Monarchen und bringen Allerhöchstdemselben ihre Huldigung dar. Sie gedenken der schweren Kriegszeit und geloben im Bewusstsein der von ihnen als Bürger der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien übernommenen Pflichten in treuem Opfermute auszuhalten, bis dem Vaterlande Freiheit und Recht wiedererrungen ist, Möge Habsburgs Banner ruhmvoll siegen über alle Widersacher und möge dann die Sonne des Friedens mit ihren Segnungen dem geliebten Kaiser und Reich für viele Jahre beschieden sein! Ich bitte diese Huldigung Wiener Bürger Seiner Majestät gütigst unterbreiten zu wollen.“ - Kabinettsdirektor Ritter von Polzer erwiderte auf Allerhöchsten Befehl: „Seine k.u.k. Apostolische Majestät danken den neu aufgenommenen Wiener Bürgern huldvollst für die anlässlich der Ablegung des Bürgereides zum Ausdruck gebrachten treuen patriotischen Gesinnungen.“

Bau von Arbeiterwohnhäusern. Die städtischen Straßenbahnen haben die Sommer'schen Liegenschaften am Döblinger Gürtel im Gesamtausmaße von 4096 m² um 255.100 K, d.i. 62.28 K per m² angekauft. Die Area umfaßt 8 Baustellen, auf welchen Bedienstetenwohnhäuser der städtischen Straßenbahnen erbaut werden sollen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Schneider dem Ankauf der Liegenschaften zugestimmt.

Feuerwehr Floridsdorf. Die freiwillige Feuerwehr Floridsdorf hat an die Gemeindevertretung eine Eingabe gerichtet, nach welcher der Stand dieser Feuerwehr durch die militärischen Einrückungen derart geschwächt ist, daß sie bei Tag über höchstens 5 Mann verfügt, weil die zurückgebliebenen Mitglieder infolge ihres Berufes an den Ausrückungen nicht teilnehmen können. Es hat sich ein Fall ereignet, daß bei einer Ausrückung zu einer Rettungsaktion nur der Hauptmann und der Depotdiener zur Verfügung standen. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Stadtrates Schwer, die Verfügungen des Kommandos der städtischen Feuerwehr zur Kenntnis zu nehmen, nach welchen eine Anzahl von Berufsfeuerwehrlern tagsüber Dienst bei der Feuerwehr Floridsdorf machen wird.

Bezirksvorsteherung Floridsdorf. Donnerstag, den 15. d.M. 4 Uhr nachmittags findet eine Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf statt, in welcher die Wahl des Bezirksvorsteher-Stellvertreters vorgenommen wird. Der bisherige Bezirksvorsteher-Stellvertreter Johann Schöpfleuthner hat sein Mandat zurückgelegt.

Der Umbau der Liegenschaft der Gartenbau-Gesellschaft. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Stadtrates Heindl, die Baulinien für die Liegenschaft der Gartenbaugesellschaft im 1. Bezirk vorläufig zu bestimmen. Die Baulinien haben jedoch erst dann Giltigkeit, wenn die auf der Liegenschaft haftenden Dienstbarkeiten zu Gunsten des Stadterweiterungsfonds und des Prinz Ferdinand Koburg Fideikommisses gelöscht sind. Die Parzellierung wird durch die Union-Baugesellschaft durchgeführt, welche die genannte Realität zu demolieren und die durch die Parzellierung gewonnenen Baustellen ganz oder teilweise zu veräußern hat. Die Verbauung der gegen die Ringstraße zu gelegenen Baustellen hat mit nur 4 Stockwerken ohne Parterre-Unterteilung zu erfolgen. Die Fassaden dieser Häuser sind architektonisch einheitlich auszugestalten. Auf der Liegenschaft wird eine neue Gasse, welche senkrecht auf den Kaiser Wilhelm-Ring steht und zur verlängerten Schellinggasse führt, in einer Breite von 26 m erstehen. Die Fahrbahnbreite wird mit 12 m bestimmt. Die Bürgersteige werden mit Baumreihen eingesäumt.

Bauliche Herstellungen.

Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Zatzka die Herstellung und Einrichtung eines Zubaus zur Passierbadeanlage im Barackenspitale 12. Bezirk Wienerbergstraße 8 mit den Kosten von 32.060 K sowie die Vornahme von baulichen Herstellungen im Schlachthause St. Marx, die durch die gesteigerte Inanspruchnahme notwendig geworden sind, mit den Kosten von 6600 K genehmigt.

Städtische Auskunft für Sommerwohnungen. In der städtischen Auskunft für die Vermietung von Sommerwohnungen in Niederösterreich wurden im Februar d.J. insgesamt 150 Wohnungen angemeldet und 10 Wohnungen vermietet. Seit Eröffnung der städtischen Auskunft im Jänner d.J. wurden bisher 382 Wohnungen angemeldet und 22 Wohnungen vermietet. Die Auskünfte an Wohnungssuchende werden unentgeltlich erteilt, ebenso werden die Wohnungsanmeldungen unentgeltlich entgegengenommen.

Ein neuer Exerzierplatz im 19. Bezirk. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Dechant beschlossen, dem k.u.k. Platzkommando Wien den städtischen Grund zwischen Hohe Warte und Heiligenstädter Straße zu Exerzierzwecken unentgeltlich zu überlassen.

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des Vizebürgermeisters Hof ernannt: Im Status der Hauptkassa: Leopold Leo Leger und Edmund Weiler zu Kontrolloren, Rudolf Jarosch, Richard Weiß und Willibald Janousek zu Adjunkten, im Status des Marktamtes Heinrich Gruber zum Kommissär, im Status der Kanzlei Theodor Hirsch zum Offizial und Josef Kratochwil zum Akzessisten.

Die Dienstvermittlungsstelle im 19. Bezirk. Anlässlich der Angliederung des städtischen Wohnungsnachweises an einen Teil der Dienstvermittlungsstelle des Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes der Stadt Wien hat der Stadtrat nach einem Antrage des Stadtrates Fraß die Wiedereröffnung der Dienstvermittlungsstelle für den 19. Bezirk beschlossen.

101

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Wien, Montag, 12. März 1917. Abends. Nr. 101.

Bürgerklub. Der Bürgerklub trat heute unter dem Vorsitz des Obmannes Oberkurator von Steiner zu einer Beratung zusammen, in welcher die auf der Tagesordnung der morgigen Gemeinderatssitzung stehenden Geschäftstücke der Beratung unterzogen wurden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete sodann eingehend über den derzeitigen Stand der Approvisionierungs-Verhältnisse. An den Bericht des Herrn Bürgermeisters knüpfte sich eine längere Debatte, an welcher sich die Vizebürgermeister Hierhammer und Hoß, Oberkurator von Steiner, die Gemeinderäte Eglauer, Dr. Stich, Josef Mühler, Körber, Kerner, Eigner, Ellend, Hötzel, Dr. Hemala, Ploner und Schimek beteiligten.

Ueber Antrag des Klubobmannes von Steiner wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, den Bürgermeister zu ersuchen, bei der Regierung vorstellig zu werden, damit die vom Gemeinderat beschlossene Vermehrung der Stadtratsmandate ehestens der Allerhöchsten Genehmigung unterbreitet werden.

Vizepräsident Lohnstein +. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an die Länderbank nachstehendes Schreiben gerichtet: „Die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres verdienstvollen Vize-Präsidenten und langjährigen Generaldirektors Ludwig August Lohnstein hat mich tief ergriffen und ich beile mich Ihnen aus diesem traurigen Anlasse meine tiefste Teilnahme zum Ausdrucke zu bringen. Die Stadt Wien verliert in dem Verblichenen einen ihr aufrichtig ergebenen Freund, der volles Verständnis besaß von den hohen Aufgaben der sich entwickelnden Großstadt und die Kraft und das Ansehen des ersten Gemeinwesens unseres Vaterlandes jederzeit richtig einzuschätzen gewußt hat. Die vorzüglichen finanziellen Beziehungen, welche die Gemeinde Wien seit Jahren mit der Länderbank verbinden, sind zum großen Teile das Resultat jener hohen Auffassung über die Ziele freiverwalteter Kulturzentren, welche den Verewigten während seiner Wirksamkeit ausgezeichnet hat.

Darum wird die Stadt Ihrem verstorbenen Vizepräsidenten, den ich auch persönlich zu schätzen gelernt hatte, stets ein ehrendes Andenken bewahren.“

Auch an die Witwe Frau Juliette Lohnstein hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner ein herzliches Beileidsschreiben gerichtet.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 13. März 1917. Nr. 102.

Unwahre Gerüchte. Gegen die immer wiederkehrenden Gerüchte über das Herrschen von Hungertyphus in Wien, über die Absperrung von Straßen und einzelner Häuser in verschiedenen Bezirken wird vom Stadtphysikat amtlich verlautbart: Eine besondere Erkrankung, welche den Namen Hungertyphus führt, gibt es überhaupt nicht. In früheren Zeiten wurden unter diesem Namen verschiedene typhöse Erkrankungen, hauptsächlich Bauchtyphus und Flecktyphus verstanden. Was nun den Stand dieser Erkrankungen in Wien anbelangt, so war derselbe stets und auch in den letzten Monaten sehr niedrig. Es wurden aus ganz Wien Erkrankungen an Bauchtyphus gemeldet: Im Jänner 30, im Feber 12; an Flecktyphus: im Jänner 14, im Feber 23; für eine Zweimillionenstadt gewiß verschwindend kleine Ziffern, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß von den 23 Fällen des Febers 21 Fälle auf 4 zugereiste Flüchtlingsfamilien im 11. und 20. Bezirk entfielen. Die Erkrankungen kamen durchwegs in Spitalsbehandlung, ihre Angehörigen und sonstige ansteckungsverdächtige Personen wurden im städtischen Barackenspital durch 16 Tage isoliert, die Desinfektion und Reinigung von Ungeziefer wurde in den Wohnungen und an den Personen strengstens durchgeführt, doch war niemals ein Anlaß zur Sperrung von Straßen oder Häusern vorhanden. Auch die übrigen Infektionskrankheiten wie Scharlach, Diphtherie etc. zeigten in den letzten Monaten in Wien einen sehr niedrigen Stand. Die phantastischen Gerüchte entbehren somit jeder Grundlage.

Richtig aber auch allgemein bekannt ist, daß in Wien seit beiläufig 5 Wochen eine Influenzaepidemie herrscht, welche vielfach zu entzündlichen Erkrankungen der Atmungsorgane geführt hat, wodurch der Krankenstand erheblich gestiegen ist und auch die Sterblichkeit namentlich im hohen Alter eine erhöhte war. Es betrug die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden in den vier Jännerwochen 15, in den vier Feberwochen 21.3 gegen 17.2 im Vorjahr. So hohe Sterbeziffern wurden in Wien wiederholt in Influenzazeiten beobachtet, zuletzt im Jänner 1908 mit 20.3 pro mille, im Jänner 1905 sogar mit 25.5 pro mille, im Feber mit 21.

Die Erkrankungen waren auf ganz Wien ziemlich gleichmäßig verteilt und es wird wohl wenige Familien gegeben haben, in welchen nicht im Feber das eine oder andere Mitglied an einem ein- bis mehrtägigen Fieber mit Kopfschmerzen, Schnupfen, Husten, allgemeiner Abgeschlagenheit etc. gelitten hätte. Es ist wohl unnötig, darauf hinzuweisen, daß auch in dieser Hinsicht kein Anlaß zu den ganz unberechtigten und grundlosen Gerüchten gegeben war.

Die Wiener Marktpreise für Schlachtrinder. Von der Regierung wurde ein teilweiser Abbau der Schlachtviehpreise in Oesterreich angebahnt. Trotzdem war die Wiener Rindermarktkommission noch nicht in der Lage, auch die Wiener Marktpreise für Schlachtrinder entsprechend herabzusetzen und zwar aus folgenden Gründen: Der Wiener Rindermarkt ist abgesehen von den ungarischen und niederösterreichischen Zufuhren auf die Anlieferung von Rindern aus Böhmen, Mähren, Oberösterreich und Steiermark angewiesen; tatsächlich ist bis jetzt noch nicht in allen diesen Kronländern der Abbau der Schlachtviehpreise durchgeführt worden. Dazu kommt aber noch vor allem, daß der Abbau der Schlachtviehpreise im Wesen in der Einführung einer neuen Qualitätsklasse für Schlachtrinder besteht und erst abgewartet werden muß, wie die Einreihung der von den Kronländern anzuliefernden

Schlachtrinder in die Qualitätsklassen vorgenommen wird, insbesondere ob diese Kronländer Rinder zu den herabgesetzten Preisen der mindesten Qualitätsklasse in größerer Zahl anliefern werden. Zu dieser Bekanntmachung der Wiener Rindermarktkommission wird aus dem Rathause verlautbart: Der in die Wege geleitete Abbau der Schlachtviehpreise kann einen Erfolg nur dann zeitigen, wenn die Klassifikation der Rinder in den Anlieferungs-ländern richtig durchgeführt wird, wenn das für Wien bestimmte Schlachtvieh von den mit der Viehübernahme betrauten sachverständigen Organen der genannten Länder nicht übertrieben hoch bewertet wird, deshalb nimmt auch die Wiener Marktkommission zunächst noch eine zuwartende Haltung ein. Die Gemeinde Wien gibt aber der Erwartung Ausdruck, daß die von der Regierung bereits getroffenen Anordnungen hinsichtlich der Bewertung der Rinder in diesen Kronländern fachgemäß durchgeführt werden, damit die Wiener Rindermarktkommission baldigst auch an den Abbau der Wiener Marktpreise für Schlachtrinder schreiten kann.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Franz Michler**,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 13. März 1917. Abends. Nr. 103.

Löbliche Redaktion!

Die in der heutigen Nachmittagsausgabe enthaltene erste Notiz „Unwahre Gerüchte“ wurde von der Kriegszensur einstweilen zurückbehalten und ist daher vorläufig nicht zu bringen.

W I E N E R G E M E I N D E R A T.

Sitzung vom 13. März.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner bringt eine Zuschrift des Finanzministeriums zur Verlesung, nach welcher die Freilassung der den städtischen Angestellten bewilligten Kriegszulagen von der Einkommensteuer und Besoldungssteuer nicht möglich sei.

Gespendet haben: Großindustrieller Dr. Wilhelm Ritter von Gutmann 10.000 für die Armen Wiens; die Erben nach dem verstorbenen kaiserlichen Rat Neuber 1500 K für die Armen des 6. Bezirkes; Fabrikant Glaser 1000 Kronen für Arme und 500 K für die Armen des 6. Bezirkes; ferner haben die beiden letzteren Wohltäter auch die Kaiser Jubiläums-Ferienkolonie und Jugendfürsorge des 6. Bezirkes mit je 500 K bedacht; ferner hat ein Ungenanntseinwollender unter dem Decknamen „Wilhelm“ 1500 K zu Händen des Direktors der Mädchen-Bürgerschule 20. Bezirk Stromstraße 78 zur Bekleidung von Kindern mit Schuhen gespendet; Hofrat Professor Dr. Julius von Wiesner hat letztwillig 1000 K für die Armen des 9. Bezirkes gespendet. Ferner hat kaiserlicher Rat Dr. Berl zur Verteilung an die Armen Wiens 1500 Meterzentner oberschlesische Hausbrandkohle, die Konservenfabrik in Bruck a.L. 118 Kisten Gemüsekonserven, zusammen 5900 kg, Herr Generalrat B. Wetzler 15.517 kg Blutwurst gespendet, welche letztere in der öffentlichen unentgeltlichen Auspeisung verwendet wird. Der Sechshauser Volksküchenverein hat für die Armen des 14. Bezirkes 2000 Stück Speisemarken gewidmet.

Für die städtischen Sammlungen hat Hofball-Musikdirektor Eduard Strauß testamentarisch eine von Geisenhof verfertigte Violine, ein Programm eines Wiener Sinfoniekonzertes aus dem Jahre 1841 und ein aus Silber verfertigtes mit goldener Ornamentik ausgestattetes Flögelhorn der Gemeinde gewidmet.

GR. Schäfer: ersucht in einer Anfrage der Bürgermeister möge vermitteln, dass die im Prater ansässigen Besitzer von Karoussells, Schiessstätten u. Schaubuden, etc. ihre Geschäfte bis 9 Uhr abends wieder betreiben dürfen.

Der Bürgermeister erwidert, er werde diese Interpellation dem Polizeipräsidenten übermitteln.

GR. Schäfer wünscht ferner, es möge den Wienern Volkssängern gestattet werden, wenigstens am Samstag und Sonntag wieder spielen zu dürfen, damit ihnen nicht die Existenzmöglichkeit geraubt wird und sie dem vollständigen Ruin preisgegeben werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich anerkenne gewiss die bedrängte Lage dieser Leute, aber die Erfüllung dieser Bitte liegt beim Polizeipräsidenten, dem ich sie zumitteln werde.

GR. Schäfer: bittet schliesslich den Bürgermeister bei den massgebenden Behörden für die Aufhebung der Beschränkungen der Kinotheater vorstellig zu werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Einschränkung des Betriebes der Kinematografentheater sind leider die notwendige Folge der Kohlenknappheit. Der Kohleneinkauf ist keineswegs derart, dass jetzt schon an die Aufhebung der einschränkenden Massnahmen gedacht werden kann. Der Kohlenvorrat der städtischen Gaswerke nimmt entschieden ab und ist von 84 t auf 59 t herabgesunken. Eine Deputation der Kinobesitzer war bei mir und ich habe infolgedessen mit dem Herrn Statthalter die Angelegenheit besprochen. Sobald es die Verhältnisse gestatten, dass der Betrieb wieder uneingeschränkt aufgenommen wird, wird es sicherlich geschehen, aber derzeit bin ich noch nicht in der Lage diesbezüglich ein bestimmtes Versprechen abzugeben.

GR. Dr. Klotzberg: weist in einer Anfrage daraufhin, dass die Vieh- und Fleischsendungen von Bruck a.d. Leitha nach Wien derzeit 4 bis 5 Tage erfordern. Wenn die Temperatur steigt, so sei Gefahr, dass die Ware verdirbt und dann konfisziert wird. Er wünscht eine Vermittlung des Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Es ist richtig, dass in den letzten Tagen einige Sendungen unverhältnismässig lang mittels Eisenbahn transportiert wurden. Ich werde den Eisenbahnminister um sofortige geeignete Abhilfe ersuchen.

Gemeinderat Dr. Hein stellt eine Anfrage, in der es heisst: „In kurzem hat das k.k. Ernährungsamt den Transport von Kartoffeln bis zu 100 Kilogramm gestattet. Aber abgesehen davon, dass diese vergrösserte Gestattung sich leider nur auf Niederösterreich, nicht aber auf Böhmen und Mähren erstreckt, wird der Durchführung dieser Verfügung des k.k. Ernährungsamtes seitens der Bezirkshauptmänner ein passiver Widerstand entgegengesetzt, welcher den Wert der Verfügung für die Kartoffelversorgung der Stadt Wien nahezu vollständig aufhebt. Ich habe zuverlässige Mitteilungen, dass Bezirkshauptmänner Gesuche um Transportbescheinigung erst nach Wochen erledigen und vorerst umständliche Erhebungen pflegen, welche ihrer Art nach geeignet sind, denjenigen Grundbesitzern, welche sich zum Transport von Kartoffeln nach Wien bereit erklärt haben, diesen Transport gründlich zu verleiden und faktisch unmöglich zu machen. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, bei dem k.k. Ernährungsamte nachdrückliche Vorstellungen zu erheben, dass den Bezirkshauptmännern der strikte Auftrag erteilt wird, dass Gesuche um Bewilligung des Transportes von Kartoffeln nach Wien ohne jeden Verzug in zustimmendem Sinne erledigt werden?“

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Vom Amte für Volksernährung wurden die Bezirkshauptmannschaften angewiesen Transportbescheinigungen für Kartoffeln in allen Fällen auszustellen, wenn sie für Stückgüter bis 100 kg für den direkten Verkehr zum Konsumenten und für solche Kartoffeln verlangt werden, welche der Beschlagnahme nicht unterzogen wurden.

Laut der bei der städtischen Kartoffelabgabestelle eingelangten Transportbescheinigungen wurden im Februar Transportbescheinigungen in Niederösterreich für 5670 kg und im März l. J. für 1382 kg Kartoffel ausgestellt. Sie werden sich erinnern, dass der gesamte Gemeinderat seit Monaten diese Forderungen erhoben hat; wenn sie nicht den gewünschten Effekt erzielt hat, so hat es seinen Grund darin, dass die Verordnung zu spät erlassen ist. Nach den militärischen Requisitionen in Niederösterreich ist es selbstverständlich, dass ein nennenswertes Quantum nicht erzielt werden wird. Ich werde persönlich beim Ernährungsminister vorsprechen und ihn aufmerksam machen, dass mit halben Massregeln der vom Gemeinderate angestrebte Zweck keineswegs erfüllt werden kann.

GR. Schlechter: beantragt, dass der Gemeinderat im Interesse des Abbaues der Preise nach dem Kriege die Einsetzung eines Ausschusses von 19 Mitgliedern beschliesse, bestehend aus dem Bürgermeister, den 3 Vizebürgermeistern, 5 Stadträten und 10 Gemeinderäten,

welche sich mit den gesammelten Erfahrungen auf dem Gebiete der Lebensmittelverborgung durch Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen und dergl. zu befassen, die einschlägigen Daten zu sammeln und dem Gemeinderate einen Bericht und eventuelle Anträge zu stellen hätte.

Der Antrag wird der geschäftsmässigen Behandlung zugeführt. Bürgermeister Dr. Weiskirchner bringt folgende Entscheidung der Statthalterei zur Kenntnis:

„Der Bezirksvorsteher Dr. Leopold Blasel und der Gemeinderat Dr. Oskar Hein haben in den mitfolgenden Eingaben sich darüber beschwert, dass dem Erstgenannten in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 23. Februar 1917 anlässlich der Debatte über die Aufnahme eines Anlehens von 250 Millionen Kronen vom Vorsitzenden das Wort nicht erteilt worden sei, obgleich die Bezirksvorsteher nach dem Gesetze das Recht hätten, jederzeit den Sitzungen des Gemeinderates mit beratender Stimme anzuwohnen. Wenn hiernach die Beschwerdeführer das Eingreifen der Aufsichtsbehörde im Sinne der §§ 106 und 107 des Wiener Gemeindestatutes verlangen, so muss zunächst bemerkt werden, dass die Beschwerden gegen keinen Beschluss der Gemeinde oder eine administrative Verfügung, sondern bloss gegen eine mündliche Inzidenz-Entscheidung gerichtet sind, die der Vorsitzende in Ausübung der ihm zustehenden discretionären Gewalt getroffen hat und dass in einem solchen Falle, das der Aufsichtsbehörde zur Verfügung stehende Mittel zur Beseitigung eines ungesetzlichen Vorgehens, nämlich das Recht den angefochtenen Beschluss zu sistieren und hierüber zu entscheiden, kaum anwendbar ist, weil der Ausspruch des Vorsitzenden, der dadurch, dass das Wort nicht erteilt wurde, schon vollzogen war, nicht mehr sistiert werden kann und auch eine Entscheidung hierüber für den konkreten Fall keine rechtliche Wirkung hätte.“

Aber abgesehen von diesen formellen Bedenken bin ich aus sachlichen Gründen nicht in der Lage, dem Verlangen der Beschwerdeführer Folge zu geben und von der Anwendung des staatlichen Aufsichtsrechtes Gebrauch zu machen. Dem Bezirksvorsteher Dr. Blasel wurde deshalb nicht gestattet, das Wort zu ergreifen, weil der auf der Tagesordnung befindliche Gegenstand nach der Ansicht des Vorsitzenden in keiner Weise vom Gesichtspunkte der Verwaltung eines einzelnen Bezirkes einer Erörterung bedurfte, die Bezirksvorsteher aber im Gemeinderate nur zu jenen Angelegenheiten sprechen dürfen, die den von ihnen vertretenen Bezirk betreffen. In dieser Ansicht kann ein Widerspruch mit den Bestimmungen des Wiener Gemeindestatutes nicht erblickt werden.

Die Bezirksvorsteher sind gemäß § 91 des Statutes Exekutivorgane der Gemeinde und dienen zur Unterstützung des Bürgermeisters in den Angelegenheiten des selbständigen Wirkungskreises, soweit sie den Gemeindebezirk betreffen. Der Wirkungskreis des Bezirksvorstehers ist somit ein begrenzter, auf die Lokalverwaltung des Bezirkes beschränkter und es liegt in der Natur der Sache, dass ihnen auch im Gemeinderate keine anderen als diejenigen Rechte zukommen, die in ihrer gesetzlich umschriebenen Stellung begründet sind. Hieraus ergibt sich, dass sie im Gemeinderate nur das Recht haben, bei jenen Angelegenheiten gehört zu werden, die den eigenen Bezirk ausschliesslich betreffen, oder bei denen, wenn die Frage die ganze Gemeinde berührt, wenigstens besondere Interessen des Bezirkes zu wahren sind. Ob diese Voraussetzungen zutreffen, muss jedoch in jedem einzelnen Falle der Beurteilung des Vorsitzenden überlassen bleiben, der hierüber unter billiger Erwägung aller Umstände nach freiem Ermessen zu entscheiden hat und jedenfalls berechtigt ist, die Erteilung des Wortes an den Bezirksvorsteher dann zu verweigern, wenn im vornherein feststeht, dass der Verhandlungsgegenstand im keiner besonderen Beziehung zu der Lokalverwaltung des betreffenden Bezirkes steht. Die von den Beschwerdeführern ausgesprochene Ansicht, dass der Vorsitzende den Bezirksvorsteher in jedem Falle reden lassen müsse und abwarten hätte sollen, ob er nicht doch zu einer Angelegenheit des Bezirkes spräche, wobei er

ihm eventuell das Wort entziehen konnte, würde in dieser Allgemeinheit durchgeführt nicht nur die glatte Abwicklung der Debatte erschweren, sondern auch die Möglichkeit bieten, die einschränkende Bestimmung des § 91 des Statutes teilweise zu vereiteln.

Die Auslegung, welche das Gemeinderats-Präsidium dem Gesetze gegeben hat, muß in allgemeinen als zutreffend bezeichnet werden und auch das Vorgehen des Vorsitzenden in dem angefochtenen Falle läßt in Anbetracht der Gründe, die hiebei für ihn maßgebend waren, keineswegs die Absicht erkennen, die den Bezirksvorstehern eingeräumten Rechte zu schmälern. Für die Aufsichtsbehörde liegt sonach zu einer Verfügung im Sinne der §§ 106 und 107 des Wiener Gemeindefestgesetzes keine Veranlassung vor."

Der Bericht wird von der Mehrheit mit lebhaftem Beifalle aufgenommen.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hierhammer widmet die Gemeinde Wien einen Betrag von 20.000 Kronen zur Gründung von Soldatenheimen für Wiener Regimenter.

Nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoss wird beschlossen, anlässlich des 10jährigen Bestandes der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien einen Betrag von 100.000 Kronen zur Errichtung einer Stiftung unter dem Namen „Jubiläumstiftung der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien“ zu widmen, aus deren Ertragnis Waisenkinder, Tuberkulose, oder Kriegsinvalide alljährlich zu betheiligen sind.

Vizebürgermeister Hoss beantragt die Bewilligung eines Nachtragskredites für die „Kinderpflege-Anstalt der Stadt Wien, Auslagen für die Ernährung der Säuglinge und Kostgelder für 1915/16.“

GR. Dr. Loewenstein bespricht die Gesundheitsverhältnisse, den Geburtenrückgang und die Säuglingsterblichkeit. Er weist darauf, dass der Krieg gerade die gesündesten hinweggerafft habe und dass auch zahlreiche der Zurückkehrenden an ihrer Gesundheit schwer geschädigt sein werden. Kein Staat sei jedoch noch deshalb zu Grunde gegangen, weil ihn durch einen Krieg grosse Verluste an Menschenleben zugefügt wurden, sondern nur infolge des Fehlens des Nachwuchses. Es sei tief zu beklagen, dass während des Krieges in der Frage der Säuglingsfürsorge so blutwenig geschehen sei und dass auch das Parlament, das berufen wäre, sich in dieser Angelegenheit zu äussern, dazu keine Gelegenheit erhielt. Der Redner begrüsst das neue Krankenversicherungsgesetz und den erhöhten gesetzlichen Mutterschutz und fordert, dass die Säuglingsfürsorge und der Schutz des Kindes auch den unehelichen Kindern in gleichem Masse wie den ehelichen zukommen sollte. Die Gemeinde habe auf diesem Gebiete durch Zuerkennung des Unterhaltsbeitrages an die Lebensgefährtinnen Eingetragter vorbildlich gewirkt und auch das novellierte bürgerliche Gesetzbuch mit seinen diesbezüglichen Bestimmungen, die den ledigen Müttern und unehelichen Kindern eine gewisse Sicherheit gewähren sei wärmstens zu begrüßen. Dies dürfe aber nur ein Anfang einer grosszügigen Reform sein; die sich in erster Linie auf das Pflegekinderwesen erstrecken und die den unehelichen Kindern alles bieten müsse, damit sie nicht das Merkmal des unehelichen Kindes auf der Stirne tragen und zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft werden. Die vom niederösterreichischen Landes-Ausschuss ins Leben gerufene Landesvormundschaft sei beispielgebend und müsse allgemein durchgeführt werden. Der Redner erinnert am Schluß seiner Ausführungen an die Fürsorge, die der verstorbene Kaiser der Jugend angedeihen liess und verweist auf das Leitwort „für das Kind“, das Kaiserin Elisabeth für die Fürsorgetätigkeit ausgesprochen hat. An diese Aufgaben müsse der Staat ehestens herantreten, wenn den Schäden des Krieges erfolgreich begegnet werden soll.

Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. Bielohlawek: Der Herr Vorredner hat die Verhältnisse von den punischen Kriegen bis zur Kaiserin Maria Theresia besprochen, die 16 Kindern das Leben schenkte.

Aber die vornehmen Leute von Heute gehen, wenn sie Kinder sehen wollen hinaus nach Ottakring oder Floridsdorf. Sie beschäftigen sich mit Säuglingsfürsorge, aber nicht mit der Sorge, dass der Säugling auf die Welt kommt. Die Säuglingsfürsorge ist ein wichtiges Gebiet, dem besonderes Augenmerk zugewendet werden muss und ich betone, dass die Gemeinde Wien und der Landesausschuss in der Beziehung ihre Tätigkeit voll und ganz erfüllt haben. Es ist für die unehelichen Kinder gesorgt, so dass in dieser Beziehung kein Einwand erhoben werden kann. In enger Verbindung mit der Frage der Säuglings- und Kinderfürsorge steht die soziale Frage und auch die moderne Erziehung. Es gibt viele brave Familien, die Kinder erziehen wollten. Dies war aber schon zu normalen Zeiten schwierig. Es muss also die soziale Frage in praktischer Weise gelöst werden, aber nicht in konstituierenden Versammlungen und Konferenzen; wenn diese vorüber sind, geschieht weiter gewöhnlich nichts. Bei dieser Gelegenheit will ich ankündigen, dass der Landesausschuss ein grosses Werk in Druck erscheinen lassen wird, in dem man ersehen wird, was auf dem Gebiete der Säuglings- und Kinderfürsorge geleistet wurde. Wenn wir schon in einer so bitteren Zeit der Verordnungen leben, von denen manche unerträglich sind, so wäre die erhöhte Aufmerksamkeit derer, die die Verordnungen erlassen, auf die strenge Kontrolle der Verhinderung der Kindererzeugung notwendig. Dem Geburtenrückgang und seinen Ursachen müsse das grösste Augenmerk zugewendet werden.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Stadtratsantrag genehmigt.

Nach einem Antrage des Vize-Bürgermeisters Hoß soll ein zweiter Zuschuss-Kredit für die Beheizung der Amtsräume in der Höhe von 17.280 K bewilligt werden.

GR. Herold bemängelt die Höhe der Kosten für die Beheizung der Amtsräume, welche mehr als eine Viertel Millionen Kronen in Anspruch nehmen. Viele Amtsräume seien überheizt, was abgesehen von den Kosten, auch der Gesundheit der Beamten abträglich sei. Er wünscht, dass die Gebahrung mit dem Heizmaterial dem Wirtschaftsamt übertragen werde.

Berichterstatter Vize-Bürgermeister Hoß erwidert, dass dies ohnedies geschehe. Bei den hohen Preisen von Holz und Kohle und bei der Steigerung der Zufuhr seien die Mehrkosten selbstverständlich.

Der Stadtratsantrag wird sodann angenommen.

Nach einem Antrage des VB. Hoß wird dem Verein „Kinderschutzstationen“ für den Betrieb der Tagesheimstätten in Prater - Venedigerau eine Subvention von 38.000 K gewährt.

Nach einem Antrage des VB. Hoß wird der Gemeinde Rann an der Save eine Subvention von 5000 K bewilligt. Der Referent appelliert an die wohlhabende Bevölkerung, durch Spenden den notleidenden Bewohnern von Rann zu Hilfe zu kommen.

VB. Rain berichtet über die Bewilligung einer Teuerungszulage zu den Erhaltungsbeiträgen für arme Bürger.

GR. Brauneis dankt im Namen der Bürger Wiens und der Bürgervereinigung dem Bürgermeister und dem Referenten VB. Rain für die Durchführung der Erhöhung, worauf der Antrag des Berichterstatters angenommen wird.

VB. Rain beantragt die ausnahmsweise Erteilung einer Leichenbestattungsgewerbekonzession durch das Handelsministerium zur Kenntnis zu nehmen und von der Einbringung einer Beschwerde Abstand zu nehmen. (angenommen)

STR. Dr. Haas beantragt die Neuregelung der Höchstgrenze der Erhaltungsbeiträge für Arme.

GR. Skaret: erinnert an die von ihm seinerzeit gestellten Anträge, die kleinsten Erhaltungsbeiträge von 6 auf 10 Kronen zu erhöhen und fragt an, ob in dieser Sache irgend etwas im Stadtrate geschehen sei.

STR. Dr. Haas erwidert in seinem Schlussworte, man sei den Intentionen des GR. Skaret dadurch nachgekommen, indem man die Gruppen mit ganz geringen Beiträgen bedeutend verringert und die höheren Gruppen bedeutend vermehrt habe.

Die Anträge des Berichterstatters werden sodann genehmigt.

Nach einem Berichte des Stadtrates Angermayer wird den Voranschlägen der städt. Patronatspfarrkirchen St. Josef und St. Florian im 5. Bezirke zugestimmt.

VB. Hoss übernimmt den Vorsitz.

Nach einem Antrage des Stadtrates Schneider werden Gründe am Döblinger Gürtel im Ausmaass von 4096 Quadratmeter um K 255.100.-- für Bedienstetenwohnhäuser der Strassenbahnen angekauft.

Nach einem Antrage des Stadtrates Schneider wird die Ausführung der Rohrleitungen der Hochquellenleitung und Hydranten aufstellungen auf dem neuen Kuntumarkt und Seuchenhofe im 11. Bezirk mit den Kosten von 122.287.-- Kronen genehmigt.

Nach einem Antrage des Stadtrates Zatzka wird für einen Zubau zum städt. Barackenspital im 12. Bezirk Wienerbergstr. 8 ein Betrag von 32.060.-- K genehmigt.

Nach einem Antrage des STR. Schneider wird die Abweisung von den Verbauungsbestimmungen bezüglich einer Liegenschaft der Wohnungsgenossenschaft „Ostmark“ im XIII. Bezirk bewilligt.

Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.

GR. Melcher weist darauf hin, dass in dem vorliegenden Referate eine Abweichung von den Baubestimmungen vorliege, weil die Gebäude an einem abschüssigen Terrain liegen. Redner begrüsst den Antrag, in der Meinung, dass es auch in Zukunft möglich sein wird, bei verschiedenen anderen Gebäuden im Souterrain Räumlichkeiten zu errichten, die von der Bauordnung abweichen. Solche Räumlichkeiten, Werkstätten sollen ja auch in den inneren Bezirken errichtet werden und den Verhältnissen einer Werkstätte entsprechen.

Hierauf wird der Referentenantrag angenommen.

Nach einem Antrage des StR. Schmid wird der Entwurf für die Beleuchtung der Verladerampe des neuen Naschmarktes mit den Kosten von 3400 Kronen genehmigt.

StR. Tomola ~~xxx~~ beantragt die Uebergabe der Straßenpflege im 14. Bezirk an die magistratische Zentralregie.

Gemeinderat Hohensinner erklärt, trotz der durch den Krieg geschaffenen außerordentlichen Verhältnisse hätte der Zustand der Straßen nicht ein so arger werden brauchen, wie dies infolge der Schneefälle der Fall gewesen sei. Er beantragt, der Gemeinderat möge sich grundsätzlich für die Uebernahme der Trottoirreinigung in eigene Regie aussprechen und den Magistrat zur Erstattung eines Kostenvoranschlages auffordern.

Der Referent erwidert in seinem Schlußworte, daß die Art der Wiener Trottoirreinigung gewisse Reformen bedürftig sei, das sei auch vom Bürgermeister anerkannt worden, aber gegenwärtig sei gewis nicht die richtige Zeit dazu.

Der Antrag des Befichterstatters wird sodann angenommen, der Zusatzantrag Hohensinner abgelehnt.

StR. Tomola berichtet über die Dienstbezüge von Lehrpersonen im Falle ihrer Kriegsgefangenschaft und stellt folgenden Antrag: Während des gegenwärtigen Krieges sind den zu aktiven Dienstleistungen eingerückten Gemeindeangestellten und aus Gemeindemitteln besoldeten Lehrpersonen, die in Kriegsgefangenschaft geraten, wenn sie dem Gögistenstande zugehören, ~~mit~~ und einen eigenen Hausstand mit Frau oder Kind haben, auf die Dauer der Kriegsgefangenschaft und insolange aus diesem Anlasse ihre militärischen Bezüge eingestellt sind, statt des ihnen während der Militärdienstleistung anzurechnenden (verringerten) Bezuges neben dem Quartiergelde (Mietzinsbeitrag u. s. w.) der volle Gehalt einschließlich Gehaltssteigerungen (Adjutum, Remunerationen, Monatsbezug, Monatslohn, Taggeld) anzuweisen.

Diese Verfügung tritt ab 1. September 1916 in Kraft.

Der Antrag wird angenommen.

Nach einem Antrage des VB. Hain wird die Baulinienänderung für die Fabrikrealität im 10. Bezirk Kolombusgasse genehmigt.

Diese Angelegenheit beschäftigte bereits den Gemeinderat und der Stadtratsantrag wurde damals abgelehnt, weil kein Teil der Kolombusgasse verbaut wird und die Gefahr drohte, dass diese Gasse nicht mehr durchgebrochen werden könne. Der jetzige Antrag lautet deshalb ~~xxxx~~ auf Ueberlassung des Grundes nur auf ~~2~~ 30 Jahre mit der Bedingung, dass 5 Jahre vor dem Ablauf eine Kündigung ein treten müsse.

GR. Schlechter beantragt, den Magistrat anzuweisen, von diesem Verfügungsbefugnisse sofort Gebrauch zu machen. In demselben Sinne spricht GR. Melcher. Der Stadtratsantrag wird mit dem Zusatze Schlech-

ter angenommen.

Nach einem Antrage des Stadtrates Wippel soll Rudolf Komarek aus dem Kaufvertrage bezüglich der Baustellen Ecke Triesterstrasse und Windtenstrasse im X. Bezirk entlassen werden.

Die Gemeinderäte Schlechter und Melcher erklären, dass ausdrücklich festgestellt werden sollte, dass hier ein Ausnahmefall vorliegt, und dass ähnliche Ansuchen vor der Erledigung genau geprüft werden müssen. Der Stadtratsantrag wird angenommen.

Der Vorsitzende unterbricht hierauf die ^{Öffentliche} Sitzung, um 2 „100ter Stückel“ welche in vertraulicher Sitzung referiert werden, der Erledigung zuzuführen.

In der ~~vxix~~ vertraulichen Sitzung referiert Stadtrat Schmid über den Verkauf eines Baggers der Kohलगewerkschaft Zillingsdorf und über den Verkauf von Gussrohr-Bruchheisen.

Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung übernimmt

VB. Hierhammer den Vorsitz und Berichterstatter Stadtrat Tomola berichtet ~~xxxxxxx~~ über die Rechtswirksamkeit der ~~xxxx~~ vollzogenen Lehrerernennungen rückwirkend vom 1. Februar 1917.

Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. Skaret erwähnt die dem n.ö. Landesschulrate bekannte Grundsätze bei Schulleiterernennungen und gibt seiner Meinung Ausdruck, dass dagegen nichts einzuwenden wäre, wenn der Stadtrat nach diesen Grundsätzen vorgehen würde. Redner zitiert den § 48 des Volksschulgesetzes und bemängelt, dass sich der Herr Schulreferent nie daran gehalten habe. ~~xxxxxxx~~ Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen bespricht Redner die einzelnen Punkte der ^{die} in ~~xxx~~ Öffentlichkeit hinausgegebenen Rechfertigung in Sachen der letzten Lehrerernennungen und rügt dieselben.

Der Redner wendet ~~xxx~~ ^{sich} gegen die geheime Qualifikation und gegen die Vorstellungen beim Schulreferenten, sowie gegen die Auswahl der Bücher für die Schüler- und Lehrerbibliotheken und erklärt: durch den Schulreferenten Tomola ist ein ganz ausserordentlich gefährliches System eingeführt worden, das man nur von einem Manne erwarten kann, der seine politische Ueberzeugung aus pekuniären Gründen weggeworfen hat. (Lärm und Zwischenrufe).

Vize-Bürgermeister Hierhammer: „Das geht zu weit! Das ist nicht mehr Kritik! Ich rufe den Herrn Redner zur Ordnung.“

GR. Skaret: Sie sind heute hier als Schulreferent, aber auch als politischer Ueberläufer einer Partei.

GR. Andreas Mayer: „Gehen Sie zu Pernerstorfer und sagen Sie ihm das!“

Vize-Bürgermeister Hierhammer gibt wiederholt das Glockenzeichen und mahnt zur Ruhe.

GR. Skaret: Ich habe auch immer eine heillose Angst, wenn ich höre, dass irgend ein getaufter Jude in einem Amt sitzt..... (Stürmische Heiterkeit bei der Majorität und Rufe: Wie auch!) Wenn ein getaufter Jude in einem Amte sätzt, wo er eine Exekutivgewalt auszuüben hat, weil dieser getaufte Jude, um seine Objektivität zu beweisen, seinen eigenen Rassengenossen gegenüber die grössten Ungerechtigkeiten begeht. (Zwischenrufe bei der Mehrheit und Rufe: Ja das ist die Rasse!)

Der Redner bespricht dann das Verhältnis zwischen den Christlichsozialen und dem Deutschnationalen Verbände, und sagt zum Schlusse nochmals, dass er die Art des Vorgehens des Stadtrates bei den Ernennungen einen Ernennungsskandal nennen müsse.

Vize-Bürgermeister Hierhammer ruft den Redner neuerlich zur Ordnung.

Es sprechen sodann noch die Gemeinderäte Andreas Mayer, Dr. Mein, Wawerka und Kunschak zu diesem Referate.

3

4

GR. Mayer weist ~~xxxxx~~ darauf hin, dass Hohensinner nie vom Ortsschulrate als Schulleiter vorgeschlagen wurde und dass der Stadtratsreferent seine Anträge immer auf Grund der Vorträge des Ortsschulrates stellt. Beim Falle Hohensinner sei seine Nichtbeförderung umso begreiflicher, weil die christliche Bevölkerung nicht einen Mann an die Spitze einer Schule gestellt wissen will, dessen ~~xxxxxxx~~ Phrasendreschereien allgemein bekannt sind, der ein Anhänger der freien Schule ist. Ein solcher Mann dürfe nicht der Schule sein Gepräge aufdrücken.

GR. Dr. Hein : Selbst wenn man den Standpunkt der Majorität bei Ernennungen akzeptieren wolle, hätte man doch annehmen sollen, dass jetzt während des Krieges dieser Standpunkt fallen gelassen werde. Der Krieg hat gezeigt, dass alle Kreise der Bevölkerung von höchstem Patriotismus durchdrungen und von Opferwilligkeit erfüllt sind. Das jetzige Vorgehen sei eine Ausübung der Gemeindeautonomie mitten im Kriege zu politischen Zwecken.

VB. Hierhammer erklärt nach dem ihm vorliegenden Stenogramm habe Gemeinderat Skaret eine Anzahl Lehrer als Speichellecker, Honnlier und Kriecher bezeichnet. Ich rufe ihn wegen dieses Ausdruckes zur Ordnung.

GR. Wawerka erklärt gerade der 10. Bezirk sei ein Beispiel dafür, dass sich die christlich soziale Partei bei den Lehrerernennungen nicht von den Grundsätzen leiten lasse, die ihr untergeschoben werden, denn von den Schulleitern des 10. Bezirkes gehören die wenigsten dem Vereine der Lehrer und Schulfreunde an. Gegen Reden wie es die heutigen waren, müssen die Lehrerschaft feierlich Protest einlegen, denn in den Reihen der Lehrer ohne Unterschied der Partei gibt es keine Speichellecker und Heuchler, sondern gerade in ihren Reihen findet man Männer, die ihre Ueberzeugung nach jeder Richtung hin vertreten. Was die Schulleiterernennungen betrifft so sind ~~xxxxx~~ übrigens, als sich die Ortsschulräte noch aus den Liberalen zusammensetzten. Lehrer mit noch viel geringerer Dienstzeit als heute Schulleiter geworden.

GR. Kunschak . Der Zeitungsleser wird sich morgen nach dem Gegenstande der Debatte fragen und wenn er ihn erfahren wird, wird er sich sagen müssen, glückliche Leute, die zu so etwas Zeit haben. Warum hat es sich eigentlich gehandelt? Um einen Antrag Tomola, der seiner Initiative zu danken ist, ein Entgegenkommen gegen die Lehrerschaft, wie es in keiner Verwaltung auch nicht in der der Gemeinde Wien jemals geübt wurde. Der Landesschulrat soll bewegen werden den Lehrern Dekrete auszustellen, nach welchen ihnen gegen die Bestimmungen des Gesetzes nicht von kommenden Ersten sondern von vergangenen Ersten an die infolge der Ernennung erhöhten Gebühren zuerkannt werden sollen, Dies ist umso bedeutungsvoller, als der ~~xxxx~~ vergangene Erste auch der Quartalerste war. Man sollte nun meinen, dass wenn ein solcher Antrag gestellt wird, dem Referenten die uneingeschränkste Anerkennung von Seiten der Lehrerschaft ~~xxxxxxxxxxxx~~ ausgesprochen werden soll. Aber in der Debatte wurden Angriffe gemacht in der Zeit des Burgfriedens, wo nicht nur der parteipolitische sondern vor allen andern der persönliche Kampf zur Ruhe kommen sollte. Was Gemeinderat Skaret sich geleistet hat im Glauben dem Gemeinderate Hohensinner einen Gefallen zu tun, um sich ein elendes Wasserrümpche zum Kochen zu bringen, das ist verabscheuenswürdigster Missbrauch der Rechte und Würde eines Gemeinderates. (lebhafteste Zustimmung)

Es ist tief bedauerlich, dass gegen den ~~xxxx~~ Referenten Stadtrat ~~xxxx~~ Tomola der Vorwurf des Gesinnungswechsels erhoben wurde. Um das Jahr 1890 herum war alles in politischer Gährung, es war alles nebelhaft, die einzelnen Politiker mussten dem Entwicklungsgange folgen, den die Verhältnisse nahmen. Wenn hier mit einer solchen Schärfe persönliche Angriffe vorgebracht werden, so muss ich fast glauben, dass damit eine Bewegung gefördert werden soll, welche sich bis in die höchsten Kreise hinauf Anhänger geschaffen hat, ~~xxx~~ und die darauf ausgeht die Autonomie der Gemeinden und Länder zu beseitigen. Nur ein Hindernis besteht noch, um mit der Gemeindeautonomie überhaupt aufzuräumen und das ist Dr. Weiskirchner und der Wiener Gemeinderat. Gegenüber der Unfähigkeit gewisser Menschen ist die Autonomie gegenüber der Gemeinde und Länder eine stete Anklage und Verurteilung (Lebhafter Beifall bei der Majorität)

5

GR. Dr. Mittler polemisiert gegen die Ausführungen der Redner der Mehrheit und erklärt, er habe sich nur deshalb noch zum Worte gemeldet, weil auf der Gegenseite dies auch seitens des GR. Kunschak geschehen sei, dessen Name mit allen Exzessen der letzten Jahre im Gemeinderatssaale verbunden sei. Er sei es auch, der immer vom Burgfrieden spreche, denselben aber zu einem „amerikanischen“ mache, den man erst entdeckt, wenn man ihn stören will. Der Burgfriede, der nurmehr durch die Zucht aufrecht erhalten werde, die sich die Minorität auferlege, sei insbesondere dadurch gefährdet, was zur gegenwärtigen Debatte geführt habe, dass die christlichsoziale Parte nicht einmal in dieser Zeit die systematische bewusste Auswahl der Lehrer nach ihren Grundsätzen unterlassen habe. Das System der Parteiherrschaft bei den Lehrerernennungen sei tief ^{energisch} dauerlich und es müsse/ gefordert werden, dass die Lehrerernennungen endlich ohne Unterschied der politischen Ansichten und Ueberzeugung erfolgen. Wenn Angriffe gegen die Autonomie erhoben wurden, so sage ich Ihnen, dass es meine feste Ueberzeugung ist, erklärt der Redner zum Schlusse, dass die Gemeindefassung, wie es heute ist, nicht bleiben kann. Autonomie hin, Autonomie her, wenn sie dazu benützt wird, um auf dem Gebiete des Wahlrechtes der Wahldurchführung, bei Ernennungen und bei gewerblichen Entscheidungen verwendet zu werden. Sie dürfen sich nicht einreden, wenn ernste Männer sich diese Frage vorlegen, dass diese Autonomie imstande ist, zu beglücken. Man wird ihnen Sünden vorwerfen, die Sie begangen haben und man wird die Frage aufwerfen, ob die christlichsoziale Gemeinde autonomiegewahr ist.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Das nennen die Herren Burgfriede!

stündlich war. GR. Welcher sagt: Rufen Sie den GR. Hötzel zur Ordnung, wir lassen uns nicht beleidigen!

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Es ist tief bedauerlich, dass ein freigewählter Gemeinderat dem ganzen Gemeinderate die Schande angetan hat, eine solche Rede hier zu halten. (Tosender Beifall bei der Majorität. Lebhafter Widerspruch der Opposition. Die Mitglieder der Majorität rufen: Pfui! Hinaus mit ihm! Schande! Skandal!) Es kommt zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Gemeindevätern und der Lärm dauert sekundenlang fort, auch noch als Referent ~~zu~~ STR. Tomola zu sprechen beginnt.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich finde Ihre Aufregung für berechtigt, aber ich bitte Sie, das Schlusswort anzuhören.

Zwischen GR. Hötzel und mehreren Mitglieder der liberalen Minderheit kommt es neuerlich zu einer Auseinandersetzung wegen eines Zitates des GR. Hötzel, der nicht ver-

6

Es ist endlich wieder Ruhe im Saale eingetreten, STR: Tomola hält unter gespannter Aufmerksamkeit sein Schlusswort in welchem er darauf hinweist, dass sämtliche Jünglinge und Mädchen, welche in Wien eine Lehrerbildungsanstalt mit Reifeabsolviert haben in ein Alter, in welchem von politischer Gesinnung noch keine Rede sein kann, vom Bezirksschulrate angestellt werden. Bei der Ernennung im Stadtrate sei er nicht mehr als jedes andere Mitglied, welches sein Votum abzugeben hat und er trage es deshalb nur ein siebzehntel der Verantwortung. Die Ernennung erfolge auf Grund der Erklärung der Bezirksschulinspektoren und Redner habe nie einem Bezirksschulrate angehört. Er hoffe, dass die Bezirksschulinspektoren, deren Amt in unqualifizierbarer Weise herabgesetzt werde, sich Genugtuung verschaffen werden. Im Uebrigen kommen so gute und vorzügliche Qualifikationen wie beider Lehrerschaft nirgends vor und wenn davon eine Ausnahme eintritt, so ist der betreffende Fall durch Disziplinarerkenntnisse aktenmässig so belegt, dass niemand, dass niemand an dieser Qualifikation Kritik üben kann. Wenn GR. Skaret mir zu den vielen Widerwärtigkeiten, ~~xxx~~ die mir das Amt eines Schulreferenten auferlegt, durch seine persönlichen Vorwürfe die Qual meines Amtes noch zu vermehren, dann täuscht er sich. Angriffe von dieser Seite lassen mich vollkommen kalt. (Lebhafter Beifall bei der Rede). Die letzten Leiterernennungen werden hauptsächlich deshalb beanstandet, weil sie lauter Christlichsoziale betroffen haben sollen. Ich weiss es nicht, ob die Ernannten Christlichsoziale sind und das hat mir auch GR. Skaret nicht vorwerfen können, dass ich jemals einen Bewerber nach seiner Parteizugehörigkeit gefragt hätte. Wenn Dienstjüngere ernannt worden sind, so ist das nur ein Beispiel dafür, in welcher Weise der Stadtrat wirkliche Verdienste belohnt. Redner kommt des weiteren auf die einzelnen Vorwürfe des Gemeinderates Skaret zuspochen. GR. Skaret hat mir meine politische Vergangenheit vorgeworfen. Seit meinem Eintritt in den Gemeinderat im Jahre 1893 gehöre ich dem Bürgerklub an und bin noch heute Mitglied dieser Körperschaft. In übrigen ist keiner von den älteren unter uns, der nicht damals in der Zeit der Gärhrung in den deutschnationalen Versammlungen erschienen wäre und gesprochen hätte und dass ich damit das Richtige getroffen habe, das zeigt sich auch in unseren Tagen. Wie damals finden sich auch heute wieder Deutschnationales und Christlichsoziale zusammen, um gemeinsam die Bevölkerung einer besseren Zukunft entgegenzuführen. (Lebhafter Beifall)

Bei der Abstimmung kann der Vorsitzende Bgm.

Tagesordnung erledigt und die Sitzung wird um halb 10 Uhr abends geschlossen.

Dr. Weiskirchner die einstimmige Annahme des Referentenantrages konstatieren. Es werden sodann die restlichen Gegenstände der

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Franz Michew.*
Wien, 1., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 14. März 1917. Nr. 104.

Zuckerkartenausgabe. Samstag, den 17. d.M. gelangen in der bisher üblichen Weise die Ergänzungszuckerkarten für die Zeit vom 18. Februar bis 31. März 1917 mit 2 Abschnitten à 1/8 kg und die Zuckerkarten für den Monat April mit 8 Abschnitten à 1/8 kg zur Ausgabe. Es wird aufmerksam gemacht, daß der Stamm der Ergänzungszuckerkarte aufzubewahren ist; die Zuckerverkäufer haben daher die Stämme zurückzustellen und darauf aufmerksam zu machen. - Kaffeekarten werden diesmal nicht ausgegeben.

Neue Gassenbezeichnung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Knoll den bisher unbenannten Gehweg, der zwischen der Rußbergstraße und dem Mühlweg im 21. Bezirk parallel zu diesen zur Strebersdorfer Straße führt, nach dem im Jahre 1872 verstorbenen Präsidenten der Eskompte-Gesellschaft Albrecht Ritter von Rogge, welcher ein bedeutendes Legat zu wohltätigen Zwecken stiftete, mit „Roggegasse“ benannt.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Franz Poyer zum Kanzlei-Direktions-Adjunkten, Heinrich Finke zum Kanzlei-Oberoffizial, im Status des Steueramtes: Anton Baschtarz, Hans Full, Julius Worofsky, Josef Kniebeis und Franz Pinkawa zu Adjunkten, Leopold Berger zum Offizial, Alfred Pressler zum Akzessisten; Josef Weißbach zum Akzessisten des Exekutionsamtes; bei der Straßenbahn: Jaroslav Koniakowski, Hermann Wächter, Leopold Hirsch, Franz Jürgens, Emil Andres, Gustav Chmiel, Friedrich Sorgo, Theodor Diedek, Alois Kapka und Rudolf Hofmann zu Vizeinspektoren und schließlich Karl Grundschober zum Oberinspektor der städtischen Sanitätsstationen.

Aus der vertraulichen Gemeinderatssitzung. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen vertraulichen Sitzung nach einem Berichte des VB. Hierhammer dem Schriftsteller Franz Eichert eine Erhöhung der Ehrengabe auf 1800 Kronen jährlich bewilligt und ihm aus Anlaß seines 60. Geburtstages das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen. Nach einem Berichte des Vizebürgermeisters Hoß wurde dem Konskriptionsamts-Vizedirektor Julius Berger anlässlich seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand mit Rücksicht auf die langjährige zufriedenstellende Dienstleistung der Titel „Konskriptionsamts-Direktor“ und dem Konskriptionsamts-Oberkontrollor Johann Gradwohl der Titel „Konskriptionsamts-Vizedirektor“ verliehen. Nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Rain wurde dem Anbot von Hans Oberleuthner und Thomas Hascha in Aspern auf Lieferung von 240 Waggon Futterrübe zum jeweiligen Höchstpreis zugestimmt.

Die Bezirksvertretung Wieden hält am 20. d.M. halb 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Ermäßigte Hundesteuermarken. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Rain dem österreichischen Tierschutz- und Tierasylverein noch weitere 25 Stück Hundesteuermarken für das Jahr 1917 zu einem ermäßigten Preise für die Verteilung an arme und würdige Hundebesitzer überlassen.

Vizepräsident Lohnstein. Von der Länderbank ist nachstehendes Schreiben an den Bürgermeister gerichtet worden: Die ergreifende Kundgebung der Teilnahme Eurer Exzellenz an dem Hinscheiden des Vizepräsidenten und früheren Generaldirektors unseres Institutes, Herrn Ludwig August Lohnstein, hat uns tief bewegt. Die Worte Eurer Exzellenz bilden eine kostbare Ehrung des Verewigten und eine auszeichnende Anerkennung seines Wirkens, das von treuester Hingebung für seine zweite Vaterstadt Wien beseelt war. Das Institut wird es als Ehrenpflicht auffassen, dieses Vermächtnis des Dahingegangenen treu zu verwalten und in seinem Geiste die Beziehungen zur Gemeindeverwaltung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien fortzupflegen, wobei wir uns glücklich schätzen werden, bei Eurer Exzellenz dasselbe vertrauensvolle Entgegenkommen zu finden, womit Eure Exzellenz und Hochdero verewigter Vorgänger unseren verblichenen Generaldirektor ausgezeichnet haben. Wir bitten Eure Exzellenz, für die überaus ehrenden Worte des Beileides sich unseres innigsten, aufrichtigen Dankes verpflichtet zu halten.

Genehmigen Eure Exzellenz den Ausdruck unserer verehrungsvollen Ergebenheit

kais. kön. Privilegierte Oesterreichische Länderbank

Montecuccoli.

Rotter.

105

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Wien, Mittwoch, 14. März 1917. Abends. Nr. 105.

Verteilung des Volkrindfleisches. Morgen (Donnerstag) findet
ab 12 Uhr mittags die Verteilung des Volkrindfleisches^{an} die
Mitglieder der Fleischhauergenossenschaft und zwar für
die Nummern 1 bis 100 statt.

Gehrte Schriftleitung !

Die in der gestrigen Korrespondenz enthaltene Notiz
„Unwahre Gerüchte“ wurde von der Kriegszensur zur Gänze gestri-
chen, wovon Sie freundlichst Kenntnis nehmen wollen.

=====

106

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, 1., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 15. März 1917. Nr. 106.

Abgabe deutscher Kohlrüben (Wrucken). Durch die Erhöhung des Einkaufspreises der deutschen Kohlrüben (Wrucken) erhöht sich auch der Abgabepreis dieser Ware und werden daher die Wrucken von Samstag, den 17. d. M. angefangen auf den Wiener Märkten um 30 Heller per Kilogramm abgegeben.

Verlegung städtischer Aemter. Die Stadtbuchhaltungs-Abteilungen 8 (Depositum, Stiftungen, Dienstboten-Krankenkasse) und 13 (Gebäudeerhaltung) amtierem nunmehr im neuen Amtshause 1. Bezirk Felderstraße, Eingang Rathausstraße 14.

Herabsetzung der Butterpreise. Die mit der Verteilung und Preisfestsetzung der aus dem Auslande eingeführten Butter seitens der k. k. Regierung betraute Oesterreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft A. G. hat bis auf weiteres folgende Detailpreise für ausländische Butter festgesetzt: ausgeschnittene Ware K 11,30, pakettierte Ware K 11,50 per Kilogramm. Es dürfen demnach für 12 dkg ausgeschnittene ausländische Butter nicht mehr als K 1,36, für 12 dkg pakettierte ausländische Butter nicht mehr als K 1,38 berechnet werden. Die Einhaltung dieser Preise seitens der Detailverschleißer wird von den Organen des Markt-amtes der Stadt Wien strengstens überwacht werden. Ueberschreitungen dieser Höchstpreise werden im Sinne der kaiserlichen Verordnung vom 21. August 1916 zur Anzeige gebracht und geahndet werden.

Lastkraftwagenverkehr in der Alserbachstraße. Da der stets zunehmende Lastkraftwagenverkehr eine ständige Gefahr für den im Straßenkörper der Alserbachstraße im 9. Bezirk liegenden Alsbachkanal, insbesondere mit Rücksicht auf dessen alten Bestand, bedeutet, sieht sich der Magistrat in Handhabung der Lokalpolizei veranlaßt, im Einvernehmen mit der k. k. Polizeidirektion die Durchfahrt von Lastkraftwagen durch die Alserbachstraße in deren ganzen Länge einschließlich des Althanplatzes zu verbieten. Das Ueberqueren dieser Straße sowie des Althanplatzes bleibt auch weiterhin gestattet, da es gemäß den §§ 15, 24 und 31 der Fahr- und Gehordnung für Wien ohnedies nur langsam zu geschehen hat. In der Richtung von der Brigittabrücke aus kann folgender Ersatzfahrweg genommen werden: Elisabethpromenade, Strohekgasse, Rotenlöwengasse, Ueberquerung der Alserbachstraße und des Althanplatzes, Franz Josefsbahnstraße, Liechtensteinstraße, Liechtenwerderplatz, Heiligenstädterstraße (9. Bezirk) und Nußdorfer Straße.

WIENER STADTRAT.

Sitzung vom 15. März.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner, die VB. Hierhammer, Hoß und Rain.

StR. Zatzka beantragt, von der Gruppe 5 a des Ottakringer Friedhofes die äußeren Reihen des Schachgräberfeldes zur Anlage von eigenen Gräbern heranzuziehen, wodurch etwa 60 Grabstellen gewonnen werden. (Ang.)

Nach einem Antrage des StR. Schneider wird die Anschaffung von je einem Waschl- und Leichtölbehälter im Gaswerk Simmering um den Kostenbetrag von 38.330 K genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Poyer werden für die Umpflasterung der verlängerten Niederhofstraße zwischen Assmayer- und Längenfeldgasse nachträglich die Kosten von 4085 K genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Wessely wird die Erhöhung der Flasche Mineralwasser im Wiener Rathauskeller um 20 Heller genehmigt.

Verteilung des Volkrindfleisches. Morgen (Freitag) findet die Verteilung des Volkrindfleisches an die Mitglieder der Fleischhangergenossenschaft für die Nummern von 101 bis 345 ab halb 10 Uhr vormittags mit einer Mittagspause statt.

Aufnahme von Seeaspiranten. In die Kriegsmarine werden heuer voraussichtlich ungefähr 70 Seeaspiranten aufgenommen werden. Sie haben die Bestimmung Seekadetten und nach abgelegter Seeoffiziersprüfung nach Maßgabe der freien Stellen See-Offiziere zu werden. Gesuche sind bis 1. August bei der Marinesektion des Kriegsministeriums (von Militärschülern im Dienstwege) einzubringen.

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat ernannt: Bezirksaushilfslehrer Georg Frank zum Bürgerschullehrer, die Volksschullehrerin 2. Klasse Antonie Nothaksberger zur Volksschullehrerin 1. Klasse, die provisorischen Lehrer 2. Klasse Josef Frank, Josef Wollner, Walter Klatowsky, Ludwig Schuh, Egon Rader und Franz Müllauer zu Volksschullehrern 2. Klasse, die provisorischen Lehrerinnen 2. Klasse Stephanie Peitlschmidt, Franziska Kraft, Emilie Blaha, Blanka Meixner, Paula Watzl, Maria Maennel und Charlotte Herrmann zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse.

107 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michalek,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Freitag, 16. März 1917. Nr. 107.

Wettbewerb für Wiener Architekten. Am 12. Oktober v. J. beschloß der Stadtrat nach einem Antrage des Stadtrates Schwer zur Linderung der Notlage unter den Wiener Künstlern einen Kredit von 50.000 Kronen zu bewilligen. Bei den Verhandlungen über diesen Gegenstand kamen die städtischen Aemter zu dem Ergebnis, daß die Not der jetzigen Zeit insbesondere die Baukünstler, die Architekten, trifft, da die Bautätigkeit vollständig daniederliegt und demnach für die Architektenschaft fast gar keine Gelegenheit zur Betätigung vorhanden ist. Der Stadtrat beschloß in der gestrigen Sitzung nach einem Antrage des Stadtrates Zatzka neuerlich sowohl allgemeine als auch beschränkte Wettbewerbe auszuschreiben. Teilnahme an den allgemeinen Wettbewerben steht jedem in Wien ansässigen selbständigen Baukünstler deutscher Volkszugehörigkeit offen, während sich an den beschränkten Wettbewerben nur die hiezu besonders eingeladenen Architekten beteiligen können. Für den allgemeinen Wettbewerb sollen 5 Aufgaben gestellt werden, für welche Preise in der Höhe von 25.000 Kronen bestimmt wurden, für die Entwürfe der beschränkten Wettbewerbe sind 21.400 Kronen veranschlagt. Unter den Wettbewerben befinden sich Entwürfe für ein neues Muster für die auf öffentlichen Straßen und Platzgründen aufzustellenden Ankündigungssäulen, der Entwurf für eine Blumenverkaufshalle in Verbindung mit einem vornehmen Teesalon in der Wienzeile vor dem Sezessions-Gebäude, Entwurf für die baukünstlerische Ausgestaltung einer Schule auf der Schmelz, der Entwurf für die Ausgestaltung und die Baulichkeiten der geplanten öffentlichen Gartenanlage im Krottenbachtale, welche in erster Linie als Spielwiese und Tummelplatz für Kinder Verwendung finden soll, Entwurf für die baukünstlerische Ausgestaltung der Baulichkeiten für einen südlichen Hauptfriedhof in Wien; eine kunstkritische Studie über die Aufstellung kleinerer Kunstdenkmäler und Brunnen auf Wiener Plätzen und Strassen und eine kunstkritische Bearbeitung der Karlsplatz-Frage, nach ihrem gegenwärtigen Stande und Erstattung von Vorschlägen für den östlichen Abschluß des Platzes mit Rücksicht auf die Freihaltung der günstigsten Ausblicke gegen die Karlskirche. - An der Debatte über diesen Gegenstand beteiligten sich die Stadträte Schwer, Grünbeck und Schneider. Es wurde ein Preisgericht eingesetzt mit dem Bürgermeister oder einen der Vizebürgermeister als Vorsitzenden, drei Mitgliedern des Stadtrates, dem Magistratsdirektor, StadtbauDirektor und dem Direktor der städt. Sammlungen bzw. dem Stellvertreter dieser Magistrats-Funktionäre ferner den Künstlern Oberbauräten Ludwig Baumann, Leopold Bauer und Hermann Hellmer, Baurat Emil Bressler, Professor Franz Freiherr von Kraus und den Architekten Anton Drexler und Robert Oerley.

Kartoffelhöchstpreise. Nach der Statthaltereiverordnung vom 14. März d.J. stellt sich der Kartoffelhöchstpreis beim Kleinverkaufe, das ist beim Verkaufe in Mengen unter 1 Meterzentner an den Verbraucher, nunmehr in Wien auf 24 Heller für das Kilogramm. Es werden daher die Kartoffeln auf den Wiener Märkten und sonstigen Verkaufsstätten von Sonntag, den 17. März d.J. anfangen um 24 Heller für das Kilogramm abgegeben. Dieser Preis gilt nicht für Kipflerkartoffeln.

Städtische Stellwagenunternehmung. Der in den letzten Wochen infolge Mangels an Reifen- und Material-Ersatz mit Schwierigkeiten aufrecht erhaltene elektrische Kraftstellwagenbetrieb zwischen „Nordbahn - Praterstraße - Stefansplatz“ gelangt am Sonntag, den 18. d.M. mit Betriebschluß zur Einstellung.

Eine Schiffahrtsschule in Triest. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Stadtrates Tomola der Forderung des deutschen Volksrates für Triest und das Küstenland auf Errichtung einer deutschen Schiffahrtsschule in Triest beizutreten und die Schaffung von Stipendien bzw. Freiplätzen für diese Schule grundsätzlich ins Auge zu fassen. Durch Errichtung dieser Schule mit deutscher Unterrichtssprache soll auch den Deutschen Oesterreichs die Möglichkeit geboten werden, sich an der Handelsmarine auf See zu betätigen, nicht nur um den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, sondern auch um der österreichischen Handelsmarine österreichisches Gepräge zu geben.

Bezirksvorsteher Floridsdorf. Gestern wurde die Wahl des Bezirksvorsteher-Stellvertreters des 21. Bezirkes vorgenommen. Den Vorsitz führte Bezirksvorsteher Anderer. Gewählt wurde Emil Scholz mit 18 von 19 abgegebenen Stimmen.

108
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Nischen,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 17. März 1917. Nr. 108-

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen.

Die Eierversorgung Wiens. Infolge irrthümlicher Auffassung einer vor einigen Tagennerschiedenen Zeitungsnotiz betreffend die Eierversorgung Wiens bis Ende Februar 1918 wurden beim Wiener Magistrate, Lebensmittelversorgungsstelle 4 in den letzten Tagen zahlreiche mündliche und schriftliche Gesuche von Gewerbetreibenden, Konsumentenorganisationen und Privatpersonen um Zuweisung von Eiern eingebracht. Da die Gemeinde Wien über keinerlei Eievorräte verfügt, ist die Einbringung solcher Gesuche zwecklos. Die von den verschiedenen Zentralstellen nach Wien gebrachten Eier werden nur durch die hiezu befugten Gewerbetreibenden an Konsumenten abgegeben und der Magistrat hat schon vor längerer Zeit mit Genehmigung des k.k. Amtes für Volksernährung eine Verteilung dieser Eier auf die einzelnen Kategorien der zum Eierhandel berechtigten Gewerbetreibenden nach einem bestimmten Schlüssel vorgenommen. Nur Gewerbetreibende, die keiner mit Eiern beteiligten Genossenschaft angehören und die nachweisbar schon vor dem Kriege sich mit dem Verkaufe von Eiern befaßt haben, können um Zuweisung zu einer Gruppe behufs Beteiligung mit Eiern beim Magistrate ansuchen. Konsumentenorganisationen haben Gesuche um Eierzuweisung direkt beim k.k. Amte für Volksernährung einzubringen.

Todesfall. Vor einigen Tagen starb in Purgstall a.d. Erlaf der ehemalige Gemeinderat der Stadt Wien Robert Kleyhonz, welcher sich auf dem Gebiete der Humanität verdienstvoll betätigte und in seiner öffentlichen Stellung - er war bis zum Jahre 1889 Gemeinderat - zum Wohle der Allgemeinheit nach besten Kräften beitrug. Bemerkenswert ist, daß auch der Vater des Genannten Gemeinderat der Stadt Wien war. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat der Witwe das herzliche Beileid zum Ausdruck gebracht.

Bezirksschulinspektoren. Die kürzlich für den 2., 9. und 10. Wiener Inspektionsbezirk ernannten Bezirksschulinspektoren Georg Stingl, Franz Tremml und Heinrich Gold haben gestern ihren Dienst angetreten.

Verkauf der Kriegswurst. Von nächster Woche an findet der Verkauf der Kriegswurst bei den hiefür bestellten Verkaufsständen am Mittwoch und Samstag jeder Woche statt.

Lebensmittelstelle des Vereines der Beamten der Stadt Wien. Die zeitweilig eingestellte Abgabe von Kondensmilch und Marmelade wurde mit der Beschränkung aufgehoben, daß vom 20. d.M. angefangen in der Zeit von 2 bis 5 Uhr nachmittags Kondensmilch und Marmelade solange die Vorräte reichen in der städtischen Markthalle 1. Bezirk Stadiongasse 11 an die Bezugsberechtigten ausgegeben werden. Zur rascheren Abwicklung muß das Geld abgezahlt bereit gehalten werden.

Ueberlassung von Gründen zum Gemüseanbau. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des Vizebürgermeisters Rain Grundstücke des Gutes „Wallhof“ Brauhausbediensteten zum Selbstanbau von Gemüse und Kartoffeln wie im Vorjahre überlassen.

Mehlabbgabe in der nächsten Woche. In der Woche vom 18. bis 24. März d. J. wird bei den städtischen Mehlabbgabestellen auf Grund der gelben Mehlbezugskarte die volle Kopfquote, das ist $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf in Mahlprodukten abgegeben. Da den Mehlabbgabestellen für diese Woche zum Teil Maismehl und Maisgrieß zugewiesen wurde, ist die Ration zur Hälfte in Maismehl oder Maisgrieß, zur Hälfte in der zugewiesenen Mehlsorte abzugeben. Infolge Verkehrsschwierigkeiten konnten die für die bezeichnete Woche bestimmten Mehlmengen von der K.G.V. nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden, weshalb die Abgabetermine verschoben werden müssen. Mehl wird in dieser Woche von Dienstag bis Freitag abgegeben.

109

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Wien, Samstag, 17. März 1917. Nr. 109.

Zur Fleischversorgung Wiens. Infolge verschiedener Verkehrsstö-
rungen war die Zufuhr von Rindern und Fleisch aus verschiedenen
Kronländern in der ablaufenden Woche geringer als der Bedarf
erforderte und so ermangelte es heute früh in der Großmarkt-
halle an der für den bedeutenden Konsum der Verbraucher nötigen
Fleischmenge. Um diesenⁿ Mangel insbesondere im Hinblick
auf den morgigen Sonntag einiger Maßen zu lindern, hat sich
die Gemeinde entschlossen, aus ihren Vorräten 5000 Kilogramm
Schweine-Gefrierfleisch und 200 Schweine, die soeben aus
Russisch-Polen eingelangt waren, teils im Wege der Großschläch-
tereier, teils im Wege der Fleischhauer und schließlich auch
durch einen Verkauf in der Großmarkthalle am morgigen Tage dem
Konsum zuzuführen. Es ist anzunehmen, daß im Laufe der nächsten
Woche eine Besserung der Zufuhren Platz greift. Montag wird die
„Oezeg“ 7 Waggons ausländisches Fleisch den Fleischhauern und
der Großschlächtereier zur Verfügung stellen. Ueber dringende
Bitte des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner hat sich Minister
Generalmajor Hüfer entschlossen, der „Oezeg“ einen weiteren
Auftrag wegen Beistellung von geschlachtetem Fleisch zu ertei-
len. Die Beschickung des auf Montag fallenden Rindermarktes
ist bisher noch nicht sichergestellt.

Volksrindfleisch. Heute spät abends ist noch eine größere
Partie Volksrindfleisch in Wien eingelangt. Es kommt am
Montag von 9 Uhr früh angefangen an die Nummern 1 bis 100,
und am Dienstag ebenfalls von 9 Uhr früh angefangen an die
Nummern 101 bis 345 zur Verteilung an die Mitglieder der
Fleischhauer-Genossenschaft. Am Dienstag tritt eine kurze
Mittagspause ein.

110
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mücke,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 19. März 1917. Nr. 110.

Die Kriegsküche 36 im 17. Bezirk Kalvarienberggasse (Mag. Bezirksamt Elterleinplatz) wird am 26. d.M. ihren Betrieb aufnehmen. Anmeldungen zum Speisenbezug nimmt diese Küche vom 22. bis 24. März von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 4 bis 7 Uhr nachmittags entgegen.

Bestellung eines Kriegsküchenkommissärs für Wien. Der Bürgermeister hat auf Grund des Erlasses des Amtes für Volksernährung vom Jänner 1917 behufs Organisation und Beaufsichtigung der in Gemäßheit dieses Erlasses in Wien zu errichtenden Kriegsküchen den Obermagistratsrat Dr. Jakob Dont als Kriegsküchenkommissär für den politischen Bezirk Wien bestellt. Gleichzeitig hat der Bürgermeister die Behandlung aller Angelegenheiten, welche die Organisation und Beaufsichtigung der in Wien zu errichtenden Kriegsküchen betreffen, mit der Geschäftsführung hinsichtlich der Hilfsaktionen der „Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich“ I. neues Rathaus in einem Amte, ^{mit} dessen Leitung Obermagistratsrat Dr. Jakob Dont betraut wurde, vereinigt. Dieses Amt führt die Bezeichnung: „Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und die durch den Krieg in Not Geratenen und Kriegsküchenkommissariat“ und abgekürzt die Bezeichnung „Kriegsfürsorgezentrale und Kriegsküchenkommissariat“; es hat seinen Sitz im neuen Rathause.

Abgabe von Zuckerrüben. Die Gemeinde ist durch einen Gelegenheitskauf in den Besitz einer größeren Menge von Zuckerrüben gekommen, die mit Rücksicht auf den herrschenden Mangel an frischen Gemüse von der nächsten Woche an auf den Märkten abgegeben werden sollen. Da diese Rübe als Nahrungsmittel bisher unbekannt war, teilt der Marktamt der Stadt Wien auf Grund seiner Kochversuche folgende Vorschriften für die Bereitung von Speisen aus Zuckerrüben für 4 Personen mit:

Die Zuckerrübe läßt sich ähnlich den Deutschen Kohlrüben zu recht schmackhaften Speisen zubereiten. Die Zuckerrübe ist vor ihrer Verwendung zu reinigen, zu schälen, sodann neuerlich zu waschen und (zur Beseitigung des unangenehmen Geschmacks) entweder am Vortage einzusalzen und stehen zu lassen, oder sofort durch ungefähr eine halbe Stunde zu kochen. Das beim Kochen verwendete Brühwasser ist abzugießen und da es stark zuckerhältig ist, sirupdick einzukochen (um zum Verstüßen zu dienen). Der Sirup kann zum Süßen oder als Brotzugesatz verwendet werden. - Die so vorbereitete Rübe wird nun je nach der Art der Speise in Stücke oder nudelig geschnitten und neuerlich gekocht. Es empfiehlt sich, durch Zusatz von etwas doppelkohlensaurem Natron das Garkochen zu beschleunigen, wodurch auch Feuerungsmaterial erspart werden kann.

Zuckerrübengerichte.

1. Gemüse zubereitet wie Kraut.

60 dkg Rüben, 1 Kaffeelöffel Fett, 3 Stücke Zucker, Salz, Zwiebel, Kümmel, 1 Löffel Mehl.

3 Stücke Zucker werden gebräunt, 1 Stückchen Zwiebel mitgeröstet, die fein nudelig geschnittenen Rüben beigelegt, mit etwas Wasser aufgegossen, weich gekocht, dann 1 Löffel Mehl eingerührt, nochmals mit etwas Wasser aufgegossen, nach Bedarf gesalzen bezw. gezuokert, Kümmel beigegeben und fertig weich gekocht.

2. Zuckerrübe gedünstet.

3/4 kg Rüben, 1 Kaffeelöffel Fett, 2 Stücke Zucker, Salz, Mehl, Kümmel.

2 Stücke Zucker werden gebräunt, 1 Stückchen Zwiebel mitgeröstet, die würfelförmig geschnittenen Rüben beigelegt, mit Wasser aufgegossen und weich gedünstet. Dann wird mit Mehl gestaubt, gesalzen, etwas Kümmel beigegeben und gut gekocht.

3. Majoranrüben.

3/4 kg Rüben, 1 Kaffeelöffel Fett, 3 Stücke Zucker, Salz, Mehl, Petersilie, Majoran, Essig.

Fein geschnittene Zwiebel und Petersilie werden mit 1 Kaffeelöffel Fett geröstet, 1 Löffel Mehl hinzugegeben und dann mit Wasser aufgegossen und gekocht. Hierauf gibt man die blättrig geschnittenen, gekochten und abgeseihten Rüben hinein, würzt mit etwas Majoran und einem Löffel Essig und läßt fertig kochen.

4. Dillenkrautrüben.

60 dkg Rüben, 1 Kaffeelöffel Fett, Salz, Zwiebel, Dillenkraut, Essig.

Feingeschnittenes Dillenkraut und fein geschnittene Zwiebel werden mit 1 Kaffeelöffel Fett angeröstet, etwas Mehl wird beigegeben und die krautartig geschnittenen Rüben hineingegeben, Wasser zugemengt und weich gedünstet. Je nach Bedarf ist Salz und etwas Kümmel und 1 Löffel Essig zuzusetzen.

5. Rüben-Salat.

1 kg Rüben, Salz, Krenn, Kümmel, Essig.

Die blätterförmig geschnittenen, vorgekochten Rüben werden gesalzen, etwas Kümmel, feingeschnittener Krenn und Essig beigegeben und ebenso wie die aus der roten Salatrübe bereitete Speise behandelt.

+

Schließlich ist noch zu bemerken, daß aus den Schalen durch Rösten ein guter Kaffee-Ersatz hergestellt werden kann.

Für Kinder gefallener Wiener. Von den vom Stadtrate der Stadt Wien für die Kinder gefallener Wiener gewidmeten Versicherungspolizzen gelangt nunmehr das zweite Drittel zur Verteilung. Anspruchsberechtigt sind arme, mittellose, ganz oder halbverwaiste Kinder, deren Väter im Felde gefallen oder an den Folgen einer im Felde erlittenen Verwundung bezw. einer durch den Krieg zugezogenen Erkrankung gestorben sind, sofern diese Kinder am Tage des Ablebens ihres Vaters das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Weiters müssen die Kinder entweder selbst oder deren Väter in Wien heimatberechtigt sein. Gesuche um Verleihung dieser Polizzen, denen der Tauf- (Geburts-)schein der Kinder und der Eltern gegebenenfalls auch der Trauungsschein dieser, ein Zuständigkeitsnachweis und ein Totenschein des Vaters bezw. ein anderer glaubwürdiger Nachweis über sein Ableben (ämtliche Todestestätigung etc.) sowie ein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis beizuschließen sind, können bis auf weiteres jederzeit in der Magistrats-Abteilung 12 überreicht werden.

Gaswerk Leopoldau. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Schneider die Herstellung eines Naphtalin-Wäschers im Gaswerke Leopoldau mit den Kosten von 55.500 Kronen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Dienstag, 20. März 1917. Nr. 111.

Keine Kokslieferung nach auswärts. Die in Wien noch immer bestehende große Brennstoffnot verbietet, daß Koks aus den städtischen Gaswerken nach auswärts abgegeben wird. Fuhrwerke auswärtiger Bezieher können daher in den Werken keinen Koks erhalten. Darauf wird insbesondere zur Vermeidung zweckloser Ausgaben für Fuhrwerk aufmerksam gemacht.

Rasttage für die Straßenbahner. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des Stadtrates Schneider folgenden Beschluß gefaßt: Allen Bediensteten und Arbeitern, welche nach Ablauf einer mindestens zweijährigen Dienstzeit einen Anspruch auf einen Erholungsurlaub bis zu 9 Tagen haben, werden auf Kriegsdauer bis zu 25 Dienstjahren noch weitere 2, über 25 Dienstjahre aber weitere 3 bezahlte Rasttage jährlich bewilligt. Ferner werden auch denjenigen Angestellten einschließlich der Kriegsaushelfer, welche bisher keinen Anspruch auf einen Erholungsurlaub hatten, nach einjähriger Dienstzeit 2 Rasttage bewilligt und bezahlt. Alle diese Rasttage werden wenn möglich im Anschluß an einen freien Tag bewilligt.

Rechnungsabschluß des Wiener Rathauskellers. Auch im Betriebsjahre 1915/16, dem zweiten Geschäftsjahre im Kriege verspürte der Wiener Rathauskeller die durch den Kriegszustand hervorgerufenen Schwierigkeiten, die sich vor allem beim Weineinkaufe bemerkbar machten. Hierzu kam, daß die Weinernte weder in Bezug auf Qualität noch in Bezug auf Quantität befriedigte. Den Bemühungen der Rathauskellerkommission gelang es trotzdem, einen solchen Weinvorrat zu erwerben, daß der Gesamtlagerstand keine Beeinträchtigung erfuhr. Dem Geschäfte kam die Beschränkung der Bierabgabe und die Erhöhung der Bierpreise zugute. An Schankweinen wurden um rund 730 hl, an Flaschenweinen um 61.994 Flaschen mehr abgesetzt als im Vorjahre. Das Gebarungsergebnis für das abgelaufene Verwaltungsjahr war demnach sehr günstig und glich den Rückgang des ersten Kriegsjahres wieder aus. Die Gesamteinnahmen (Verkauf von Wein, Mineralwasser und Ansichtskarten und Zinsenzuschreibung) beziffern sich mit 674.563 K, denen Gesamtauslagen von 394.529 K gegenüberstehen, so daß sich ein Gebarungsüberschuß von 280.034 K ergibt. -Der Rechnungsabschluß wurde nach einem Antrage des Stadtrates Wessely genehmigt. Vom Personal des Rathauskellers sind 12 Leute eingerückt; die Unmöglichkeit geeigneten Ersatz zu finden, bewirkte die Aufnahme von provisorischen weiblichen Hilfskräften.

Einbau von Fettfängern. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Rain der Fettgewinnungs-Gesellschaft m.b.H. den Einbau von Fettabscheidern in der städt. Kinderpflegeanstalt und in mehreren Waisenhäusern unter gewissen Bedingungen bewilligt.

112
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur **Frans Michew,**
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 21. März 1917. Nr. 112.

Zwei Jahre

Mehlversorgung und Lebensmitteleinkauf der Gemeinde Wien.

Am 18. März d.J. vollendeten die vom Bürgermeister während des Krieges neu geschaffenen Aemter: die Amsstelle zur Regelung der Mehlversorgung und das Lebensmitteleinkaufsamt der Gemeinde Wien das zweite Jahr ihrer unter den schwierigsten Verhältnissen aufrechterhaltenen Tätigkeit.

Ursprünglich nur für die fallweise Versorgung kleiner, notleidender Betriebe eingerichtet, erweiterte sich Hand in Hand mit der staatlichen Regelung des Lebensmittelverkehrs der Wirkungskreis beider Aemter. Heute werden durch die städtische Mehlabgabestelle 10 Großbäckereibetriebe und 600 Kleinbäckereien, die Kochmehlverschleißstellen, außerdem die Mehrzahl der humanitären Anstalten und sämtliche städtische Institute und Fürsorge-Einrichtungen (unentgeltliche Ausspeisung etc.) in Wien fortlaufend mit Mahlprodukten und anderen Nahrungsmitteln versorgt.

Einen wichtigen Abschnitt in der Tätigkeit dieser Aemter bildete die Einführung der Mehl- und Brotrationierung, durch welche die mit dem „Anstellen“ verbundenen Uebelstände beseitigt und eine gleichmäßige Aufteilung dieser notwendigsten Nahrungsmittel auf die gesamte Bevölkerung erreicht wurde.

Die Lebensmitteleinkaufstätigkeit der Gemeinde erstreckte sich auf alle unentbehrlichen Bedarfsartikel und umfaßte schließlich das ganze umfangreiche Gebiet des Nahrungsmittelbetriebes einer 2 Millionenstadt. Diese Einrichtung hat sich in Zeiten der Not voll bewährt und wiederholt hat die Gemeinde durch Abgabe aus ihren Lebensmittel-Reserven (Bohnen, Erbsen, Reis, Zucker, Kaffee, Kondensmilch, Fett, Fleisch, etc.) Stockungen in der Marktversorgung überbrückt.

Bei der am 1. Jänner 1917 erfolgten Neueinrichtung des städtischen Ernährungsdienstes wurden die genannten Aemter als Lebensmittelversorgungsstelle 2 und 3 eingereiht.

Nachstehende Daten geben ein übersichtliches Bild über die Abgabe von Mehl während des zweijährigen Bestandes des Mehlamtes:
Insgesamt wurden 19.000 Waggons = 190.000.000 Kilogramm Mehl abgegeben. Zur Herstellung dieses Mehlvorrates bedarf es unter Zugrundelegung einer 80 %igen Ausmahlung einer Getreidemenge von rund 23.700 Waggons = 237.000.000 Kilogramm. Berechnet man den Waggon mit 125 Säcken à 80 kg, so ergibt sich eine Gesamtabgabe von 2.963.000 Säcken. Zur Verladung dieses Quantum bedarf es eines Eisenbahnzuges, der eine Länge von 151 km aufweist, was ungefähr der Entfernung zwischen Wien - Südbahnhof und Station Kindberg (Steiermark) entspricht.

Während des Bestandes des Lebensmitteleinkaufsamtes wurden von der Gemeinde Wien insgesamt 16.000 Waggons an Lebensmitteln aller Art mit Ausnahme von Mehl erworben. Der Geldumsatz in beiden Aemtern hat den Wert von 220.000.000 Kronen schon überschritten.

Die Bezirksvertretung Mariahilf hält Donnerstag, den 29. d.M. um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Tomola ernannt: die Volksschullehrerinnen 2. Klasse Angela Kreuz, Julianne Muther und Stephanie Niederhofer zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse, die prov. Lehrerinnen 2. Klasse Wilhelmine Nespor und Berta Ritter zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse, die prov. Lehrer 2. Klasse Franz Pfohl, Eduard Bauernfeind und Robert Kinnl zu Volksschullehrern 2. Klasse.

Gemäldeankauf. Der Stadtrat beschloß den Ankauf eines Gemäldes von Professor Franz von Matsch, darstellend Kaiser Franz Josef I. auf dem Totenbette, für die städtischen Sammlungen.

Subventionen. Vom Stadtrate wurde nach einem Antrage des StR. Tomola an die Kleinkinderbewahranstalt Fünfhaus eine Subvention von 1500 K und an den humanitären Verein „Die Gutenberger“ eine Subvention von 300-Kronen gewährt.

Abgabe von Zuckerrüben. Die von der Gemeinde Wien angekauften Zuckerrüben gelangen von morgen (Donnerstag) an auf verschiedenen Wiener Märkten zum Verkaufe. Der Preis der Ware beträgt 32 h für 1 kg. Die Rüben konnten wegen ihres minderen Zuckergehaltes zur Verarbeitung auf Zucker nicht verwendet werden und wurden deshalb für Speisezwecke freigegeben.

113

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Franz Michew,**
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 22. März 1917. Nr. 113.

Zentralstelle der Fürsorge im Rathause. Der Ausschuß der Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich hielt vor einigen Tagen im Rathause eine Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende Bürgermeister Dr. Weiskirchner ein Schreiben des Statthalters zur Kenntnis brachte, in welchem der Tätigkeit des wirtschaftlichen Hilfsbüros der Gemeinde Wien vollste Anerkennung gezollt wird. Sodann wurde der Rechnungsabschluß für das zweite Halbjahr 1916 genehmigt. Für die Ausspeisung Bedürftiger wurden 2,532.000 Kronen, an fortlaufenden Unterstützungen 483.000 Kronen, an einmaligen Unterstützungen 402.800 Kronen, für die Näh- und Strickstuben der Arbeitskomitees der Frauen-Hilfsaktion im Kriege 343.700 K, an Fürsorgestellen 327.000 Kronen verausgabt. Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte dann mit, daß die Gemeinde mit ihrer Petition an die Regierung wegen Erhöhung der Unterhaltsbeiträge einen bedeutsamen Erfolg aufzuweisen habe, da der Unterhaltsbeitrag für Erwachsene in Wien um 25 % erhöht worden sei, so daß der Betrag von 1 K 32 h auf 1 K 65 h gestiegen sei. Es müsse gewünscht werden, daß die Kinder unter 8 Jahren bezüglich des Unterhaltsbeitrages den Erwachsenen gleichgestellt werden. Der Vorsitzende teilt dann weiter mit, daß an der unentgeltlichen Ausspeisung derzeit 18.000 Personen teilnehmen. Es sei gelungen, bei der Regierung die Ueberzeugung durchzusetzen, daß die Personen, die an der unentgeltlichen Ausspeisung teilnehmen, als die Bedürftigsten anzusehen seien, so daß bei Durchführung der von der Regierung geplanten Versorgung der ärmsten Bevölkerung mit Fleischnahrung pro Person 10 Dekagramm Fleisch Rohgewicht unentgeltlich verabreicht werden können. Weiters berichtete der Bürgermeister über die Tätigkeit der Kommission für soziale Fürsorge in Wien und Niederösterreich für das Jahr 1916 und des wirtschaftlichen Hilfsbüros der Gemeinde Wien für Privatangelegenheiten der Einberufenen über den Zeitraum vom 24. August bis 31. Dezember 1916 und sprach insbesondere dem Leiter des Hilfsbüros Minister Dr. v. Wittek und dessen Mitarbeitern den besten Dank aus. - Magistratssekretär Gold berichtete dann über die Verwendung des vom Kriegshilfsbüro für Ferialjugendfürsorgezwecke zur Verfügung gestellten Betrages von 221.000 Kronen. - Obermagistratsrat Dr. Dont regte eine Propaganda in den Schulen an, welche darauf gerichtet sein soll, zu erreichen, daß nicht nur die Kinder Armer, sondern auch die besser situlierter Kreise im Sommer Holzsandalen tragen, damit alles Schuhwerk für die schlechte Jahreszeit aufbewahrt und geschont werde.

Erhöhung der Butterpreise. Die mit der Verteilung und Preisfestsetzung der aus dem Auslande eingeführten Butter seitens der k.k. Regierung betraute Oesterreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft A.G. hat bis auf weiteres folgende Detailpreise für ausländische Butter festgesetzt: ausgeschnittene Ware K 11,80, pakettierte Ware K 12 per Kilogramm. Es dürfen demnach für 12 dkg ausgeschnittene ausländische Butter nicht mehr als 1 K 42 h, für 12 dkg pakettierte ausländische Butter nicht als 1 k 44 h berechnet werden.

Die Bezirksvertretung Floridsdorf hält Donnerstag, den 29. März d.J. um halb 3 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Freie Religionslehrerstellen. Im Wiener Schulbezirke kommen 3 Stellen von katholischen Religionslehrern zur Besetzung. Gesuche, die an den Stadtrat zu richten sind, müssen bis 12. April d.J. überreicht werden.

W I E N E R S T A D T R A T.

Sitzung vom 22. März.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner, die VB. Hierhammer, Hoß und Rain.

Vom kaiserlich deutschen Botschafter Grafen Wedel ist ein Schreiben eingelangt, in welchem er den Dank des deutschen Kaisers für das Beileid der Stadt Wien anlässlich des Todes des Grafen Zeppelin zum Ausdruck bringt.

Feldmarschall Freiherr von Hötzendorf dankt dem Gemeinderate für die Glückwünsche anlässlich der Verleihung des Großkreuzes des Maria-Theresienordens.

Vizebürgermeister Hierhammer spricht dem Stadtrat Zatzka anlässlich der heute verlautbarten Auszeichnung die herzlichsten Glückwünsche des Stadtrates aus.

Nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß wird auf dem Praterbahnhofs des Lagerhauses die Herstellung einer Geleiseweiche, die durch den dortigen starken Verkehr notwendig geworden ist, mit den Kosten von 6308 K genehmigt.

Vizebürgermeister Hierhammer beantragt für das Kaiser Jubiläumspital die Einrichtung von Unterwindgebläsen für die 2 Kesselgruppen des Fernheizwerkes mit den Kosten von K 33.500; es werden hiedurch große Ersparungen des Heizmaterials erzielt. (Ang.)

Nach einem Antrage des StR. Knoll wird dem Rekonvaleszentenheim in Kagran Meißnerstraße die Benützung städtischer Gründe im Ausmaße von ungefähr 6500 m² bis 15. Oktober d.J. zum Gemüseanbau kostenlos gestattet.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischen,
Wien, I., Neues Rathaus.

114

27. Jahrg. Wien, Freitag, 23. März 1917. Nr. 114.

Zentralstelle der Fürsorge. Die Gesamtausgaben der Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich in der Zeit von Kriegsbeginn bis Ende 1916 beziffern sich mit 15,666.766 Kronen. An der unentgeltlichen Ausspeisung nehmen täglich durchschnittlich 80.000 Personen teil, nicht wie irrtümlich gemeldet wurde 18.000.

Ueberbrückung der Apostelgasse. Anlässlich der Abteilung der der Firma Siemens & Halske gehörigen Liegenschaft im 3. Bezirk an der Hainburger Straße genehmigte der Stadtrat nach einem Antrage des Stadtrates Dr. Haas grundsätzlich die geplante Ueberbrückung zwischen den beiderseits der Apostelgasse zu errichtenden Fabriksgebäuden. Der Ueberbrückungsbau ist der Umgebung entsprechend architektonisch auszugestalten. Im Falle der Errichtung von Fabriksgebäuden auf den abgeteilten Liegenschaften wäre im Hinblick auf die in nächster Nähe bestehenden Schulen und Institute sowie auf die dichte Verbauung eine rauchlose Feuerung einzuführen.

Erledigte Lehrstellen. Im Wiener Schulbezirke kommen 20 Direktoren-, 18 Oberlehrer- und 2 Oberlehrerinnen-Stellen, ferner 6 Bürgerschullehrer, 26 Volksschullehrerstellen 1. Klasse, 12 Volksschullehrerstellen 2. Klasse, 14 Bezirksaushilfslehrerstellen, 17 Bürgerschullehrerinnen, 11 Volksschullehrerinnen-Stellen 1. Klasse, 4 Volksschullehrerinnen-Stellen 2. Klasse und 2 Bezirksaushilfslehrerinnenstellen zur Besetzung. Die an den Stadtrat zu richtenden Gesuche sind bis längstens 12. April einzubringen.

Bezirksvorsteherung Floridsdorf. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Knoll die Wahl des Bezirksvorsteher-Stellvertreters des 21. Bezirkes Emil Scholz zur Kenntnis genommen.

Parzellierung der Gartenbau-Liegenschaft. Der Stadtrat hat der Abteilung der Liegenschaft der Gartenbaugesellschaft im 1. Bezirk Parkring auf 12 Baustellen zugestimmt.

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Freitag 23. März abends.

=====
Zur Obmänner-Konferenz; Regelung des Kartoffelbezuges
=====

Wie aus dem Ernährungsamte verlautet, ist eine endgültige
Entscheidung in dieser Angelegenheit noch nicht getroffen.

Obmännerkonferenz. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain fand heute mittags im Rathause die 70. Obmännerkonferenz statt. Nach Verlesung des Einlaufes durch den Bürgermeister brachte Ministerialsekretär Dr. Drexler namens des k. k. Amtes für Volksernährung die Anregung, bereits in der nächsten Woche eine provisorische Kartoffelkarte einzuführen, um das Anstellen um dieses hochwertige Lebensmittel hintanzuhalten und um eine gleichmäßige Portionierung zu erreichen. Eine definitive Regelung, bei der auch auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen wäre, müsse einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben. Da mit Rücksicht auf die Knappheit an Kartoffelvorräten nur eine kleine Ration pro Kopf und Woche gewährleistet werden könne, werde das Amt für Volksernährung sich bemühen, durch starken Zuschub von Wrucken sowie durch Ausgabe von 20 Waggons Hirsebrei an die Verbraucher mildernd einzugreifen.

Nach eingehender Debatte, an der sich sämtliche Mitglieder der Obmännerkonferenz beteiligten, wurde einmütig dem diesbezüglichen Antrag zugestimmt und es wird daher voraussichtlich vom Dienstag nächster Woche angefangen, die Abgabe von Kartoffeln nur gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte und Kennzeichnung einer Nummer derselben erfolgen können. Die Polizeidirektion hat es übernommen, durch ihre Organe die Kontrolle sowohl über die Einkäufer wie auch über die Verkäufer auszuüben.

Magistratssekretär Dr. Roßkopf berichtete über die Abgabe von Kaffee für die nächsten 4 Wochen. Es wurde einstimmig beschlossen, die Stämme der Zuckerkarten für April für die Kaffeeausgabe zu verwenden. Mit diesem Zeitpunkte werden die etwa noch vorhandenen alten Kaffeearten für ungiltig erklärt werden.

Magistratsrat Dr. Jamöck berichtete über die Petroleum-Rayonierung und gab bekannt, daß in 3820 Häusern Wiens die Flur-, Gang- und Hofbeleuchtung mit 7755 Petroleum-Lampen besorgt wird; ferner wurde der Petroleumbezug angemeldet für 20.035 Waschküchen, 9962 Geschäfte, 32.942 Heimarbeiterwohnungen, 295.480 andere Wohnungen und schließlich wurden 58.817 Petroleumkarten für Mieterbezug ausgegeben. Hiefür werden für jede Woche rund 230.000 Liter Petroleum verbraucht.

Nachdem noch Gemeinderat Schmid über kurrente Geschäftsstücke der nächsten Gemeinderatssitzung berichtet hatte, wurde die Obmännerkonferenz geschlossen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Franz Michien,**
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 24. März 1917. Nr. 115.

Militärische Jugendvorbereitung der städtischen Straßenbahnen. Aus der Straßenbahnergruppe wurden 14 Jungmänner bei der letzten Musterung für tauglich befunden und rückten am 10. d.M. zur militärischen Dienstleistung ein. Aus diesem Anlasse wurde den bestbewährten Jungmännern Buchinger, Cendbelin, Hartwanger, Kocina und Noha ein von dem Bürgermeister gefertigtes Zeugnis übergeben. Durch die genossene Ausbildung werden diese Jungmänner aller jener Vorteile teilhaftig, welche durch einen Ministerialerlaß jenen jungen Leuten zugebilligt werden, die vor Eintreten in die militärische Dienstleistung an der militärischen Jugendvorbereitung sich beteiligt haben, das sind raschere Erlangung der Unteroffizierscharge, Begünstigung nach § 48 des Wehrgesetzes etc. Unter der Führung des Übungsleiters Kellner erschienen die oben Genannten beim Direktor Spängler, welcher ihnen das Zeugnis und eine Geldspende überreichte und in einer herzlichen Ansprache sie anrieferte, ihre patriotischen Pflichten zu erfüllen.

Abgabe von städtischem Dörrkraut. Von der kommenden Woche an wird auf den Märkten und bei einzelnen Händlern städtisches Dörrkraut in Päckchen zu 10 dkg netto zum Preise von 72 Hellern für ein Päckchen abgegeben. Dörrkraut ist nach den bisherigen Erfahrungen bei der Zubereitung von Speisen mindestens so ausgiebig wie das zehnfache Gewicht an frischer Ware; es eignet sich zur Herstellung von eingebranntem Kraut und Krautsalat. In beiden Fällen muß das Dörrkraut über Nacht eingeweicht werden; bei der Herstellung von eingebranntem Kraut wird es sodann in demselben Wasser gekocht, während des Kochens gesalzen und nunmehr entweder wie süßes oder durch Zusatz von Essig wie saures Kraut fertig gekocht. Bei der Zubereitung als Krautsalat wird das Wasser, in dem das Kraut eingeweicht war, abgossen und dann Kümmel, Salz und Essig zugesetzt.

Fleischverkauf am Sonntag. Um die Knappheit an Fleisch insbesondere am morgigen Tage einigermaßen zu lindern, wurden über Veranlassung der Gemeinde von der „Oezeg“ 7500 kg Schweinefleisch, die soeben eingelangt sind, zur Verfügung gestellt, die teils im Wege der Großschlächtereier, teils durch Verkauf in der Großmarkthalle morgen dem Konsum zugeführt werden.

Die Verteilung des Volksrindfleisches findet für die Mitglieder der Fleischhauergenossenschaft Montag von 9 Uhr vormittags an für die Nummern von 1 bis 100 und Dienstag von 9 Uhr vormittags an für die Nummern 101 bis 345 statt. Dienstag tritt eine Mittagspause ein.

Verkauf von Heringen. Ueber Verfügung des Bürgermeisters werden von Dienstag, den 27. d.M. angefangen auf allen Märkten abermals Heringe und zwar nicht nur in den bisherigen Verkaufsstellen, sondern auch im 1. Bezirk zum Verkaufe gebracht. Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte bei Beschränkung der Abgabe von 2 Stück. Es wurde ein Einheitspreis von 46 Hellern festgesetzt.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat hält in der kommenden Woche Donnerstag und Freitag vormittags Sitzungen ab.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Schuhen. Unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner sprach in Vertretung des Reichsverbandes der Schuhmachergenossenschaften, der Genossenschaft der Wiener Lederhändler, sowie der Wiener Lederverteilungsstellen die Herren Kammerrat Zesewitz, Fidrant, Czermak, John und Dr. Eisler beim Kriegsminister vor. Der Bürgermeister verwies auf den außerordentlichen Notstand in der Versorgung der Bevölkerung mit Schuhen; der sich von Tag zu Tag schärfer fühlbar mache und bat zu erwägen, ob es ungeachtet der in erster Linie zu deckenden Anforderungen der Kriegsverwaltung nicht möglich wäre, durch eine erhöhte Freigabe von Leder die Bedürfnisse der Bevölkerung in einem erheblicheren Maße als bisher zu berücksichtigen. Von der Abordnung wurde die Auffassung vertreten, daß es im Hinblick auf die vorhandenen Reserven und die fortlaufende Produktion ohne Beeinträchtigung der militärischen Interessen möglich sei, eine Regelung des Verhältnisses zwischen Kriegs- und Volksbedarf vorzunehmen und bei zweckmäßiger Erzeugungspolitik eine bestimmte Quote von Sohlenleder für die Versorgung der Bevölkerung freizugeben. Insbesondere seien die militär-untauglichen Leder zur Gänze dem Zivilbedarf zu überlassen. Der Kriegsminister erklärte, daß die Heeresverwaltung den Bedürfnissen der Bevölkerung stets nach Tunlichkeit Rechnung zu tragen bereit sei und sicherte eine neuerliche Ueberprüfung der in Betracht kommenden Fragen unter möglichster Berücksichtigung der vorgebrachten Forderungen zu.

Ernährungsmaßnahmen der Gemeinde Wien. Nach den Mitteilungen des k.k. Amtes für Volksernährung wird in der mit 25. März beginnenden Woche voraussichtlich die volle Ration an Mahlprodukten ausgegeben werden und zwar bei den städtischen Abgabestellen von Dienstag bis Freitag. Außerdem hat dieses Amt mit Rücksicht auf die Knappheit der anderen Lebensmittel in Aussicht gestellt, 20 Waggon Hirse, die nur an die bedürftigen Bevölkerungsschichten in zwei Wochenrationen zur Abgabe gelangen werden, dem Wiener Verbrauche zur Verfügung zu stellen. Die Hirse wird teils durch die städtischen Mehlabgabestellen, teils durch die Konsumenten-Organisationen in den Verkehr gelangen.

Auch eine Partie Heringe wird in der bisherigen Weise dem Verbrauche zugeführt werden.

Montag, den 26. d.M. werden von der Gemeinde Wien auf den Wiener Märkten ausschließlich Zuckerrüben, Sauerkraut und Dörrgemüse abgegeben werden; Kartoffel werden nicht zu haben sein.

Montag wird die Kundmachung über die vom Amte für Volksernährung angeordnete provisorische Regelung des Kartoffelverkehrs mit Karten erscheinen. Bei dieser Regelung wird die Mehlbezugskarte verwendet werden. Dienstag früh wird mit dem Kartoffelverkaufe nach dem Kartensystem begonnen werden. Schon heute muß gesagt werden, daß die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Menge nach Maßgabe der Zuschübe von Woche zu Woche bestimmt werden muß. Wenn auch mit Rücksicht auf die außerordentliche Lage diese Quote eine geringe sein wird, ist damit doch für jeden Haushalt die Sicherheit gewährleistet, Kartoffel zu bekommen, ist das Hamstern Einzelner unmöglich gemacht und wird eine gleichmäßige Verteilung der Vorräte erreicht sein.

Abgabe von Kaffee durch die Gemeinde Wien. Bekanntlich wird die neue Karte zum Bezuge von Kaffee oder Kaffeesurrogat erst Mitte April über Weisung des Amtes für Volksernährung aufgelegt werden. Für die „kaffee-loose“ Periode, das ist voraussichtlich bis Mitte April, bringt die Gemeinde Wien, welche seit Kriegsbeginn sich größere Vorräte an Kaffee beschafft hat, mit Genehmigung des k.k. Amtes für Volksernährung und zwar ausschließlich für die Wiener Bevölkerung gebrannten Kaffee im zulässigen Ausmaße, das ist 1/16 kg pro Kopf und 4 Wochen zum Preise von 50 Heller für das Päckchen in den Handel. Der von der Gemeinde Wien beigestellte Kaffee wird vorläufig in der Zeit vom 1. bis 15. April d.J. in der üblichen Weise bei den bestehenden Verschleißstellen und für Mitglieder von Konsumentenorganisationen bei der zuständigen Verkaufsstelle zu erhalten sein. Mit 1. April wird die Giltigkeit der alten Kaffeekarten für das gesamte Wiener Gemeindegebiet eingestellt. Beim Kaffeebezug hat der Käufer die Mehlbezugskarte und den Stamm der für den Monat April ausgegebenen Zuckerkarte beizubringen. Es werden nur so viele 1/16 kg Päckchen verabfolgt, als bezugsberechtigte Personen auf der Mehlbezugskarte ausgewiesen sind und Stämme der für den April giltigen Zuckerkarten vorgewiesen werden. Die Kaffeeabgabe ist auf jedem Stamme der Zuckerkarte durch einen dreieckigen Ausschnitt von bestimmter Form und mittels Durchlochung des Buchstaben K der Mehlbezugskarte erkenntlich zu machen. Die Verteilung des Kaffees an die Händler bzw. Konsumentenorganisationen besorgt in der bisher geübten Weise die Kriegeskaffeezentrale.

Kaffeebezugscheine für kaffeeverarbeitende Gewerbe (Kaffeelieder, Kaffeeshänker, Gastwirte, etc.) können durch den von der Gemeinde abgegebenen Kaffee nicht realisiert werden. Die übrigen Kaffeebezugscheine (Spitäler, Anstalten, etc) werden von der Kaffeezentrale eingelöst.

116

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Samstag, 24. März abends. № 116.

In der in der heutigen Ausgabe enthaltenen Notiz
„Ernährungsmaßnahmen der Gemeinde Wien“ ist im ersten
Absatze der Schlusssatz:

„Die Hirse wird teils durch die,,,,,, bis in den
Verkehr gelangen“ zu streichen.

Wir bitten diese Aenderung vorzunehmen.

-----ooooOooo-----

Volksrindfleisch für den ersten Bezirk Ausser an den
bereits bekannt gegebenen Stellen wird morgen (Sonntag)
Volksrindfleisch in der Inneren Stadt auf dem Hohen
Markt (bei Andreas Löw und Josefine Frank) und auf der
Freyung (bei Therese Mader, Franz Pospischill und Karl
Wolf) verkauft.

117

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Wien, Sonntag, 25. März 1917. Nr. 116

Verkehrsstockungen durch Schneefall. In der Nacht von Samstag auf Sonntag setzte nach ziemlich starkem Regen bei gegen den Nullpunkt fallender Temperatur um beiläufig 2 Uhr früh ein heftiger Schneefall ein, der bis spät in die Morgenstunden anhielt. Die Schneeschichte erreichte schließlich im Durchschnitt rund 20 bis 30 cm Höhe und bildete wegen der vorherigen nassen Witterung eine ziemlich feste schwere Masse. Von Seite der nächtlichen Bereitschaft bei der Straßenbahndirektion wurde die Ausfahrt der sämtlichen Schneepflüge ab 2 Uhr 10 Minuten angeordnet, so daß nach deren raschster Bereitstellung schon um 3 Uhr 5 Minuten die ersten der 51 vorhandenen motorisch angetriebenen Schneepflüge ausgefahren sind. Für die mit Pferden bespannten 30 Schneepflüge wurde die Bespannung ab $\frac{1}{2}$ 3 Uhr bei den Fuhrwerkunternehmungen angesprochen und konnte mit Rücksicht auf die schwierige Verständigung der Kutscher die Ausfahrt erst zwischen 4 und 5 Uhr früh erfolgen. Wegen des schon erwähnten festen Zusammenhaltens der Schneemassen, die sich unter den Plattformen zusammenballten, kamen aber die Schneepflüge nur sehr schwierig und langsam vorwärts und mußte insbesondere von Anfang an darauf verzichtet werden, die zur Reinigung der seitlichen Fahrbahn dienenden 100 Anhängeschneepflüge mitzunehmen, so daß zunächst nur die Gleiszone gereinigt werden konnte. Auch dies ging wegen der besonders ungünstigen Schneeverhältnisse nur so langsam von statten, daß auf allen Straßenbahnlinien trotz der frühzeitigen Vorsorge der Verkehr erst mit rund $\frac{1}{2}$ Stunde Verspätung aufgenommen werden konnte und zwar auf den meisten Linien zunächst auch nur in der Richtung von außen zur Stadt und ohne Anhängewagen, da es nur möglich war, allein fahrende Motorwagen durch die hinter den Schneepflügen zurückbleibenden Schneemassen hindurch zu ziehen. Von 7 Uhr ab ist der Verkehr auf fast allen Radiallinien mit Ausnahme kürzerer Außenstrecken aufgenommen worden, ebenso auf den meisten Rundlinien. Um 10 Uhr vormittags war mit Ausnahme der Linie nach Mauer das ganze Straßenbahnnetz im Betrieb und von dieser Zeit an wurden auf fast allen Linien Anhängewagen mitgeführt. Zur gleichen Zeit sind die motorischen Schneepflüge und zwar diesmal mit den zur Reinigung der Seitenfahrbahn dienenden Anhängeschneepflügen neuerdings ausgefahren,

gegen $\frac{1}{2}$ 1 Uhr war die grobe Reinigung auf fast allen Straßen mit Straßenbahngleisen durchgeführt und der normale Sonntagsverkehr schließlich Mauer im Gange.

Die Bereitstellung von Schneeschauflern machte mit Rücksicht auf den Sonntag zeitlich in der Früh große Schwierigkeiten, die aber insbesondere dank dem Entgegenkommen der Militärbehörde bald behoben wurden, so daß nach 8 Uhr rund 2300 Soldaten bei der von der Straßenbahn durchzuführenden Schneereinigung beschäftigt waren, zu welchen nach und nach über 1500 Zivilpersonen gekommen sind.

Regelung der Kartoffelabgabe. Aus den Kreisen der Wiener Bevölkerung ist in der letzten Zeit wiederholt und vielfach der Wunsch nach Regelung der Kartoffelabgabe durch Einführung einer Kartoffelkarte und Zuweisung der Haushaltungen an bestimmte Abgabestellen, nach Art der Mehlabgabe, laut geworden. Die Gemeinde Wien wird diesem Wunsche Rechnung tragen und sind die bezüglichen Arbeiten bereits im Gange. Diese weitgehende Regelung kann jedoch erst dann in Kraft treten, wenn genügende Vorräte vorhanden sind und auch die Zufuhren der Kartoffeln eine bestimmte Mindesthöhe erreicht haben. Ueber Auftrag des k. k. Amtes für Volksernährung ist für die Zwischenzeit und zwar von Dienstag, den 27. d. M. angefangen eine vorläufige Regelung des Kartoffelbezuges durchzuführen. In Befolgung dieses Auftrages wird der Bezug der Kartoffeln für die laufende Woche an die Mehlbezugskarte gebunden und wird der Kartoffelbezug durch Durchlochung der Ziffer 2 dieser Karte ersichtlich gemacht. Da die beiden Kartoffelmieten der Gemeinde Wien bereits erschöpft und die auswärtigen Zuschübe noch gering sind, kann die für den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln für diese Woche nur mit $\frac{1}{2}$ kg bestimmt werden. Jede Haushaltung ist bei dem Kartoffelbezuge an den Bezirk des Wohnortes gebunden.

Die Abgabe erfolgt von Dienstag bis Samstag und werden die Kartoffeln an die Haushaltungen nach den Buchstaben des Alphabetes abgegeben u. zw. in folgender Ordnung:

Dienstag für die Haushaltungen mit dem Anfangsbuchstaben des Namens von A bis G, Mittwoch von H bis K, Donnerstag von L bis P, Freitag von Q, R, Sch, St. und Samstag von S bis Z.

In jedem Bezirke wurden Abgabestellen für Kartoffeln in einer derartigen Anzahl errichtet, daß auf jede Stelle für

den *Bezug nicht mehr als* 500 Haushaltungen entfallen. Mit den festgesetzten 217 Abgabestellen wird sonach das Auslangen gefunden werden.

Die Verkaufszeit dauert von 7 Uhr früh bis 1. Uhr nachmittags. Für diejenigen Haushaltungen, welche an den obigen Tagen die Kartoffeln nicht beziehen konnten, wird die Zeit von 1 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends am Samstag, den 31. März d. J. zur Abholung der Kartoffeln festgesetzt.

Innerhalb des Bezirkes ist die Wahl der Abgabestellen freigestellt, doch wird in den Bezirken, in welchen offene Märkte oder Markthallen bestehen, empfohlen, den Bedarf zunächst bei den dort errichteten Abgabestellen zu decken. Das Verzeichnis der Abgabestellen ist in jedem Bezirke an den städt. Amtshäusern und Schulen, in den Bezirkspolizeikommissariaten und Polizeiwachstuben angeschlagen.

Im 1. und 2. Bezirk haben die Haushaltungen, welche mehr als 20 Mitglieder umfassen, ihren Bedarf in dem Ausmaße von $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf und Woche nicht bei den Abgabestellen, sondern in städtischen Lagern zu decken und zwar 1. Bezirk im Marktamt Großparkthalle-Viktualienabteilung im 3. Bezirk und die Haushaltungen des 2. Bezirkes auf dem Nordwestbahn-

hofe im Schenkermagazin II. In den übrigen Bezirken haben auch diese Haushaltungen ihren Bedarf bei den städtischen Abgabestellen zu decken. Jene Haushaltungen, deren Vorrat an Kartoffeln mehr als $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf beträgt, dürfen so lange ihr Vorrat nicht unter diese Grenze sinkt, keine Kartoffeln beziehen. Uebertretungen dieses Verbotes, dessen Einhaltung überwacht wird, werden nach der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854 bestraft.

Es wird aufmerksam gemacht, daß die Abgabe der Kartoffeln unter Zugrundelegung der oben genannten Kopfquote von $\frac{1}{2}$ kg für die laufende Woche sichergestellt ist, so daß unbedingt jeder Haushalt die auf ihn entfallende Kartoffelmenge erhalten kann.

118

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 26. März 1917. Nr. 118.

Regelung der Kartoffelverteilung. Wie bereits gemeldet, wird von der Gemeindeverwaltung über Auftrag des Amtes für Volksernährung von morgen (Dienstag) angefangen eine vorläufige Regelung des Kartoffelbezuges durchgeführt. Der Bezug der Kartoffeln für diese Woche ist an die Mehlbezugekarte gebunden, der Bezug wird durch Durchlochung der Ziffer 2 dieser Karte ersichtlich gemacht. Auf den Kopf entfallen in dieser Woche $1/2$ kg Kartoffeln, welche nur in dem Bezirk, in welchem der Bezugsberechtigte wohnt, gekauft werden können. Die Kartoffelabgabe findet in folgender Ordnung statt: Am Dienstag für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben des Zunamens von A bis G, am Mittwoch für die Buchstaben H bis K, Donnerstag für die Buchstaben L bis P, Freitag für die Buchstaben Q, R, Sch und St und Samstag für die Buchstaben S bis Z. In jedem Bezirke werden Abgabestellen für Kartoffeln zusammen 217 errichtet, so daß ungefähr auf jede Abgabestelle pro Tag nicht mehr als 500 Haushaltungen entfallen. Die Verkaufszeit ist täglich von 7 Uhr früh bis 1 Uhr mittags. Für jene Haushaltungen, welche an den für sie bestimmten Tagen die Kartoffeln nicht beziehen können, wird Samstag, der 31. März von 1 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends zur Abholung der Kartoffeln festgesetzt. Innerhalb des Bezirkes ist die Wahl der Abgabestellen freigestellt, doch wird in den Bezirken, in welchen offene Märkte oder Markthallen bestehen, empfohlen, den Bedarf tunlichst bei den dort errichteten Abgabestellen zu decken. Jene Haushaltungen, deren Vorrat an Kartoffeln mehr als $1/2$ Kilogramm für den Kopf beträgt, dürfen solange der Vorrat nicht unter diese Grenze sinkt, keine Kartoffeln beziehen. Die Einhaltung dieser Vorschrift wird strengstens überwacht, Uebertretungen werden bestraft. Da der Kartoffelbedarf für die ganze Woche sichergestellt ist, wird es Sache der Hausfrauen sein die Einkaufszeit derart einzuteilen, daß tägliches Anstellen um Kartoffeln vermieden wird.

Zeichnungen auf die 5. Kriegsanleihe. Vor Auflegung der Zeichnung für die 5. Kriegsanleihe haben sich in allen Bezirken Kriegsanleihe-Zeichnungsvereine gebildet, Das Ergebnis deren Tätigkeit liegt nunmehr vor. Im ersten Bezirk wurden 150.000 Kronen, im 2. Bezirk 260.300 K, im 3. Bezirk 88.800, im 4. Bezirk 70.100, im 5. Bezirk 39.400 K, im 6. Bezirk 36.700 K, im 7. Bezirk 67.100 K, im 8. Bezirk 28.300 K, im 9. Bezirk 34.100 K, 10. Bezirk 166.700 K, im 12. Bezirk 59.000 K, im 13. Bezirk 35.500 K, im 15. Bezirk 10.650 K, im 16. Bezirk 34.500 K, im 18. Bezirk 42.100 K, im 19. Bezirk 65.050 K, im 20. Bezirk 13.700 K, im 21. Bezirk 25.000 K gezeichnet. Im 14. und 17. Bezirk entfiel die Gründung von Zeichnungsvereinen, da deren Tätigkeit die Kommunal-sparkassen übernommen hatten. Insgesamt waren 37 Vereine gegründet worden, von welchen 1,227.000 Kronen auf die 5. Kriegsanleihe gezeichnet wurden.

Auszeichnung. Dem Wiener praktischen Arzt, derzeit Regimentsarzt und Kommandant eines Epidemiespitals in Galizien Dr. Friedrich Schreiber wurde während des Krieges bereits zum vierten Mal eine Auszeichnung zuteil. In den letzten Tagen wurde ihm das Ritterkreuz des Franz Josefs-Ordens am Bande des Militär-Verdienstkreuzes verliehen.

Lebensmittelstelle des Vereines der Beamten der Stadt Wien. Die Abgabe von Kondensmilch und Marmelade in der Markthalle 1 Stadiongasse findet von Mittwoch, den 28. d.M. an nicht mehr statt.

119

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Montag 26. März abends Nr 119.

=====

Höchstpreise für ausländische Butter. Die Detailpreise für ausländische Butter wurden vom 27. d.M. bis auf weiteres wie folgt festgesetzt: 12 dkg. ausgeschnittene Ware höchstens mit K 1,48, pakettierte Ware höchstens mit K 1,50.

Abgabe von Kartoffeln an Anstalten und Institute. Jene Anstalten und Institute, an welche von der städtischen Lebensmittelversorgung, Stelle 2 (Mehl-Abgabestelle) unmittelbar Mehl abgegeben wird, erhalten auch die Kartoffeln unmittelbar von der städtischen Lebensmittelversorgung u.zw. von der Kartoffel-Abgabestelle zugewiesen und haben bei der genannten Stelle die Bezugsanweisung während der gewöhnlichen Amtsstunden (von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags) zu beheben. Die Bezugsberechtigung für Mehl ist hierbei nachzuweisen. An Offiziersmessens und Beamtenküchen können diese Woche noch keine Kartoffeln abgegeben werden.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 27. März 1917. Nr. 120

Neue Bürger. Der gemeinderätliche Ausschuß für die Verleihung des Heimat- und Bürgerrechtes hat in seiner letzten Sitzung das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Innere Stadt: Johann Prudil, Kaffeesieder; Franz Hörber, Friseur; Josef Irndorfer, Gemischtwarenverschleißer; Alois Thiel, Installateur; Ed. Dunowsky, Gastwirt (Berichterstatter Gemeinderat Heindl).

Leopoldstadt: Anton Nachbargauer, Selcher; Ferdinand Diem, Skontist; Svetozar Marodic, Friseur; Franz Krecmar, Pächter der städt. Ueberfuhr Freudenau; Franz Bachl, Handelsagent (Berichterstatter Gemeinderat Rotter).

Landstraße: Josef Lang, Tapezierer; Ignaz Heiligttag, Selcher; Johann Klement, Bürochef; Karl Kainzmayer, Kleinfuhrwerksbesitzer; Anton Jugl, Tapezierer; Andreas Bohrm, Fleischhauer; Josef Schönkipel, Zimmermaler; Franz Wecerek, Masseur; Josef Dittrich, Selcher; Iwan Johann Szakats, Schuhmacher (Berichterstatter Gemeinderat Heindl); Johann Lotter, Fleischhauer; Paul Plankovich, Wildprethändler; Paul Lanzinger, Betriebsleiter (Berichterstatter Gemeinderat Dechant).

Margareten: Johann Rudolf Kraupa, Zimmermaler; Heinrich Peonik, Tapezierer; Andreas Gratzner, Etuimacher (Berichterstatter Gemeinderat Aichhorn); Michael Hummel, Kellermeister; Johann Righofer, Kleinfuhrwerksbesitzer; Vinzenz Vondracek, Schuhmacher; Ignaz Matouschek, Kleinfuhrwerksbesitzer (Berichterstatter Gemeinderat Roth). -

Mariahilf: Wilhelm Nowotny, Feilenhauer; Franz Karl Schneider, Gemischtwarenhändler; Johann Witek, Messerschmid (Berichterstatter Gemeinderat Paulitschke). -

Neubau: Wilhelm Prihoda, Kaufmann; Otto Zullmann, Edelsteinhändler; Karl Nidetzki, Metallgießer; Anton Karl Trettina, Abteilungsvorstand; Johann Janda, Kunstblumenerzeuger; Karl August Köhler, Schleifer; Gustav Vinzenz Radda, Kürschner (Berichterstatter Gemeinderat Pichler).

Josefstadt: August Raimund Ruza, Gemischtwarenverschleißer; Konrad Höfler, Schuhmacher; Wenzel Schücker, Schneider (Berichterstatter Gemeinderat Rotter). -

Alsergrund: Karl Dierner, Schneider; Karl Josef Ludwig, Privatbeamter; Josef Maschin, Holz- und Kohlenhändler (Berichterstatter Gemeinderat Höck). -

Favoriten: Heinrich Stumberger, Gemischtwarenverschleißer; Josef Ostermann, Kaffeehauspächter; Anton Bühler, Gastwirt; Wenzel Reymar, Rauchfangkehrer; Anton Leopold Schenk, Hausbesitzer (Berichterstatter Gemeinderat Höck). -

Simmering: Wenzel Klubal, Oberwerkmeister (Berichterstatter Gemeinderat Kurz).

Meidling: Josef Lunzer, Tischler; Rudolf Weißenböck, Privatier; Karl Bohac, Friseur; Albert Schule, Schuhmacher; Karl Barth, Firmengesellschafter; August Johann Ferschiek, Geflügelhändler; Gottlieb Wilhelm Lindner, Bäcker; Wenzel Sima, Tischler; (Berichterstatter Gemeinderat Breuer).

Hietzing: Johann Stohl, Branntweinschänker; Georg Josef Edlauer, Kaufmann; Josef Woller, Milchmeier; Karl Wittasek, Hausbesitzer; Josef Ferdinand Hruschka, Fleischselcher (Berichterstatter Gemeinderat Höck).

Rudolfsheim: Johann Schierl, Lack- und Farbwarenerzeuger (Berichterstatter Gemeinderat Wiesinger).

Ottakring: Wenzel Kadlec, Schuhmacher; Johann Kajetan Löw, Hausbe-

sitzer; Anton Müller, Knopflochnäherei- und Besatzer; Jakob Kirschenhofer, Schneider; Josef Silberbauer, Schneider (Berichterstatter Gemeinderat Hötzel).

Hernals: Hermann Ferdinand Huber, Bürsten- und Pinselfabrikant; Karl Josef Mücke, Gastwirt; Eduard Heinrich Prohaszka, Glaser; Ignaz Annerl, Hausbesitzer; Franz Urwalek, Damenkleidermacher; Johann Saletter, Wäscheputzer (Berichterstatter Gemeinderat Rykl).

Währing: Karl Franz Bayr, Viktualienhändler; Karl Sulc, Zuckerbäcker; Johann Müllner, Geschäftsleiter; Josef Welzig, Gastwirt; Franz Loserth, Schuhmacher; Wilhelm Eckel, Friseur; Franz Gutgesdill, Gemischtwarenverschleißer (Berichterstatter Gemeinderat Brenta); Johann Theodor Wilhelm Buchmann, Stadtpflasterermeister; Anton Ziegler, Handschuhmacher; Johann Franke, Wurstfabrikant (Berichterstatter Gemeinderat Dechant).

In derselben Sitzung brachte der Obmann des Heimats- und Bürgerrechtsausschusses Gemeinderat Dechant zur Kenntnis, daß die Tätigkeit des Ausschusses in einer Zeitung (A.Z.) einer abfälligen Kritik unterzogen worden ist, indem behauptet wurde, daß in der letzten Ausschußsitzung vom 13. Februar 1917 134 Bürgerrechtsverleihungen und bloß 39 Heimatsrechtsangelegenheiten erledigt wurden, die Heimatsrechtsansuchen in großer Zahl liegen blieben und der Heimatsrechtsausschuß die Erledigung von Heimatsrechtsansuchen absichtlich verzögere. Der Vorsitzende stellte fest, daß die verhältnismäßig große Zahl der Erledigung von Bürgerrechtsansuchen sich daraus erkläre, daß seit Kriegsausbruch nicht eine einzige Bürgerrechtsverleihung stattfand, wogegen 14.344 Heimatsrechtsangelegenheiten während dieser Zeit zur Erledigung kamen. Uebrigens wurden in der letzten Ausschußsitzung nicht nur 39 Ansuchen um freiwillige Aufnahme behandelt, sondern außerdem noch 737 Ansuchen aus dem Titel der Ersitzung, von denen 648 aufrecht erledigt wurden.

Obmännerkonferenz. Donnerstag 11 Uhr vormittags findet die 71. Obmännerkonferenz statt, auf deren Tagesordnung die Verlängerung der Betriebszeit der städtischen Straßenbahnen und die Beratung verschiedener Ernährungsfragen stehen.

Aufbewahrung von Pelzwaren wird teurer. In der letzten Generalversammlung der Genossenschaft der Kürschnermeister Wiens wurde einstimmig Beschluß gefaßt, den Tarif für Aufbewahrung von Pelzwaren, Winterkleidern und Teppichen zu erhöhen. Begründet wird die Erhöhung des Tarifes durch die hohen Arbeitslöhne und bedeutend gestiegenen Regiekosten sowie das durch den höheren Wert des Pelzwerkes vermehrte Risiko.

Gemüseanbau. Dem Reservespital Nr. 17 im 18. Bezirk wird zum Gemüseanbau und zur Vornahme sonstiger landwirtschaftlicher Arbeiten durch die in der Nachbehandlung stehenden Kriegsbeschädigten eine ungefähr 800 m² große Fläche im Czartoryskipark überlassen.

121

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Dienstag 27. März 1917 abends № 121.

=====

Kartoffelabgabe. Es hat sich herausgestellt, das die Ziffer 2 der Mehlbezugskarte, welche beim Kartoffelverkauf durchlocht werden soll, bereits widerrechtlich von einzelnen Händlern und Konsumentenorganisationen beim Verkauf von Heringen und Eiern durchlocht oder abgeschnitten wurde. Der Verkauf der Kartoffeln erfolgt daher von morgen (Mittwoch) an gegen Durchlochung des Buchstabens M des aufgedruckten Wortes „Mehlbezugskarte“.

+ + +

Wie wir erfahren, hat sich die Kartoffelabgabe am heutigen Tage (Buchstaben A bis G) im Großen und Ganzen glatt abgewickelt. Da eine strenge Rayonnierung derzeit noch nicht durchgeführt werden konnte, kamen wohl an manchen Stellen Anreihungen vor, die jedoch gegenüber dem früheren Zustande fast nicht in Betracht kommen. Mit der Gewöhnung der Bevölkerung an bestimmte Abgabestellen werden diese Anreihungen, die bei der endgültigen Regelung mit der Kartoffelkarte gänzlich aufhören werden, voraussichtlich schon in kurzer Zeit auch bei der vorläufigen Regelung wegfallen.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 28. März 1917. Nr. 122.

Ludwig Lobmeyr. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Gesellschafter der Firma J. & L. Lobmeyr Herrn Rath nachstehendes Schreiben gerichtet: „Die Nachricht von dem Hinscheiden des Herrenhausmitgliedes Ludwig Lobmeyr, des hochverdienten Ehrenbürgers der Stadt Wien, hat in unserer Stadt allgemeine Teilnahme hervorgerufen. In dem Verewigten durften wir mit Recht einen Mitbürger verehren, der ein leuchtendes Vorbild echter Bürgertugenden war, einen Wiener, der mit dem ererbten Sinn für Wohltätigkeit und der Liebe zur Kunst zugleich den regsten Eifer zu rastloser Arbeit vereinigt hat. Die Stadt Wien wird es ihm nie vergessen, daß er in tatkräftiger Weise daran mitgearbeitet hat, das heimische Gewerbe und die vaterländische Industrie im Ausland zu Ehren zu bringen und daß er trotz allen Tatendranges und aller Verlockungen seiner Vaterstadt treu geblieben ist und in derselben bis an sein Lebensende gewirkt hat. An seiner Bahre stehen nun trauernd die Wiener Kunst und die Wiener Charitas; ihnen ist ein treuer, stets opferwilliger Freund verschieden. Aber wenn Ludwig Lobmeyr auf Erden auch nicht mehr weiter wirken kann - sein Andenken wird allen, die über den Alltag hinaus denken und fühlen, immer lieb und teuer bleiben. Und das goldene Buch der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird auch den künftigen Geschlechtern von einem rechtschaffenen Wiener Bürger erzählen, der nichts inniger liebte als seine Vaterstadt und sein Vaterland. Ich bitte Euer Hochwohlgeboren und Ihre verehrte Familie, den Ausdruck meiner tiefsten Teilnahme empfangen zu wollen.“

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat ferner verfügt, daß an der Bahre des Verstorbenen namens der Stadt Wien ein Kranz niedergelegt werde.

Das Soldatenheim der Deutschmeister. Der Kommandant des Infanterie-Regimentes Hoch- und Deutschmeister Nr. 4 Oberst von Dückelmann hat an den Bürgermeister nachstehendes Schreiben gerichtet: „Durch die namhafte Geldspende, welche dem Regimente durch die Gemeinde Wien übermittelt wurde, war es mir möglich, größere Mengen der verschiedensten Bedürfnisse anzukaufen und meinen Deutschmeistern in dem von Ihrer Majestät gestifteten Kaiserin Zita-Soldatenheime verabfolgen zu können. Unsere erhabene Kaiserin sandte uns ein Stück Heimat an die Front, unsere braven Wiener an der Spitze mit unseerem Bürgermeister das, was zur Verbesserung des nur kurze Stunden währenden Aufenthaltes dort notwendig ist. Wir blicken mit Stolz zurück auf unsere des Opfermutes nimmer müde werdende Vaterstadt und gedenken aller unserer Braven dankbarst, welche ihr Scherflein beitrugen. Euer Exzellenz aber speziellen Deutschmeister-Dank und herzliche Soldatengrüße.“

Die Kriegsküche 37 im 9. Bezirk Galileigasse 8 wird Montag, den 2. April ihren Betrieb aufnehmen. Anmeldungen auf den Speisenbezug nimmt diese Küche von 29. bis 31. März d.J. in der Zeit von 9 bis 11 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags entgegen.

Die Arbeitszeit der städtischen Gartenarbeiter. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Braun beschlossen, die Arbeitszeit für städtische Gartenarbeiter in Anbetracht der gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse um eine halbe Stunde zu verkürzen; sie beginnt in der Zeit vom 15. März bis 15. Mai um halb 7 Uhr früh, in der Zeit vom 16. Mai bis 14. Oktober wieder um 6 Uhr früh.

Neue Lastwagen für die Straßenbahnen. Nach einem Antrage des Stadtrates Schneider beschloß der Stadtrat die Anschaffung von 80 Anhängelastwagen für die städtischen Straßenbahnen unter der Voraussetzung, daß die Freigabe der Baustoffe vom Kriegsministerium erfolgt. Die Gesamtkosten betragen 600.000 Kronen.

Von der Ueberlandzentrale Ebenfurth. Der Stadtrat hat das Anbot der Baronin Korb v. Weidenheim und des Otto A. Kunert, mit welchem sie der Gemeinde Wien - Städtische Elektrizitätswerke Freischurfrechte in den Gemeinden Landegg und Ebenfurth um den Preis von 50.000 K anbieten, angenommen.

Ernennungen. Der Stadtrat hat den Oberoffizial des städt. Exekutionsamtes Adolf Frauendörfer in die 8. Rangklasse befördert, ferner: Johann Nawratil zum Akzessisten des Exekutionsamtes, Obertierarzt Franz Jordan zum Veterinärarmtes-Inspektor, Offizial des Zentral-Wahl- und Steuerkatalogsters Albert Teubler zum Oberoffizial, im Lagerhaus Leopold Hartl zum Kontrollor und Karl Johann Fucec zum Akzessisten ernannt.

Neue Armenräte. Vom Stadtrate wurde nach einem Antrage des Stadtrates Fraß die Wahl des Anton Schäfer und Friedrich Tettenborn zu Armenräten des 7. Bezirkes, nach einem Antrage des Stadtrates Brauneiß die Wahl des Franz Janetschek, Franz Köck, Hermann Korntheuer, Rudolf Josef Trnka und Josef Rudolf Zamek zu Armenräten des 14. Bezirkes, nach einem Antrage des Stadtrates Grünbeck die Wahl des Gustav Demel, Otto Dietz, Franz Goliash, Johann Groß, Wenzel Kumaschek, Josef Roisel, Max Schneiberg und Franz Ullrich zu Armenräten des 17. Bezirkes, nach einem Antrage des Stadtrates Dechant die Wahl des Emil Gebauer und Alfred Perz zu Armenräten des 19. Bezirkes und nach einem Antrage des Stadtrates Knoll die Wahl des Franz Mochik und Adolf Nitsche zu Armenräten des 21. Bezirkes bestätigt.

Preise für Gouda-Käse. Der höchst zulässige Preis im Kleinhandel für 20 %igen Gouda-Käse wurde mit K 7,80 per Kilogramm festgesetzt.

Auszeichnung. Dem Vizedirektor der städtischen Hauptkassa Georg Greh wurde in Würdigung seiner Fürsorgetätigkeit im Verein „Soziale Fürsorge“ das Ehrenzeichen 2. Klasse vom Roten Kreuze mit der Kriegsdekoration verliehen.

123

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mitzew,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 29. März 1917. Nr. 123.

Die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. Für das Jahr 1916/17 war die Kartoffelversorgung der Stadt Wien auf der zwangswweisen Aufbringung zu festen Uebernahmspreisen aufgebaut. Wie wenig Erfolg dieses System hatt, ist allgemein bekannt. Die Kartoffelversorgung für die Verbrauchsperiode 1917/18 soll nun auf eine andere Grundlage gestellt werden. Das k.k. Amt für Volksernährung hat einer Anregung der Wiener Gemeindeverwaltung entsprechend, allgemeine Weisungen über den Abschluß von Anbauverträgen zwischen Gemeinden und Grundbesitzern erlassen. Nach diesen Verträgen sollen die Landwirte für die Gemeinde Kartoffeln bauen, und die Gemeinde verpflichtet sich, ihnen erforderlichen Falles das nötige Saatgut beizustellen und die ganze Ernte oder einen Teil zu vorausbestimmten Preisen zu übernehmen.

Die Lebensmittelversorgungs-Stelle 6 hat Bedingungen für Kartoffelanbauverträge der Gemeinde Wien ausgearbeitet, in denen zunächst der Begriff der Anbaufläche umschrieben wird. Es kommen dann Bestimmungen über die Beistellung des Saatgutes, über die Ackerung, den Anbau und die Kultur und Verfügungen über die Ernte. Die gesamte auf den vertragsmäßigen Grundstücken gewonnene Ernte an Kartoffeln abzüglich der gleichen Menge, die der Landwirt auf dieser Grundfläche als Saatgut verwendet hat, ist an die Gemeinde abzuführen. Jene Landwirte, welche das Saatgut von der Gemeinde Wien zugewiesen erhielten, verpflichten sich, die aus der Ernte gewonnene Saatmenge für einen allfälligen neuerlichen Anbauvertrag mit der Gemeinde Wien pro 1918 zurückzubehalten und pfleglich zu behandeln. Die Kartoffeln dürfen nicht vor der ihrer Ernte entsprechenden Jahreszeit ausgenommen werden. Weiters werden genaue Bestimmungen über die Einlagerung der Kartoffeln beim Erzeuger, über die Abrechnung und Auszahlung, über das Ueberwachungsrecht, über die Vermittlungsstelle zwischen dem Erzeuger und der Gemeinde Wien sowie über die Beilegung allfälliger Streitsachen festgelegt.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städtischen Amtsärzte wurde vom Oberstadtphysikus Dr. Böhm der Hauptbericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im Monate Februar d.J. erstattet. Die ungewöhnlich lang andauernde und intensive Kälteperiode, welche seit Mitte Jänner ohne wesentliche Unterbrechung herrschte, hat zu einem seit Jahren ^{nicht} beobachteten Hochstand des Krankenstandes und der Sterblichkeit geführt. In die armenärztliche Behandlung sind 12.388 Fälle gegen 11.884 im Vormonate und 12.706 im Februar des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 4221 Fälle, auf jene der Verdauungsorgane 1575, auf Lungentuberkulose und Skrophulose 854 Fälle. Die Zahl der Infektionsanzeigen war außerordentlich niedrig. Aus der Zivilbevölkerung wurden 681 Anzeigen gegen 1131 im Vormonate und 1331 im Februar des Vorjahres erstattet. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen liefen 62 Anzeigen gegen 50 im Vormonate und 92 im Februar des Vorjahres ein. - Nachdem das letzte Halbjahr 1916 und der Jänner 1917 so niedrige Sterblichkeitsziffern aufwiesen, wie sie in Wien überhaupt noch nicht beobachtet wurden, kam im Februar ein plötzlicher Anstieg, der wohl nur durch die starke Ausbreitung der Influenza zu erklären ist, da man bis zu den Influenzajahren 1908 und 1905 zurückgehen muß, um ähnlich hohe Sterbeziffern zu finden. Es starben in Wien 4009 Zivil- und 444 Militärpersonen, zusammen

4453 gegen 3449 im Vormonate und 3531 im Februar des Vorjahres. Der Tagesdurchschnitt der Sterblichkeit mit Ausschluß der Militärpersonen beträgt 143. gegen 99 im Vormonate. Im Februar 1916 starben 110, im Jahre 1915 101, im Jahre 1914 99, im Jahre 1913 109 Personen. Charakteristisch ist auch die Verteilung der Todesfälle auf die einzelnen Altersstufen. Während im Durchschnitt der letzten 10 Jahre 28 % der Todesfälle auf das Greisenalter entfallen, betrug diese Ziffer diesmal 46 %. Im Berichtmonate wurden 54 gerichtliche und 212 Sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen. - Vor Schluß der Sitzung gab der Vorsitzende einen Ueberblick über den derzeitigen Stand der Infektionskrankheiten außerhalb Wiens und über die bisherige Tätigkeit der städtischen Beratungestelle für Ernährung der Kranken während des Krieges.

Obmänner-Konferenz.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hoß und Rain fand heute wie bereits berichtet, die 71. Obmännerkonferenz statt. Im Anschlusse an den Bericht über die Verlängerung der Betriebszeit der städtischen Straßenbahnen entwickelte sich eine Wechselrede über eine weitere Aufhebung gewisser Beschränkungen. Insbesondere vom Vizebürgermeister Rain und Gemeinderat Leitner wurde auf die Verhältnisse im Gast- und Kaffeehausgewerbe hingewiesen und betont, daß es erwünscht wäre, wenn der Statthalter in dieser Beziehung gewisse Erleichterungen gewähren würde.

Gemeinderat Dr. Hein verwies auf die wesentliche Einschränkung des Vereins- und Versammlungslebens und forderte den Bürgermeister auf, auch in dieser Richtung beim Statthalter vorstellig zu werden. Der Direktorder städtischen Elektrizitätswerke Ingenieur Karel führte aus, daß durch die Einschränkungen in diesen Belangen nahezu keine Ersparnisse erzielt werden, es werde vielmehr nur erreicht, daß in den Privatwohnungen mehr Licht verbraucht wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner brachte dann die Errichtung einer Gemüsetrocknungsanlage in Verbindung mit der in Breitensee bereits bestehenden Kartoffeltrocknungsanlage zur Sprache; das vom Stadtbauamte vorgelegte Projekt mit einem Kostenaufwande von 240.000 Kronen wurde von der Obmännerkonferenz einmütig gut geheißen.

Ueber Antrag des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller wurde die Verordnung des Gesamtministeriums über die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenstände einer speziellen Beratung in der nächsten Obmännerkonferenz vorbehalten, wobei über Auftrag des Bürgermeisters der Magistrats-Sekretär Dr. Roßkopf die Verhandlungen durch ein Referat einleiten wird.

Vizebürgermeister Rain und Gemeinderat Schmid berichteten über laufende Angelegenheiten der nächsten Gemeinderatssitzung.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner brachte zum Schlusse noch den Erlaß des k.k. Amtes für Volksernährung betreffend die Bestellung von Ernährungsinspektoren, die Schaffung eigener Wirtschaftsdepartements bei den politischen Bezirksbehörden sowie die Bildung von Bezirkswirtschaftsräten zur Sprache. Er bemerkte, daß die Gemeinde Wien bereits durch die Einrichtung der 6 Lebensmittelstellen des Magistrates unter der Oberleitung des Magistratsdirektors hiefür vorgesorgt habe und daß diese Einrichtung von nun an als Bezirkswirtschaftsamt Wien (BEWA) zu fungieren haben wird. Was die Schaffung eines Bezirkswirtschaftsrates anbelange, dessen Mitglieder nach der Absicht des Volksernährungsamtes vermöge ihrer Stellung als unbeeinflusste Vertre-

ter der Bevölkerung in ihrer Gesamtheit zu gelten haben, schlug der Bürgermeister vor, die Obmännerkonferenz als solchen Bezirkswirtschaftsrat zu konstituieren, da die Mitglieder der Konferenz bereits durch 32 Kriegsmonate in allen diesen Fragen tätig waren und die volle Unbeeinflusstheit sowie die Erfahrung für dieses Amt besitzen. Die Obmänner erklärten, diesen Antrag ihren Klubs vorzulegen und ehestens dem Bürgermeister Bericht zu erstatten.

Die Verlängerung des Straßenbahnverkehrs. Stadtrat und Obmännerkonferenz haben heute einstimmig nachfolgenden Beschluß gefaßt: Der Schluß der Betriebszeit der städtischen Straßenbahnen wird vom 1. April d.J. angefangen von halb 9 Uhr abends auf 10 Uhr abende verschoben. Der Bürgermeister wird ermächtigt, diesen Beschluß gegen nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat durchzuführen. Vom 1. Mai angefangen wird der Betriebschluß der Straßenbahnen mit 11 Uhr nachts (Sommerzeit) festgesetzt. Letzterer Beschluß wird in einer nach Ostern einzuberufenden Gemeinderatssitzung zur Beratung und Beschlußfassung gestellt.

Der Bürgermeister an den Chef des Generalstabes. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den G.d.I. v. Arz die herzlichsten Glückwünsche anlässlich der Verleihung des Großkreuzes des Leopoldordens mit der Kriegedekoration und den Schwertern übermittelt. In dem Schreiben heißt es: „Möge es Euer Exzellenz beschieden sein, in dem verantwortungsvollen Wirkungskreise, zu welchem Euer Exzellenz durch die Gnade Seiner Majestät berufen worden sind, die gleichen Erfolge zu erringen, die Sie in diesem Kriege zum Segen des Vaterlandes an anderer Führerstelle bisher aufzuweisen hatten.“

124

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Wien, Donnerstag, 29. März 1917. Abends. Nr. 223.

Verteilung des volksrindfleisches. Die Verteilung des
Volksrindfleisches fit an die Mitglieder der Fleischhauer-
Genossenschaft findet morgen, Freitag, ab halb 12 Uhr an
die Nummern von 1 bis 200 und am Samstag ab halb 12 Uhr an
die Nummer von 201 bis 346 statt.

Abgabe von städtischer Marmelade. Von Samstag den 31. d.M.
an wird städtische Marmelade (G.W.-Marmelade) mit Goldrübensum-
satz abgegeben. Die Abgabe findet nur gegen Vorweisung der
Mehlbezugskarte und Abtrennung des Abschnittes derselben mit
der Ziffer 18 statt. Die abgetrennten Abschnitte sind von den
Abgabestellen zu sammeln und zur Ueberprüfung an den Magistrat
einzusenden. Auf jeden Haushalt entfällt gleichmäßig $\frac{1}{2}$ kg. Die
Besitzer der gelben Mehlbezugskarten erhalten die Marmelade
in den städtischen Abgabestellen, welche sich in grösserer An-
zahl in jedem Bezirke befinden und entsprechend bezeichnet
sein werden. Die Inhaber der blauen Mehlbezugskarten können
die Marmelade nur bei den Abgabestellen ihrer Organisation
beziehen.

125

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michien,
Wien 1. Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Freitag, 30. März 1917. Nr. 125.

Errichtung einer Gemüsetrocknungsanstalt. Durch die allmähliche Verminderung der Brot- und Fleischrationen hat die Verwendung von Gemüse zur Volks- und Heeresernährung eine erhöhte Bedeutung gewonnen. Infolge des Umstandes, daß jegliches Gemüse nur eine geringe Haltbarkeit zeigt, welche die Verwendungsmöglichkeit für die Dauer des ganzen Jahres versichert, hat man neuerdings Trockeneinrichtungen geschaffen, mit denen es möglich ist, auch empfindliche Gemüsesorten durch Entziehung von Wasser auf unbegrenzte Zeit haltbar zu machen. In Deutschland sind im Laufe der letzten Jahre eine Reihe derartiger Trocknungsanlagen entstanden, welche hauptsächlich für die Heeresversorgung arbeiten. Auch in Oesterreich wurden vereinzelt solche Gemüsetrocknungsanlagen errichtet, die sich auch bewähren.

Der Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Raim den vom Stadtbaumeister vorgelegten Entwurf für die Errichtung einer solchen Trockenanlage zu genehmigen. Sie wird in Verbindung mit der Kartoffeltrocknungsanstalt im 13. Bezirk Breitenmaas hergestellt werden, da einerseits dort bereits eine Reihe von notwendigen Einrichtungen vorhanden ist, andererseits der Transport des überschüssigen Gemüses leicht und mit wenigen Kosten bewerkstelligt werden kann. Es werden vornehmlich jene Gemüse getrocknet werden, welche für die Volksernährung hauptsächlich in Betracht kommen, das sind: Kraut, weiße und gelbe Rüben, Kohl und Wrucken. Da täglich 10.000 kg Rohgemüse verarbeitet werden sollen, beträgt die tägliche Ausbeute an Trockengemüse bei einer Annahme von 10 % 1000 Kilogramm, mithin im Verlaufe von 100 Arbeitstagen 1000 Zentner, das sind 10 Waggons Trockengemüse. Die geplante Trocknungsanlage bildet ein neues, wichtiges Glied in den von der Gemeinde Wien während des Krieges geschaffenen Einrichtungen für Zwecke der öffentlichen Ernährung.

WIENER STADTRAT.

Sitzung vom 29. März.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Richard Weiklrohner, die VB. Hierhammer, Hoß und Raim.

Nach einem Antrage des VB. Raim wird der Ankauf einer Getreide-Mähmaschine und eines Gelbknochenbrechers für die Unterverwaltung „Wallhof“ mit den Kosten von 1440 resp. 1200 K genehmigt.

StR. Wippel beantragt den Erwerb von Liegenschaften in Inzersdorf K.Z. 1271 und 1272 im Ausmaße von 728 m² um den Betrag von 38.112 Kronen. (Ang.)

Nach einem Antrage des StR. Schneider wird für die Auswechslung der Hydranten in den verschiedenen Bahnhöfen der städtischen Straßenbahnen gegen solche mit selbsttätiger Entleerung ein Betrag von 20.000 Kronen bewilligt.

Nach einem Antrage des StR. Schmid wird die Errichtung einer kleinen Waschanstalt auf dem Wagenplatz 8. Bezirk Obere Augartenstraße 16 zur Reinigung der auf dem Raschmarkte zu verwendenden Gefäße für Mehrheitsersammlung mit den Kosten von 12.000 K genehmigt.

Nach einem Antrage des Stadtrates Zetka wird die Abteilung der Liegenschaft 13. Bezirk Breitenmaas 2. 2. 133 (Eigentümer Josef und Barbara Dienst) auf 3 Baustellen genehmigt.

VB. Hoß beantragt die Errichtung eines Holzschuppens im Lagerhaus

der Stadt Wien - Prateranlage mit den Kosten von 44.450 Kronen. (Ang.)
StR. Braun beantragt den Verkauf städtischer Grundstücke an der Haldestraße im 11. Bezirk an die Oesterreichischen Brown-Brown-Werke AG. im Ausmaße von rund 43.000 m² um den Betrag von 1.425.000 Kronen. Auf den Grundstücken soll eine Fabrikanlage hergestellt werden. In der Verhandlung wurde auch von der Gemeinde der Wunsch ausgesprochen, daß die Errichtung der für den Gemüseanbau jetzt so wichtigen Flächen nur in dem Maße erfolgen möge, als es unbedingt notwendig ist. Gleichzeitig wurden die Baukosten für den Bau der Fabrik festgesetzt.

Die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung der Haldestraße im 11. Bezirk wird genehmigt.

Regelung des Kartoffelbezuges. Die über Auftrag des k. k. Amtes für Volksernährung mit 27. März in Kraft getretene Regelung des Kartoffelbezuges durch Heranziehung der Weibbezugskarte bleibt bis zur Einführung der Kartoffelkarte aufrecht. Der Bezug von Kartoffeln bleibt daher für diese Zwischenzeit an die Weibbezugskarte gebunden. Die für den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln und die zu durchlochenden Ziffern oder Buchstaben der Weibbezugskarte werden am Ende jeder Woche festgesetzt und Sonntag verlaublich. Die Abgabe erfolgt von Montag bis Samstag jeder Woche; die Kartoffeln werden an die Haushaltungen nach den Buchstaben des Alphabets in folgender Ordnung abgegeben: und zwar für die Haushaltungen mit dem Anfangsbuchstaben des Namens A bis G am Montag, H bis K am Dienstag, L bis P am Mittwoch, Q, R, Sch, St am Donnerstag und S bis Z am Freitag. Samstag findet die Abgabe an die Haushaltungen, welche an den obigen Tagen die Kartoffeln nicht beziehen konnten, statt. Jede Haushaltung ist bei dem Kartoffelbezuge an den Bezirk des Wohnortes gebunden. Innerhalb des Bezirkes ist die Wahl der Abgabestellen freigestellt, doch wird empfohlen, bei der einmal gewählten Abgabestelle zu bleiben. Die Abgabestellen wurden bereits mit der Magistrats-Kundmachung vom 26. d. M. verlaublich und sind auch in jedem Bezirke bei den Marktamt-Abteilungen, bei den Polizeikommissariaten und Sicherheitswachstuben zu erfragen. Die Verkaufszeit dauert von 7 Uhr früh bis 1 Uhr mittags (auch an Feiertagen). Im 1. und 2. Bezirk haben die Haushaltungen, welche mehr als 20 Mitglieder umfassen, ihren Bedarf in dem jeweils festgesetzten Wochenmaße nicht bei den Abgabestellen, sondern in städtischen Lagern zu decken und zwar im 1. Bezirk beim Marktamt Großmarkthalle, Abteilung für Viktualien (3. Bezirk) und im 2. Bezirk auf dem Nordwestbahnhof im Schenker-Magazin 2. In den übrigen Bezirken haben auch diese Haushaltungen ihren Bedarf bei den städtischen Abgabestellen zu decken. Jene Haushaltungen, deren Vorrat an Kartoffeln mehr als die jeweils festgesetzte Wochenmenge für den Kopf beträgt, dürfen, solange ihr Vorrat nicht unter diese Grenze sinkt, keine Kartoffeln beziehen. Übertretungen dieses Verbotes, dessen Einhaltung überwacht wird, werden nach der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854 bestraft.

Sonntag werden auf den Wiener Märkten keine Kartoffeln abgegeben.

Sektionschef Dr. Ritter v. Berger ersucht um Aufnahme nachstehender Notiz:

Der Schutz der Standesbezeichnung Ingenieur. Die ständige Delegation des Oesterreichischen Ingenieur- und Architekten-Tages (Präsident Sektionschef Dr. Ritter von Berger), als die berufene Vertreterin der gesamten akademisch gebildeten Technikerschaft Oesterreichs hat St. Majestät dem Kaiser den ehrfurchtvoollsten Dank für aus dem Oesterreichischen Hochschulen technischer Richtung hervorgegangenen Techniker

für die Gewährung der Berechtigung zur Führung der Standesbezeichnung durch die Kabinettkanzlei auf telegraphischem Wege zum Ausdruck gebracht.

Die Kartoffelernte der Schrebergärtner. In den Kreisen der Wiener Schrebergärtner sind Besorgnisse aufgetaucht, daß ihnen die geernteten Kartoffeln weggenommen werden. Diese Befürchtungen sind nicht begründet. Die sogenannte Kartoffelverordnung sprach nur für feldmäßig gebaute Kartoffeln eine Abgabespflicht aus; nach die Gemeinde Wien beachtete nicht, diese Artensorte und wichtige Form der Selbstversorgung durch Beschlagnahme zu beeinträchtigen, sie ist vielmehr bestrebt, soweit es die Verhältnisse zulassen, die Tätigkeit der Schrebergärtner zu unterstützen und zu fördern.

Wohltätigkeitskonzert. Ueber Anregung des Bezirksvorsetzers Maximilian Charvat veranstaltet die „Wiener Chorkademie“ am Palmsonntag 3 Uhr nachmittags im Wiedner Gemeindensaal-Festsaal unter der Leitung des Dirigenten L. Hummel und der Damen Leonine Gartner, Emilie Huttschka, Wilhelmine Hemanzy und des Herrn Louis Bits ein Konzert, dessen Reinertrag zu Gunsten der Wiedner Armen verwendet werden wird. Zur Aufführung gelangen nur Werke deutscher-Oesterreichischer Meister.

Vorstellung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Tomola ernannt: Josef Bantel, Karl Schlemmer, Leopold Spener, Otto Pechatschek, Friedrich Kreuz, Franz Freith zu Volksschullehrern 1. Klasse, Hilde Sommer, Irene Portana zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse, Eduard Böhm, Johann Messerschmid, Anton Hirschmann, Engelbert Pilsch, Gustav Annam und Karl Rankenberger zu Volksschullehrern 2. Klasse, Marie Lindmaier, Paula Korherr, Irene Gatterer, Helene Brandl, Berta Lehr, Paula Edemek, Elisabeth Ederewicz, Marie Hanielch, Margarethe Bohies, Ernestine Kinsbrunner, Hilde Wust und Marie Powlatz zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse.

126

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michien,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 31. März 1917. Nr. 126.

Ankauf des Hotels Viktoria. Der Stadtrat hat beschlossen, dem Gemeinderate zu empfehlen, die Liegenschaft 4. Bezirk Favoritenstraße 11 - Taubstummengasse 12 (Hotel Viktoria) zur Erweiterung des unmittelbar angrenzenden Direktionsgebäudes der städtischen Straßenbahnen um den Preis von 1,450.000 K zu erwerben. Der Ankauf ist infolge der Ausdehnung der Hauptverwaltung der Straßenbahnen und zu dem Zwecke erforderlich, um die einstweilen in fremden Häusern eingemieteten Diensträume im eigenen Hause unterzubringen. Die Liegenschaft soll am 1. Jänner 1918 in den Besitz der Käuferin übergehen.

Städtische Dienstvermittlung. Die seit Juli 1915 geschlossene städtische Dienstvermittlungsstelle 19. Bezirk Döblinger Hauptstraße 90, Telephon Nr. 94474, wird Montag, den 2. April d.J. wieder geöffnet; Amtsstunden an Werktagen von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags. Ferner werden von diesem Tage an die bisher nur halbtägig geöffneten Dienstvermittlungsstellen 5. Bezirk Margaretenstraße 100, Telephon 50490 und 12. Bezirk Schönbrunnerstraße 259, Telephon 81129 ebenfalls an Werktagen von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags ununterbrochen in Tätigkeit sein.

Volksrindfleisch. Die n.-ö. Statthalterei hat auf Grund des § 4 der Statthalterei-Verordnung vom 20. Februar 1917 bis auf weiteres die Höchstmenge von Volksrindfleisch, die für einen Haushalt an jedem Verkaufstage abgegeben werden darf, mit 1 kg samt Zuwage festgesetzt. Die Nichteinhaltung dieser Verfügung seitens der mit dem Vertriebe dieses Fleisches betrauten Fleischhauer und Fleischverschleißer wird gemäß § 7 der bezogenen Verordnung bestraft.

Nachmusterungen. Am 3., 5., 11., 13., 17., 20., 24 und 27. April d.J. finden in Wien 3. Bezirk Landstraßer Hauptstraße 97 (Drehers Bierhalle) Nachmusterungen statt. Es werden alle jene Landsturmpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1865 bis 1899, die bereits auf Grund der früheren Einberufungskundmachungen zur Musterung verpflichtet waren, jedoch aus irgend einer Ursache bisher vor der Musterungskommission nicht erschienen sind, aufgefordert, bei Vermeidung strenger Bestrafung ihrer Musterungspflicht zu entsprechen. Zu diesem Behufe haben sich diese Landsturmpflichtigen im Konskriptionsamte des Wiener Magistrates 1. Bezirk Friedrich Schmidtplatz 1, Abteilung fürstellungsangelegenheiten, anzumelden, woselbst ihnen die Musterungsvorladung ausgefolgt werden wird.

Kriegsfürsorgezentrale und Kriegsküchenkommissariat. Der Bürgermeister hat mit der Entschliebung vom 26. März 1917 im Rahmen der Kriegsfürsorgezentrale und des Kriegsküchenkommissariates eine eigene Abteilung errichtet, welcher speziell die Beschaffung der für die Hilfsaktionen der „Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und die durch den Krieg in Not Geratenen“ erforderlichen Lebensmittel und Zubereitungsbeihilfe, die Verteilung dieser an die Ausspeisestellen, Kriegsküchen, humanitären Anstalten und Vereine, welche von der bezeichneten Zentralstelle bevorratet werden und die Verrechnung hierüber obliegt. Die Abteilung hat die Bezeichnung „Kriegsfürsorgezentrale und Kriegsküchenkommissariat, Abteilung für Ausspeiseaktionen“ zu führen und wird im neuen Rathause untergebracht sein. Zum Leiter dieser Abteilung wurde

unter gleichzeitiger Enthebung von seiner bisherigen Dienststelle als Vorstand der Stadtbuchhaltungs-Abteilung 15 der städtische Rechnungsrat Hermann Löffler bestellt. Die Abteilung für Ausspeiseaktionen untersteht unmittelbar dem Leiter der Kriegsfürsorgezentrale und des Kriegsküchenkommissariates. Die Abteilung für Ausspeiseaktionen hat ihre Tätigkeit sofort aufgenommen.

Straßenbahnverkehr. Vom 1. April angefangen erfolgt der Betriebsschluß der städtischen Straßenbahnen um eineinhalb Stunden später als bisher. Die letzten Züge werden daher vom Ring aus um 10 Uhr abends, von den Außenstationen aus um eine halbe bis eine Stunde früher abgehen.

Stadtrats-Sitzung. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen.

Kartoffelabgabe. Die für die nächste Woche abzugebende Kartoffelmenge wird so wie in dieser Woche mit $\frac{1}{2}$ Kilogramm pro Kopf und Woche festgesetzt. Der Bezug geschieht gegen Durchlochung des ersten Buchstabens (K) des Aufdruckes der Mehlbezugskarte: „K.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien“.

Wohltätigkeitskonzert. Ueber Anregung des Bezirksvorstehers Maximilian Charwat veranstaltet die „Wiener Chorakademie“ am Palmsonntag 3 Uhr nachmittags im Wiedner Gemeindehaus-Festsäle unter der Leitung des Dirigenten L. Rumboldt und der Damen Leontine Gärtner, Emilie Rutschka, Wilhelmine Nesmazny und des Herrn Louis Ditz ein Konzert, dessen Reinertrag zu Gunsten der Wiedner Armen verwendet werden wird. Zur Aufführung gelangen nur Werke deutsch-österreichischer Meister.

127

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Samstag 31. März abends Nr 127

Mehlabgabe in der kommenden Woche. In der nächsten Woche d.i. vom 1. bis 7. März wird voraussichtlich bei den städtischen Mehlabgabestellen die volle Kopfquote an Mahlprodukten (ein halbes Kilogramm pro Kopf) abgegeben werden. Da die Zuweisungen durch die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt Verzögerungen erfahren haben, müssen auch in dieser Woche die Abgabetermine verschoben werden; als erster Bezugstag gilt der Mittwoch, als letzter der Freitag.
